

Die Interimsarbeit an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

Von Dr. Hans Joachim Heiser, Paris

In der „Aile droite“, dem „rechten Flügel“ des zwischen dem Palais de Chaillot und der Seine gegenüber dem Eiffelturm hingestellten Barackenpalastes, tagt seit fast einem Jahr das „Comité Interimaire de la Conférence pour l'Organisation d'une Communauté Européenne de Défense“, auf deutsch kurz „EVG-Interimsausschuß“ genannt. Zunächst kaum oder wenig beachtet, wurde der Interimsausschuß in der Bundesrepublik allmählich öfters in der Presse erwähnt, nachdem seine Arbeiten im Verlauf der Beratungen des Bundestages über das EVG-Vertragswerk bekannt geworden waren¹. Schließlich rückte der Interimsausschuß in den Brennpunkt des Interesses, als ihn die französische Regierung zum Adressaten ihrer Zusatzprotokolle machte: Am 11. Februar 1953 überreichte Botschafter Hervé Alphand, der Präsident des EVG-Interimsausschusses, im Lenkungsausschuß, dem obersten Gremium des Interimsausschusses, die Entwürfe von französischen Vorschlägen über Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag. Von der römischen Ministerkonferenz der sechs Gemeinschaftsmächte am 24. Februar 1953 mit der Ausarbeitung entsprechender interpretativer Texte beauftragt², wurden deren Entwürfe dann in der Sitzung des Lenkungsausschusses vom 25. März 1953 verabschiedet^{3,4}. Damit war ein bedeutender Schritt zur Verwirklichung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft getan. Die hauptsächlichste Bedeutung der Zusatzprotokolle liegt in der Klärung von Zweifeln, insbesondere der französischen Parlamentarier. Der Interimsausschuß war damit infolge der politischen Bedeutung dieser Arbeit von einer mehr technischen Institution zur Vorbereitung der Durchführung des Vertragswerkes in den Rang einer politischen Instanz aufgerückt. Seine Arbeiten dürften auch weiterhin mit Aufmerksamkeit verfolgt werden, zumal gerade im gegenwärtigen Stadium der Realisierung der EVG die Fragen der Technik ihres Funktionierens von immer entscheidender Bedeutung für die Willensbildung der Abstimmungskörper werden.

Die Entstehung des Interimsausschusses

Wie bei allen internationalen Verhandlungen, so ist Grundlage auch der Existenz und Arbeit des Interimsausschusses ein Akt des internationalen

Rechts: der Abschluß des Protokolls über den Interimsausschuß vom 27. Mai 1952⁵. Als Aufgabe des Interimsausschusses wird in diesem Protokoll von der Notwendigkeit ausgegangen, daß die Organe der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bei Inkrafttreten des Vertrages sofort ihre Arbeit aufnehmen sollen und daß daher, um dies zu ermöglichen, schon vorher vielfältige Vorbereitungen getroffen werden müssen, die im Vertrag vorgesehen sind. Zu diesem Zwecke wurde in dem Protokoll vom 27. Mai 1952 vereinbart, daß die Delegationen, die an der Ausarbeitung des Vertrages teilgenommen hatten, zwischen der Unterzeichnung des Vertrages und der Tätigkeitsaufnahme der Organe der EVG weiterhin als Interimsausschuß zusammentreten sollten.

Die erste Sitzung des Lenkungsausschusses, dem die Chefs der sechs Delegationen der Mitgliedstaaten angehören, fand am 24. Juni 1952 statt. Damit begann die Tätigkeit des Interimsausschusses. Wie in dem Protokoll vom 25. Mai ausdrücklich gesagt ist, kann sie nur aus vorbereitenden Untersuchungen und Plänen bestehen, welche die Regierungen nicht binden. Diese Feststellung unterstreicht den Charakter des Interimsausschusses als internationales und noch nicht supranationales Gremium. Die Ergebnisse der Tätigkeit des Interimsausschusses bedürfen also, wenn sie bindend werden sollen, der ausdrücklichen Sanktion durch die Regierungen der Teilnehmerstaaten, gegebenenfalls auch der Mitwirkung der parlamentarischen Organe der Vertragsstaaten entsprechend dem jeweiligen innerstaatlichen Verfassungsrecht.

Die Arbeit des Interimsausschusses

Die Technik der Arbeitsweise des Interimsausschusses resultiert aus der Systematik des Vertragswerkes. Für die Arbeiten sämtlicher Ausschüsse sind die in Titel I und VI des Protokolls niedergelegten grundsätzlichen und allgemeinen Bestimmungen maßgeblich. In Übereinstimmung mit der durch Anordnung und Materie der übrigen Titel II bis V in Verbindung mit den entsprechenden Zusatzabkommen zum EVG-Vertrag gegebenen Gliederung wurden zunächst fünf Hauptausschüsse, später zwei weitere Ausschüsse eingerichtet.

1. Der Militärausschuß

Die Arbeit des Militärausschusses geht aus von den im Vertrag⁶ und im Militärprotokoll enthaltenen Bestimmungen über die Organisation, die Verwaltung und Versorgung, das Personalwesen und das innere Gefüge der Europäischen Verteidigungskräfte. Da diese Materien dort nur in großen Linien geregelt sind, muß die Ausarbeitung der Einzelheiten bis zum Inkrafttreten des Vertrages erfolgt sein, damit die EVG zu diesem Zeitpunkt arbeitsfähig ist. Dabei handelt es sich hauptsächlich — und gerade hieran werden Bedeutung und Umfang der Tätigkeit des Militärausschusses besonders ersichtlich — um die Bildung des europäischen Generalstabes. Denn es wird innerhalb der EVG keine nationalen Generalstäbe geben, wie fälschlich von Gegnern der EVG immer wieder behauptet und irreführend unter Zitierung des sogenannten „Bevollmächtigten“ (Délégué)⁷ kolporiert wird⁸. Auch die Vorbereitung der Tätigkeit dieses Délégué ist Sache des Militärausschusses; Aufgabe des Bevollmächtigten wird es sein, in dem jeweiligen Mitgliedstaat den Aufbau der europäischen militärischen Territorialorganisation durchzuführen, die für die Aufstellung und Bedarfsdeckung der Europäischen Streitkräfte zuständig sein wird. Dieser Délégué wird zwar die Staatsangehörigkeit des Mitgliedstaates haben, in dem er tätig sein wird, er wird aber nicht über einen eigenen nationalen Generalstab verfügen. Vielmehr ist er selbst Mitglied des europäischen Generalstabs, der ihn beauftragt, und kann sich lediglich der Mittel dieses europäischen Generalstabes bedienen. Zu diesem Zweck wird ihm vom EVG-Generalstab eine integrierte, also gemischt-nationale Abteilung zur Verfügung gestellt⁹.

Auch ein Nicht-Militär kann sich den Umfang der Arbeiten vorstellen, die zur Vorbereitung aller dieser Aufgaben erforderlich sind. Sie schließen ein die organisatorische Gestaltung und Gliederung der Streitkräfte, vom Generalstab bis zur Schützengruppe; das Ausbildungsprogramm für die einzelnen Waffengattungen; den Aufbau der Versorgungsdienste; die Einführung einer einheitlichen Terminologie sowohl im Bereich der Taktik wie der Technik; die Regelung der Sprachenfrage — dies sind nur einige Beispiele. Man hat den Militärs oft vorgeworfen, daß sie mit übertriebener Akribie an die Regelung des militärischen Lebens bis zu unwichtigen Einzelheiten herangingen. Es wird aber mit Recht entgegengehalten, daß die Regelung solcher Details ganz am Ende der Skala steht und notwendig ist, da z. B. die Bekleidung sofort beschafft werden muß und die einheitliche Regelung der äußeren Formen des militärischen Zusammenlebens unentbehrlich ist.

2. Der Rüstungsausschuß

Die Anwendung der wirtschaftlichen Bestimmungen¹⁰ des EVG-Vertragswerkes setzt in besonderem Maße ein Sammeln von Informationen und eine Vorbereitung der Maßnahmen voraus, welche die EVG auf wirtschaftlichem Gebiet zu treffen haben wird: die Erarbeitung der Programme für die Bewaffnung, Ausrüstung, laufende Versorgung und die Wehrbauten (Infrastruktur) der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte¹¹. Die Auftragsvergabe, die Ueberwachung der Ausführung, die Preisgestaltung, die Abnahme und Bezahlung müssen geregelt werden. Weiter muß das Verfahren für die in Artikel 107 des Vertrages vorgesehene Erteilung von Genehmigungen

für die Errichtung von Produktionsstätten, die Erzeugung und die Ein- und Ausfuhr von Rüstungsmaterialien, die auf der Verbotsliste des EVG-Vertrages stehen¹², bestimmt werden. Zur Intensivierung der europäischen Rüstungsproduktion bedarf es schließlich der Planung für die in Artikel 106 des EVG-Vertrages vorgesehene Standardisierung. Bei diesen Arbeiten muß besonders Rücksicht auf eine Fülle von Umständen genommen werden, um nicht nur eine möglichst produktive Arbeitsweise der europäischen Rüstungsbehörden zu erreichen, sondern um gleichzeitig hemmende Eingriffe in die Volkswirtschaft der Mitgliedstaaten zu vermeiden. Die Schwierigkeit dieser Arbeit läßt sich einigermaßen vorstellen. Der Rüstungsausschuß arbeitet notwendigerweise insbesondere mit dem Militärausschuß zusammen, da er die zivile Behörde im zukünftigen Kommissariat vorbereitet, die für die Deckung des militärischen Bedarfs verantwortlich sein wird. Der dem Rüstungsausschuß gesetzte und von ihm auszufüllende Rahmen ist besonders groß, weil es im Vertragswerk, im Gegensatz zum militärischen und finanziellen Bereich, keine Zusatzabkommen zu den wirtschaftlichen Bestimmungen gibt.

3. Der Finanzausschuß

Angesichts der fast schon über die Grenze des Tragbaren hinausgehenden Belastung der Gemeinschaftsstaaten durch Verteidigungs-, Sozial- und Kriegsfolgenlasten ist die Tätigkeit des Finanzausschusses im Interimsausschuß von besonderer Bedeutung. Ihm obliegt die Umsetzung der finanziellen Bestimmungen des Vertrages, des Finanzprotokolls und der Vorschriften des Abkommens über (die Rechtsstellung der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte und) das Zoll- und Steuerwesen der EVG in konkrete Arbeitstexte. Grundlage der Finanzverwaltung der EVG werden sein der Haushaltsplan der EVG, der jeweils in seinem Gesamtumfang einstimmig vom Rat beschlossen werden muß¹³, und die Finanzordnung, die ebenfalls durch einstimmigen Ratsbeschluß zustande kommen muß¹⁴. Um das sofortige finanzielle Funktionieren der EVG zu gewährleisten, müssen insbesondere diese beiden Grundlagen bei Inkrafttreten des Vertrages vorhanden sein. Die Schwierigkeit, dieses Ziel zu erreichen, ist bei der Unterschiedlichkeit in den Budgetsystemen der sechs Partner offenkundig. Nicht minder bedeutungsvoll sind die Fragen, wie die Beiträge der einzelnen Mitgliedstaaten ermittelt werden sollen¹⁵, mit welcher Außenhilfe¹⁶ die Gemeinschaft rechnen kann und wie diese verteilt werden soll. Auch die Verhandlungen dieser Probleme obliegen den Experten der Mitgliedstaaten im Finanzausschuß. Ebenso gehört die Regelung der Transfer- und Devisenkontrolle sowie des Zoll- und Steuerwesens der Gemeinschaft zur Kompetenz des Finanzausschusses, während die Besoldungsfragen durch gemischte Fachausschüsse behandelt werden, die aus Vertretern des Militär-, Finanz- und Statutenausschusses bestehen.

4. Der Juristenausschuß

Angesichts der Neuartigkeit der Konstruktion eines supranationalen Gebildes, dessen Grundlage die juristisch-institutionellen Vorschriften sind, gibt es kaum eine Materie des Vertragswerkes, die nicht eine zumindest mitwirkende Beteiligung des Juristenausschusses erfordert. Außerdem müssen die Arbeiten des Interimsausschusses ständig unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, daß

sie sowohl mit dem Gemeinschaftsrecht als auch mit dem innerstaatlichen Recht der Mitgliedstaaten übereinstimmen.

So gehörten ursprünglich die gesamten Vorschriften des Vertrages¹⁷, insbesondere des Justizprotokolls, über die Wahrung des Gemeinschaftsrechts und die Justizdienste der Gemeinschaft zur Kompetenz des Juristenausschusses. Es ergab sich jedoch bald, daß dieser Aufgabenbereich für den Juristenausschuß zu ausgedehnt war. Deshalb wurden die Aufgaben des Juristenausschusses auf die großen juristisch-institutionellen Komplexe beschränkt, einschließlich der durch die Verwirklichung der EVG sich ergebenden Probleme des internationalen Rechts, der Gestaltung des obersten richterlichen Organs der Gemeinschaft (des Gerichtshofes) sowie der Regelung der Vorrechte und Immunitäten der Gemeinschaft, während die juristischen Einzelarbeiten dem Statutenausschuß übertragen wurden.

5. Der Statutenausschuß

Ausgangspunkt der Arbeit des Statutenausschusses sind im wesentlichen das Abkommen über die Rechtsstellung (d. h. das Statut) der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte vom 27. Mai 1952¹⁸ sowie das Justizprotokoll zum EVG-Vertrag. Der Statutenausschuß hat daher sowohl mit allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten als auch mit konkret juristischen Problemen zu tun. Deshalb ist die Arbeit des Statutenausschusses besonders umfassend, da die Zuständigkeit des Bereichs der allgemeinen Verwaltung für alles vermutet werden kann, was nicht in die Kompetenzen der technischen Ausschüsse (Militär, Rüstung, Finanz) fällt. Dabei ist ein gemeinsamer europäischer Nenner für den Komplex der Verwaltung besonders schwer zu finden, weil die Verwaltungsstrukturen der Mitgliedstaaten völlig verschieden sind. Im einzelnen behandelt der Statutenausschuß insbesondere die folgenden Materien:

Im Rahmen der Verwaltung sind es zunächst der Bereich der Oeffentlichen Dienste — insbesondere das Post- und Fernmeldewesen, der Land-, Luft- und Seeverkehr, die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser sowie der öffentliche Gesundheitsdienst — und der Oeffentlichen Sicherheit, insbesondere Fragen der Polizeibefugnisse, der Legitimierung usw. betreffend, die mit dem Beginn der Aufstellung europäischer Verteidigungsstreitkräfte geregelt sein müssen. Sodann ist das sogenannte „Zivilpersonalstatut“, d. h. die Gestaltung der Rechtsstellung der zivilen Angehörigen der EVG, also der Masse der nicht Uniform tragenden Angehörigen der Gemeinschaft, auszuarbeiten. Es folgt das Arbeitsgebiet Schadenshaftung; hier müssen für die im Justizprotokoll niedergelegten, zu Lasten der Gemeinschaft gehenden Haftungstatbestände die näheren Vorschriften und der zur Durchsetzung der Ansprüche notwendige Instanzenzug erarbeitet werden. Auf dem Gebiet des Strafrechts handelt es sich darum, die Fragen und Kollisionen zu regeln, die aus den strafrechtlichen Bestimmungen im Vertrag, Justizprotokoll und im Protokoll über die strafrechtlichen Grundsätze sowie aus der Koexistenz der einzelstaatlichen Strafrechtssysteme bei der Ausübung der Gerichtsbarkeit erwachsen. Schließlich wird in Zusammenarbeit mit dem für das verwandte Gebiet der Beschwerde- und Disziplinarordnung kompetenten Militärausschuß bereits an gemeinsamen europäischen Strafrechtsbestimmungen gearbeitet¹⁹.

6. Der Organisationsausschuß

Die Konstituierung dieses Ausschusses zur Organisation des Kommissariats war das Ergebnis der bisherigen Arbeiten der einzelnen Ausschüsse sowie der Notwendigkeit, auch die Gestaltung des obersten Gremiums der EVG, eben des Kommissariats, vorzubereiten. Aus dem Militärausschuß wird die militärische Säule der Gemeinschaft erwachsen, der Finanzausschuß wird in die Finanzdirektion und der Rüstungsausschuß in die Rüstungsdirektion des Kommissariats einmünden, aus dem Juristenausschuß werden die Rechtsberater des Kommissariats hervorgehen, der Statutenausschuß wird in die Verwaltungs- und Justizabteilung übergehen. Dagegen blieb die Gestaltung des Kommissarskollegiums und der ihm beizugebenden Dienststellen offen. Auch ergaben sich in den anderen Ausschüssen bei der Erarbeitung der Organisationspläne der einzelnen Behörden so viele Ueberschneidungen, daß eine übergeordnete Stelle zur Koordination geschaffen werden mußte. Dies ist in Gestalt dieses Organisationsausschusses geschehen, in dem sowohl (nationale) Vertreter der Delegationen der Mitgliedstaaten als auch (integrierte) Repräsentanten der einzelnen Ausschüsse sitzen.

7. Der Informationsausschuß

Dieser Ausschuß besteht nur aus wenigen Vertretern und tagt nur temporär. Er ist mit der systematischen Sammlung und Auswertung der Presseäußerungen aus Mitgliedstaaten zu Fragen der EVG sowie mit publizistischen Aufgaben und mit der Vorbereitung der späteren Presse- und Informationsstellen der EVG betraut.

Die Zusatzprotokolle

Die Arbeit an den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Zusatzprotokollen muß gesondert behandelt werden, da die Protokolle die Gebiete aller Ausschüsse betreffen. Vorweg muß festgestellt werden, daß für die Zusatzprotokolle, nachdem sie, wie oben dargestellt²⁰, dem Interimsausschuß überwiesen worden waren, nichts anderes galt als für die Arbeit des Interimsausschusses im allgemeinen: Die Ergebnisse seiner Tätigkeit binden die Regierungen nicht, sie bedürfen also der ausdrücklichen Sanktionierung und sind zunächst nur als Vorschläge aufzufassen. Die Zusatzprotokolle sind am 25. März 1953 vom Lenkungsausschuß verabschiedet worden. Da aber ein entsprechendes Regierungsabkommen noch nicht vorliegt, kann auf ihren endgültigen Inhalt noch nicht eingegangen werden.

Nachdem die Vorgänge jedoch in der Oeffentlichkeit, insbesondere in der Presse der Bundesrepublik und Frankreichs, unvollständig oder einseitig dargestellt worden sind²¹, empfiehlt sich eine Klarstellung des Sachverhalts.

Gegenstand der Zusatzprotokolle sind folgende Materien:

1. Die Anwendung von Artikel 10 des EVG-Vertrages, betreffend das in § 5 dieser Vorschrift vorgesehene Verfahren für den Austausch von Einzelpersonen zwischen den Kontingenten der EVG-Streitkräfte und den

national verbleibenden Streitkräften der Mitgliedstaaten.

2. Das Verfahren bei dem in Artikel 13 des Vertrages vorgesehenen Abzug von EVG-Truppen zur Begegnung von schweren Krisen in einem außereuropäischen Gebiet, für das ein Mitgliedstaat die Verteidigungspflicht übernommen hat.
3. Die Bestimmung der Uebergangszeit, innerhalb derer die in Artikel 43a des Vertrages vorgesehene Stimmenwägung im Ministerrat Anwendung findet, wonach für diese Uebergangszeit bestimmte Mittelwerte festgelegt sind ohne Rücksicht auf die tatsächliche Beitragsleistung des Einzelstaates, die nach Ablauf der Uebergangszeit entscheidend sein wird für die Abwägung seiner Stimme.
4. Der Besuch der Schulen der EVG durch Angehörige der national verbleibenden Streitkräfte, die Gestaltung der Programme dieser Schulen und die Einrichtung eines Austausches zwischen den Schulen.
5. Die Gestaltung des Verfahrens für die Erteilung der in Artikel 107 des Vertrages vorgesehenen Genehmigungen für die Errichtung von Produktionsstätten, die Erzeugung und die Ein- und Ausfuhr von Rüstungsmaterialien, die auf der Verbotsliste des Annex I dieses Artikels stehen.
6. Die Erläuterung der in Artikel 75 des Vertrages behandelten Regelung der Mobilmachung.

Es wurde bereits gesagt, daß es unmöglich war, in den EVG-Vertrag alle notwendigen Vorschriften aufzunehmen oder im einzelnen so zu gestalten, daß sie ohne weitere Zusätze sofort angewendet werden können. Vielmehr sieht der Vertrag gewisse Zusatzvorschriften ausdrücklich vor. Im übrigen ist es gerade die Aufgabe des Interimsausschusses, die zur Durchführung notwendigen Erläuterungen und Planungen vorzunehmen. Auf dieser Grundlage hatte die französische Regierung für notwendig erachtet, wie jeder andere Teilnehmerstaat es auch gekonnt hätte, eine Interpretation der fraglichen Materien vorzuschlagen, die den übrigen Teilnehmerstaaten nicht ohne weiteres annehmbar erschien. Deswegen wurde der Interimsausschuß vom Ministerrat beauftragt, sich mit der Gestaltung der Zusatzprotokolle zu befassen. Die Texte sind dann vom Lenkungsausschuß verabschiedet worden, nachdem insbesondere der Juristenausschuß in Fortsetzung seiner ständigen

Tätigkeit, über die Innehaltung des Gemeinschaftsrechtes bei den Arbeiten des Interimsausschusses zu wachen, sich mit den Protokollen beschäftigt hatte. Die Zusatzprotokolle sind im Interimsausschuß behandelt worden wie andere Vorschläge, und es konnte von vornherein kein Zweifel daran bestehen, wie die französische Regierung auch bei der Vorlage ihrer Vorschläge ausdrücklich hervorhob, daß oberster Grundsatz stets die Vereinbarkeit mit dem Vertrag sein muß.

Diese Darstellung mag die Kühle des juristischen Sitzungszimmers aufweisen. Es sollte aber allgemein bedacht werden, daß alle Partner das gleiche Ziel verfolgen, dessen Erreichung unnötig erschwert wird, wenn man sich nach erfolgreichen Verhandlungen gegenseitig angebliche Erfolge oder Niederlagen vorhält.

Abschluß und Vorschau

Die Darstellungen der Arbeiten in den einzelnen Ausschüssen zeigen, daß das Gebiet der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft über den militärischen Bereich im eigentlichen Sinne weit hinausreicht. Das liegt einmal daran, daß die Verteidigung heutzutage alle Bereiche des öffentlichen Lebens einschließt, zum anderen an der Dynamik, die jedem Zusammenschluß von Staaten in Richtung auf eine Staatengemeinschaft innewohnt. Diese Entwicklung begann mit der partiellen Föderierung der sechs europäischen Staaten in der Montanunion; sie wird fortgesetzt mit der Konstitution einer Politischen Gemeinschaft, für die der Entwurf eines Statuts, das Ergebnis des in Artikel 38 des EVG-Vertrages niedergelegten Programms, bereits vorliegt²².

Der Interimsausschuß arbeitet weiter. Nachdem die Zusatzprotokolle verabschiedet sind, hat die Frage der englischen Assoziation mit der EVG²³ besondere Bedeutung gewonnen²⁴; die diesbezüglichen britischen Vorschläge werden ebenfalls im Interimsausschuß erörtert²⁵. Auch für die Interimsarbeit an der EVG gilt das Wort *Bidaults*²⁶, daß die Verteidigungsanstrengungen weitergehen müssen und die anscheinende Verbesserung der Welt situation nur als erste Frucht der Vereinigung und Entschlossenheit des Westens betrachtet werden sollte.

Anmerkungen

¹) Vgl. beispielsweise den Artikel in *Die Welt* vom 16. 12. 1952.
²) Communiqué der Konferenz von Rom vom 25. 2. 1953, Europa-Archiv 5/1953, S. 5543.

³) Ueber den Verlauf der Verhandlungen vgl. etwa die Darstellungen in *Le Monde* vom 6. 3. 1953, *New York Herald Tribune* vom 16. 3. 1953, *Frankfurter Allgemeine* vom 19. 3. 1953 und *Le Figaro* vom 24. 3. 1953.

⁴) Zum Abschluß der Verhandlungen vgl. das Communiqué des Interimsausschusses vom 25. 3. 1953, *Le Monde* vom 26. 3. 1953.

⁵) Vgl. den Wortlaut in Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 10, S. 330.

⁶) Vgl. den Wortlaut des EVG-Vertrages, Titel III, a. a. O., S. 209 ff.

⁷) Vgl. Titel II des Militärprotokolls a. a. O., S. 247 ff.

⁸) So beispielsweise der Abgeordnete André in einer Versammlung gegen die EVG am 26. 3. 1953 in der Pariser „Salle des Savants“.

⁹) Vgl. Artikel 6 und 7 des Militärprotokolls a. a. O., S. 247.

¹⁰) Vgl. Titel V des EVG-Vertrages a. a. O., S. 223 ff.

¹¹) Vgl. Artikel 101 des EVG-Vertrages a. a. O., S. 223.

¹²) Vgl. Anlage I zu Artikel 107 des EVG-Vertrages a. a. O., S. 229.

¹³) Vgl. Artikel 87 des EVG-Vertrages a. a. O., S. 216.

¹⁴) Vgl. Artikel 40 des Finanzprotokolls a. a. O., S. 285.

¹⁵) Vgl. Artikel 94 des EVG-Vertrages a. a. O., S. 220.

¹⁶) Vgl. Artikel 93 und 99 des EVG-Vertrages a. a. O., S. 220 und S. 222.

¹⁷⁾ Vgl. insbesondere Kapitel IV — „Der Gerichtshof“ — des Titels II — „Die Organe der Gemeinschaft“ — des EVG-Vertrages a. a. O., S. 205 ff.

¹⁸⁾ Vgl. Titel I und II des Abkommens über die Rechtsstellung der Europäischen Verteidigungstreitkräfte und über das Zoll- und Steuerwesen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, während die übrigen Titel dieses Abkommens das Zoll- und Steuerwesen betreffen und zum Gebiet des Finanz- bzw. Rüstungsausschusses gehören; a. a. O., S. 306 ff.

¹⁹⁾ Vgl. Artikel 18 und 19 Justizprotokoll a. a. O., S. 266. — Zur Gestaltung des Strafrechts der EVG vgl. Jeschek, „Das Strafrecht der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, in *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft*, 65. Band, Heft 1 (1953).

²⁰⁾ Vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 5761.

²¹⁾ Vgl. u. a. insbesondere die Darstellungen etwa in *Der Spiegel* vom 18. 2. 1953, *Le Monde* vom 17. 3. 1953 und, nach

der Verabschiedung der Protokolle, die Kontroverse zwischen den Darstellungen in *Der Spiegel* vom 1. 4. 1953, *Le Monde* vom 5./6. 4. 1953 und 8. 4. 1953 sowie *Le Figaro* vom 8. 4. und 9. 4. 1953.

²²⁾ Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft, in *Europa-Archiv* 9/1953, S. 5669 ff.

²³⁾ Vgl. den Aufsatz des Verfassers „Großbritannien und die europäische Integration“, *Europa-Archiv* 15/1952, S. 5073.

²⁴⁾ Vgl. die Erklärung Guy Mollets „Le vote des socialistes sera conditionné par l'attitude de l'Angleterre“, *Le Monde* vom 21. 2. 1953.

²⁵⁾ Vgl. die Darstellung der englischen Intentionen in *Frankfurter Allgemeine* vom 9. 1. 1953, *Le Monde* vom 1. 2. 1953 und *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* vom 1. 2. 1953 („England und die EVG“).

²⁶⁾ Während seiner Amerikareise; vgl. *New York Herald Tribune*, European Edition, vom 3. 4. 1953.

Ergebnisse der elften Tagung des Atlantikrates in Paris vom 23. bis 25. April 1953

Von Hermann Volle

Der Verlauf der Konferenz

Seit der Schaffung des Atlantikpaktes im April 1949 waren die Vereinigten Staaten an allen bisherigen Sessionen des Nordatlantikrates durch den Außenminister der Regierung Präsident Trumans, Dean Acheson, vertreten. An der 11. Tagung, die unter dem Vorsitz des Generalsekretärs Lord Ismay am ständigen Sitz der NATO in Paris stattfand, nahmen nun erstmals Vertreter der neuen republikanischen Regierung Präsident Eisenhower teil. Der ehemalige Oberste Alliierte Befehlshaber der NATO und jetzige Präsident der Vereinigten Staaten übermittelte dem Atlantikrat eine Botschaft, in der er nachdrücklich die Wichtigkeit des NATO-Programms für den Frieden der Welt und für die Sicherheit der atlantischen Nationen unterstrich.

Der Tod Stalins, die russische „Friedensoffensive“, die erneuten Aussichten für einen Waffenstillstand in Korea, der Amtsantritt der Regierung Eisenhower, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Rüstungslasten und die revidierte Einschätzung der sowjetischen Taktik durch die Alliierten, alle diese Faktoren haben auf der 11. Tagung des Nordatlantikrates zu einer bedeutsamen Revision der Ziele und Maßnahmen der NATO geführt. Bisher war die NATO, nicht zuletzt unter dem Einfluß der unter Außenminister Acheson vertretenen Politik, in ihren politischen und militärischen Ueberlegungen davon ausgegangen, daß das Jahr 1954 das Krisenjahr sein werde, in dem die russische Bedrohung ihren Höhepunkt erreichen würde. Alle bisherigen Programme waren daher darauf abgestellt, bis zu diesem Zeitpunkt so viele Divisionen wie möglich aufzustellen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder war hierbei jedoch nicht immer genügend in Rechnung gestellt worden. Bereits auf der 9. und 10. Tagung des Atlantikrates war von den europäischen Partnern des Atlantikpaktes zum Ausdruck gebracht worden, daß eine wirksame Verteidigung gesunde wirtschaftliche Verhältnisse voraussetze. Außenminister Dulles hat sich nun auf der 11. Konferenz des Atlantikrates diesen Standpunkt zu eigen gemacht. Er vertrat die Ansicht, daß die NATO ihre Anstrengungen

nicht auf ein bestimmtes Krisenjahr richten solle, sondern daß sie ihre Anstrengungen auf lange Sicht kontinuierlich fortsetzen müsse. Dulles hat diese Konzeption der „permanent emergency“ in einer Rundfunkrede vom 29. April näher umschrieben. Die amerikanische Delegation sei, so sagte er, mit einigen neuen Ideen zur NATO-Konferenz gefahren. Sie sei davon ausgegangen, daß militärische Stärke nur auf der Grundlage gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse zu erreichen sei. Den europäischen Mitgliedstaaten, die bisher alle Anstrengungen gemacht hätten, um ein „theoretisches Ziel“ zu erreichen, begänne aber jetzt der Atem auszugehen. Da es nicht möglich sei, das Jahr der größten Gefahr vorauszusehen, halte Präsident Eisenhower es für besser, in einem Tempo vorzugehen, das bei wachsender Stärke ständig beibehalten werden könne. Die amerikanische Delegation habe daher bei der NATO-Tagung besonderen Nachdruck auf die Erreichung größerer Stärke durch weniger kostspielige Methoden gelegt. Dies könne eher durch Verbesserung der Qualität als durch eine quantitative Vermehrung erfolgen. Die Verlagerung auf die qualitative Verbesserung in der NATO-Planung werde dazu führen, die übermäßige Belastung der Haushalte und Währungen der NATO-Länder einschließlich der Vereinigten Staaten zu erleichtern. Dulles gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch die qualitative Verbesserung die Kampfstärke der NATO im Jahre 1953 um etwa 30 Prozent gesteigert werden könne.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Konferenz der nach dem Tode Stalins entstandenen Lage. Außenminister Dulles erklärte, daß nichts geschehen sei, was den „ständigen Kurs“ der NATO ändern könnte. „Wir glauben vielmehr, daß dieser Kurs für viele Jahre eingehalten werden kann und nicht abgestoppt zu werden braucht, um kommunistische Brosamen aufzupicken, die hingestreut werden, um uns zu entzweien.“ Die Konferenz kam zu der einstimmigen Schlußfolgerung, daß kein Wechsel in der grundlegenden Politik der Sowjetunion stattgefunden habe und daß deshalb die Gemeinschaft des Nordatlantikpaktes mit dem Ausbau ihrer Verteidigung fortfahren wird.

Die Konferenz billigte einstimmig eine durch den amerikanischen Außenminister eingebrachte Resolution, in der erneut das rasche Inkrafttreten des EVG-Vertrages gefordert wird. *Dulles* bestand darauf, daß ein wirksames System der gemeinsamen Verteidigung nur unter Beteiligung deutscher Streitkräfte im Rahmen der Europa-Armee möglich sei. Er gab zu verstehen, daß das Ausmaß der künftigen amerikanischen Hilfe für die Verteidigung Europas weitgehend von den Aussichten für die Verwirklichung der EVG abhängen werde. Außenminister *Bidault* gab bekannt, daß über die von Frankreich vorgeschlagenen Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag nunmehr eine Uebereinstimmung erzielt worden sei. Der britische Vertreter, Staatsminister *Lloyd*, erklärte, daß London und Paris zu einer weitgehenden Uebereinstimmung über das Ausmaß der britischen Assoziierung mit der EVG gekommen seien.

In der militärischen Planung wurden gegenüber den seinerzeit in Lissabon gefaßten Beschlüssen neue Pläne ins Auge gefaßt, die nach einer Uebersicht der *New York Times* vom 26. April 1953 wie folgt aussehen:

	Lissabonner Ziele		Revidierte Ziele	
	Flugzeuge	Divisionen	Flugzeuge	Divisionen
1953	6500	75	5500	60
1954	9000	96	7000	70

Nachdem sich diese im Vergleich zu den früheren Plänen erheblich bescheidenere Konzeption durchgesetzt hatte, war es verständlich, daß der Atlantikrat dem mit der langfristigen Planung eng verknüpften Infrastruktur-Programm besondere Aufmerksamkeit schenkte. Auf amerikanischen Vorschlag konnte eine Einigung über ein Drei-Jahres-Programm erzielt werden. Die Anteile an den Kosten des auf 700 Millionen Dollar bezifferten Programms für die Jahre 1954 bis 1956 wurden wie folgt festgesetzt: Vereinigte Staaten 42,86 vH, Frankreich 13,75 vH, Großbritannien 11,45 vH, Kanada 7,13 vH, Italien 6,50 vH, Belgien 5,09 vH, Niederlande 4,07 vH, Dänemark 3,05 vH, Norwegen 2,54 vH, Türkei 2,03 vH, Griechenland 1,01 vH, Portugal 0,32 vH, Luxemburg 0,20 vH, Island 0 vH.

Im Zusammenhang mit der rationellen Gestaltung der europäischen Militärbudgets verdienen auch die amerikanischen off-shore-Aufträge für den Ausbau der Flugzeugindustrien in fünf europäischen Ländern besondere Beachtung. Das von Lord *Ismay* bekanntgegebene Düsenjägerprogramm sieht den Abschluß von Kontrakten im Werte von 550 Millionen Dollar — davon für 281,6 Millionen amerikanischen off-shore-Aufträge — vor. Von den off-shore-Aufträgen entfallen auf Großbritannien 140 Millionen Dollar und auf Frankreich 86,54 Millionen Dollar.

Wie ein besonderes von der NATO veröffentlichtes Kommuniqué besagt, wurde der Nordatlantikrat über den Abschluß der in Paris geführten Verhandlungen über die Festsetzung des deutschen Verteidigungsbeitrages unterrichtet. Die Bundesrepublik verpflichtete sich, für das Bundeshaushaltsjahr 1953/54 einen Beitrag in Höhe von 8,95 Milliarden D-Mark zu leisten.

In einer Zusammenfassung der Ergebnisse der Konferenz erklärte Außenminister *Dulles*, daß sich bei der letzten Ratstagung eine Wandlung vollzogen habe. Die Auswirkungen würden sich jedoch erst in späteren Jahren

zeigen. Wenn man vorwärts schaue, dann dürfe man annehmen, daß die NATO niemals eine Organisation sein werde, die den Mitgliedstaaten das Lebensblut aussauge. Sie werde eher zu einem Schild werden, hinter dem Vertrauen und Stärke gedeihen.

Das Schlußkommuniqué vom 25. April 1953

1. Der in Paris in ministerieller Session unter Beteiligung der Außenminister, der Verteidigungsminister, der Wirtschaftsminister und der Finanzminister unter dem Vorsitz von Lord *Ismay* tagende Nordatlantikrat hat heute seine Arbeiten abgeschlossen.

2. Der Rat einigte sich über kurz- und langfristige Programme für die NATO. Für das Jahr 1953 wurde ein festes militärisches Programm und für das Jahr 1954 ein provisorisches Programm aufgestellt. Zusätzlich zu den Streitkräften, die von Griechenland und der Türkei zur Verfügung gestellt werden, wird der Bestand der den Obersten Befehlshabern der NATO zugeteilten Streitkräfte wesentlich vermehrt und ihre Schlagkraft beträchtlich verbessert werden. Die Ausbildung wird auf allen Stufen laufend und wesentlich verbessert. Die während des vergangenen Jahres abgehaltenen großen Manöver haben den Grad der Zusammenarbeit der Streitkräfte der Mitgliedstaaten merklich gesteigert; die Verbände werden besser ausgerüstet, und die Organisation der Unterstützungstreitkräfte (support forces) macht Fortschritte. Die militärischen Behörden der NATO sind der Ansicht, daß die Erreichung der gesetzten Ziele hinsichtlich der Stärke der Streitkräfte im Jahre 1953 und der gemeinsame Einfluß dieser verschiedenen Faktoren die Verteidigungsmacht der NATO während des Jahres 1953 materiell steigern werden.

3. Eine Einigung wurde nicht nur über die gemeinsame Finanzierung des zweiten Teils (£ 67 000 000) der vierten Tranche des Infrastrukturprogramms erzielt (der erste Teil des Betrages in Höhe von £ 80 000 000 wurde auf einer ministeriellen Session im Dezember geregelt), sondern auch über eine Aufteilungsformel der Ausgaben für die Deckung künftiger Programme, die von den Obersten Befehlshabern für den im Jahre 1954 beginnenden Zeitraum von drei Jahren unterbreitet werden sollen. Hierbei handelt es sich um Ausgaben von bis zu £ 250 000 000, vorausgesetzt, daß die Parlamente diesen Ausgaben zustimmen. Diese Programme werden viele verschiedene Projekte umfassen wie beispielsweise Flugplätze, Nachrichtenfernverbindungen (telecommunications), Flottenstützpunkte und Hafenanlagen, Treibstoffleitungen und Radareinrichtungen. Die militärischen Behörden der NATO verfügen jetzt über einen Finanzierungsplan, nach dem sie für mehr als drei Jahre arbeiten können. Außerdem kann jetzt ein verbessertes System angewendet werden, um eine engere finanzielle Ueberwachung der Ausgaben aus dem gemeinsamen Infrastrukturfonds zu gewährleisten.

4. Der Rat widmete verschiedenen wirtschaftlichen und finanziellen Faktoren, die das Ausmaß der Steigerung der Verteidigungsbemühungen beeinträchtigen, besondere Aufmerksamkeit. Er kam überein, daß die Entwicklung gesunder nationaler Wirtschaften und die Vermehrung der militärischen Streitkräfte gleichzeitig als Ziele verfolgt werden sollen; auf gewissen Gebieten schien die Aufstellung langfristiger militärischer gemeinsamer Produktions-

programme die am wenigsten kostspielige und andererseits wirksamste Lösung.

5. In diesem Sinne entwickelten die Regierungen der Mitgliedstaaten und das Internationale Sekretariat eine Methode zur Vorbereitung aufeinander abgestimmter Produktionsprogramme. Das Ziel hierbei ist, einerseits die Verteidigungsproduktion der europäischen Länder im Rahmen ihrer nationalen Budgets am wirtschaftlichsten zu gestalten und andererseits die europäische Verteidigungsproduktion wirksam auszubauen. Die Beteiligung der Vereinigten Staaten durch die off-shore-Aufträge gesellt sich zu dem Beitrag der europäischen Länder und spielt bei diesen Leistungen eine wichtige Rolle. Das vor kurzer Zeit bekanntgegebene Zusatzprogramm für den Bau von Jagdflugzeugen stellt eins der ersten hieraus resultierenden Ergebnisse dar. Es wird die Entwicklung der Flugzeugindustrien in fünf europäischen Ländern erleichtern und gleichzeitig das Potential der alliierten Luftverteidigung stärken. Andere Programme werden erwogen. Die NATO prüft auch Mittel und Wege zur Entwicklung einer europäischen Produktion von Ersatzteilen, um die Instandhaltung der militärischen Ausrüstung amerikanischer und kanadischer Herkunft zu gewährleisten.

6. Der Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs an den Rat hob die enge Zusammenarbeit der zivilen und militärischen Organe der NATO hervor und gab eine Uebersicht über die laufende Arbeit des Generalsekretariats. Er betonte, wie wichtig es sei, in der Öffentlichkeit ein besseres Verständnis für die Ziele und Erfolge der NATO zu entwickeln, eine Frage, der die Regierungen ständige Aufmerksamkeit schenken sollten. Der Bericht beschreibt sodann den Fortschritt der zahlreichen technischen Studien der Ausschüsse des Rates auf verschiedenen Gebieten, wie beispielsweise auf dem Sektor des Schutzes der Zivilbevölkerung oder auf dem Gebiete anderer Zivilorganisationen in Kriegszeiten.

Im Verlauf der Diskussion über den Bericht betonte der Rat erneut das Interesse an der Zusammenarbeit der NATO-Länder auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet. Die Ratsmitglieder nahmen mit Befriedigung Kenntnis von der jüngsten Initiative des amerikanischen Präsidenten zur Erleichterung der Lösung der Probleme, die der Bevölkerungsüberschuß in gewissen Ländern stellt¹.

7. Wie im Verlauf seiner bisherigen Sessionen nahm der Rat Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über politische Probleme von gemeinsamem Interesse. Die Ueberprüfung der internationalen Lage ergab völlige Uebereinstimmung. Diese Uebereinstimmung umfaßte die Einschätzung der vor kurzem erfolgten sowjetischen Schritte und Gesten. In dem Maße, in welchem sich diese Schritte und Gesten durch die Ereignisse als echte Bemühungen zur Verminderung der internationalen Spannungen herausstellen, werden sie von den Regierungen der Mitgliedstaaten begrüßt werden, deren Politik es seit jeher gewesen ist, jede Möglichkeit für den Weltfrieden zu suchen.

8. Nichtsdestoweniger stellte der Rat fest, daß sich

noch nichts an der grundsätzlichen Bedrohung der Sicherheit der freien Völker geändert hat. Der schlagendste Beweis für diese ständige Bedrohung sind die gewaltigen und ständig vermehrten militärischen Streitkräfte, die von denjenigen Nationen unterhalten werden, deren Politik für die gegenwärtige Spannung verantwortlich ist und die auch heute noch in verschiedenen Gegenden der Welt Angriffskriege fördern. Das jüngste Beispiel hierfür ist die Ausdehnung der Feindseligkeiten in Laos. Diese ernste Entwicklung hat die Lasten Frankreichs im Kampf gegen die Aggression vergrößert und den Regierungen anderer Mitgliedstaaten der NATO Anlaß zu schwerer Besorgnis gegeben.

9. Der Rat hat daher aufs neue die Politik der kollektiven Verteidigung bestätigt, die sich als völlig gerechtfertigt erwiesen hat und die der Grund für das wachsende Vertrauen der freien Welt in die Zukunft ist. Der Rat war der Ansicht, daß diese Politik, mit Bestimmtheit und Geduld fortgesetzt, alle Aussichten auf die Schaffung einer Grundlage für eine gerechte Regelung der ungelösten internationalen Probleme biete.

10. Der Rat war der Ansicht, es sei wesentlich, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten ihre Bemühungen zur Entwicklung der freien Atlantischen Gemeinschaft unter Einschluß einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, welche sobald wie möglich in einem immer enger vereinten Europa geschaffen werden sollte, fortsetzen.

11. Der Rat bestätigte erneut seinen grundlegenden Wunsch; für den Frieden zu arbeiten. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß eines Tages der größte Teil der Mittel der Mitgliedstaaten dem Wiederaufbau und der wirtschaftlichen Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene gewidmet werden kann. In der Ueberzeugung, daß ihre größte Kraft in der Einigkeit liegt, sind die Regierungen entschlossen, ihre Zusammenarbeit auf jedem Gebiet, wirtschaftlich, politisch und sozial sowie auch militärisch, zu erweitern und damit die Atlantische Gemeinschaft zu einer dauernden Realität zu machen.

Quelle: *The Department of State Bulletin*, Vol. XXVIII, No. 724 vom 11. Mai 1953, S. 673—674. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué über den deutschen finanziellen Verteidigungsbeitrag

Der Nordatlantikrat ist über die Ergebnisse der Verhandlungen über den finanziellen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum vom Datum des Inkrafttretens des Vertrages zur Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bis zum 30. Juni 1954 unterrichtet worden.

Das Abkommen umfaßt sowohl den gesamten Finanzbeitrag der Bundesrepublik Deutschland an die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wie auch, vorbehaltlich der Ergebnisse der zu gewissen Punkten noch fort dauernden Verhandlungen, der Unterhaltskosten für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten alliierten Truppen.

Quelle: Report of the North Atlantic Council Ministerial Meeting, Cmd. 8838, His Majesty's Stationary Office, London, 5. Mai 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

¹ Vgl. hierzu den Briefwechsel zwischen Königin Juliana der Niederlande und Präsident Eisenhower, veröffentlicht in *The Department of State Bulletin*, Vol. XXVIII No. 723 vom 4. Mai 1953, S. 639 f.

Resolution zum EVG-Vertrag

Der Nordatlantikrat erinnert an seine früheren Resolutionen vom 26. Mai und 17. Dezember 1952 hinsichtlich des Vertrages über die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und hinsichtlich des Zusatzprotokolls zum Nordatlantikpakt über die Garantien an die Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft²⁾;

nimmt von den seit seiner letzten Zusammenkunft erzielten Fortschritten Kenntnis einschließlich der Unterbreitung des Vertrages an die Parlamente aller Signatarstaaten und der Tatsache, daß fünf der Signatarstaaten das parlamentarische Verfahren über das Zusatzprotokoll

²⁾ Vgl. den Text des Zusatzprotokolls in Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 10: „Die Vertragswerke von Bonn und Paris vom Mai 1952“, S. 290 f., und den Text der NATO-Resolution vom 17. Dezember 1952 in Europa-Archiv 2/1953, S. 544f. Der Text der erwähnten Resolution vom 26. Mai 1952 ist in keiner der uns zugänglichen Quellen veröffentlicht worden. Der Atlantikrat hatte am 26. Mai 1952 eine Sitzung, auf der er den Text von zwei Protokollen zum EVG-Vertrag billigte (vgl. *The Times* vom 27. Mai 1952).

zum Nordatlantikpakt über die von den Vertragspartnern des Nordatlantikpaktes den Mitgliedern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegebenen Garantien beendet haben;

nimmt Kenntnis von den Fortschritten des von den Unterzeichnern des Vertrages über die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gebildeten Interimsausschusses hinsichtlich der technischen Planung und anderer erforderlicher Schritte für das Inkrafttreten des Vertrages, insbesondere des Abschlusses der Arbeiten an den Zusatzprotokollen und Vereinbarungen, die von dem Interimsausschuß vorgeschlagen wurden und die die Durchführung verschiedener wichtiger Bestimmungen des Vertrages erleichtern sollen;

betont, daß die Atlantische Gemeinschaft auch weiterhin der raschen Inkraftsetzung des Vertrages zur Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft überragende Bedeutung beimißt und folgerichtig seiner Ratifizierung durch alle Signatarstaaten als auch der Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Nordatlantikpakt.

Quelle: *International Survey*, No. 127 vom 14. Mai 1953 2a (115). Uebersetzung des Europa-Archivs.

Probleme der Französischen Union

Vierter Teil

Von Professor Raymond Jean Guiton, Paris

Anpassungsprobleme der französischen Kolonialpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Fortsetzung) *

Parallelen zwischen der Situation in Indochina und in Nordafrika

Der Versuch, eine anachronistisch gewordene Kolonialpolitik mit Gewalt fortzusetzen, hat in Indochina zu einem allgemeinen Aufstand des vietnamesischen Volkes geführt. Frankreich hat später diesen Aufstand in einen Bürgerkrieg umzuwandeln gewußt, der sich an der Gegnerschaft zwischen Ost und West speist. Was geschähe jedoch, wenn zwischen den Mächten, die an der Gestaltung der Weltpolitik maßgeblich beteiligt sind, ein Ausgleich erzielt würde? Vermutlich bekäme das vietnamesische Volk die Lizenz, zwischen *Bao-Dai* und *Ho-Chi-Minh* zu wählen — oder vielmehr, sich eine Koalitionsregierung zu geben. Es würde das Recht, uneingeschränkt über sich zu bestimmen, als die unerläßliche Voraussetzung zum Wiederaufbau seines verwüsteten Landes in Anspruch nehmen. Frankreich wäre verpflichtet, die Positionen zu räumen, die es ihm vorläufig noch erlauben, mit der Verteidigung Indochinas gegen die kommunistische Expansion die unmittelbare Wahrnehmung seiner eigenen Interessen zu verbinden. Ob

und inwiefern eine echte Partnerschaft zwischen Frankreich und seinen früheren indochinesischen Besitzungen sich dann bewerkstelligen ließe, kann heute in Unkenntnis der neuen Konstellation der Kräfte, die im Fernen Osten zustande käme, nicht ermessen werden. Sicher ist jedoch, daß eine Beilegung des Ost-West-Konfliktes, auf die — was wahrscheinlich, wenn auch nicht gewiß ist — ein Waffenstillstand auf indochinesischem Boden selbst folgte, in ihrem ganzen Umfang die Verluste offenbaren würde, die Frankreich sowohl seiner eigenen kompromißfeindlichen Einseitigkeit als auch dem im vietnamesischen Volke zunehmenden Radikalismus zuzuschreiben hat. Der Indochina-Krieg ist heute für Frankreich eine Spekulation. Die Opfer, die Frankreich sich seit sieben Jahren auferlegt, haben nur in der doppelten Hypothese einen Zweck, daß die Spannung zwischen Ost und West andauert und der Vietminh geschlagen wird. Nur dadurch kann Frankreich, wenn es seine früheren Irrtümer eingesehen hat, die Möglichkeit erhalten, die Grundlagen zu einer neuen Ära der Zusammenarbeit mit dem Vietnam zu schaffen. Die Tatsache, daß Frankreichs Chancen in Indochina von dem Fortbestehen der gegenwärtigen Spannung zumindest für eine längere Zeit abhängen, macht es wiederum begreiflich, daß die endgültige Räumung

*) Vgl. hierzu den ersten Teil der Ausführungen über die Anpassungsprobleme der französischen Kolonialpolitik in Europa-Archiv 7/1953, S. 5591—5596.

der Assoziierten Staaten all denjenigen als unausweichlich erscheint, die entweder mit einer gründlichen Bereinigung des Ost-West-Konfliktes in nächster Zukunft rechnen — oder eine Lockerung der atlantischen Bindungen Frankreichs zugunsten einer Annäherung an die Sowjetunion befürworten.

Auch in Nordafrika steht Frankreich vor der Notwendigkeit, seine Kolonialpolitik der Entwicklung anzupassen. Die gegenwärtige Lage in Nordafrika weist eine gewisse Ähnlichkeit mit derjenigen des Vietnam zu der Zeit auf, da General *Leclerc* und Präsident *Ho-Chi-Minh* noch miteinander verhandeln konnten¹. Der Parallelismus, der zwischen Indochina und Nordafrika besteht, hat geographische und soziologische Daten zum Gegenstand. Die politische Entwicklung scheint in Nordafrika mit einem Abstand von nahezu zehn Jahren diejenige Indochinas nachzubilden.

Auf die hervorragende strategische Bedeutung des südlichen Mittelmeerufers für die europäische Verteidigung sowie für Operationen im Nahen und Mittleren Osten braucht nur hingewiesen zu werden. Ebenso wie das vietnamesische Volk seit tausend Jahren kulturelle und politische Beziehungen zu China, seiner eigentlichen Heimat, unterhält, liegt der kulturelle und politische Schwerpunkt des nordafrikanischen Raumes in der mohammedanischen Welt Ägyptens und der Türkei, dem Ausgangspunkt der Invasionen, die seit dem 7. Jahrhundert die Araber bis an die Küste des Atlantischen Ozeans gebracht haben. Die chinesische und die arabische Sprache mit den von ihnen getragenen Weltbildern sind für die Uebernahme abendländischer Begriffe und Wertordnungen wenig geeignet. Dafür leisten in den Kolonialgebieten die Autochthonen (in Nordafrika die Berber²) ihrer Verbreitung oder dem Vordringen aus ihnen entwickelter Mundarten einen verhältnismäßig geringen Widerstand. Im Vietnam ebenso wie in Nordafrika hat die Unabhängigkeitsbewegung ein doppeltes Gesicht: Sie beruft sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das heißt im wesentlichen auf eine von der Aufklärung errichtete Lehre vom Menschen und von der *res publica*, um ihre Forderungen juristisch zu untermauern; aber gleichzeitig appelliert sie an das Selbstbewußtsein von Völkern, deren Zugehörigkeit zum chinesischen bzw. islamischen Weltbild, deren Mangel an politischer Erfahrung und deren niedriges Bildungsniveau die Befürchtung aufkommen läßt, daß die humanitäre Phraseologie nur für die Weltöffentlichkeit gedacht sein könnte. Schließlich ist in Nordafrika ebenso wie in Indochina zwischen Europäern und Einheimischen eine Hierarchie errichtet worden, die mit der zunehmenden Bürokratisierung der Verwaltung und mit der Verschärfung der Spannungen eine der Zusammenarbeit hinderliche psychologische Segregation herbeigeführt hat³.

Die heutige Position Frankreichs in Nordafrika

Für Frankreich weisen jedoch die nordafrikanischen Probleme, wenn sie den indochinesischen gegenübergestellt werden, einige schwerwiegende Unterschiede auf. Es liegt auf der Hand, daß der Verlust Nordafrikas Frankreichs Interessen noch viel härter treffen müßte als der Indochinas. Frankreich kann aber in Nordafrika die Belange der westlichen Sicherheit nicht vorschützen, um sich durch Anwendung von Waffengewalt in großem Stil den Unabhängigkeitsbestrebungen zu widersetzen. Es kann nicht annehmen, daß die Atlantikpaktmächte oder die Vereinten Nationen der Entfesselung eines Kolonialkrieges in diesem Raum untätig zusehen würden. Es ist ein Beweis für mangelnde Ernsthaftigkeit, wenn gewisse, insbesondere gaullistische, Kreise mit der Drohung operieren wollen, Frankreich sollte sich eher aus den Vereinten Nationen zurückziehen als eine Einmischung in seine Kolonialpolitik mit der damit verbundenen Einschränkung seiner Souveränität zu dulden. Frankreich verfügt weder über die wirtschaftlichen Voraussetzungen noch über die politischen Machtmittel, die es ihm gestatten würden, zusammen mit seinen Kolonien ein gesondertes Dasein außerhalb der westlichen (oder östlichen) Organisationen zu führen. Solange die europäische Einigung nicht vollzogen worden ist, bedeutet für Frankreich eine Lockerung der atlantischen Bindungen nicht, daß es zum gleichberechtigten Partner der Vereinigten Staaten werden könnte, sondern vielmehr, daß es sich in die Einflußsphäre der Sowjetunion begibt.

Für das landwirtschaftliche und industrielle Proletariat Nordafrikas, dessen Lebensstandard in etwa demjenigen seiner vietnamesischen Standesgenossen entspricht, sind soziale Forderungen mit dem Streben nach Unabhängigkeit aufs engste verbunden. Zwischen den Führern der Unabhängigkeitsbestrebungen und den Kommunisten bestehen auch hier Beziehungen. Die Kommunisten sehen in jedem Erfolg der Nationalisten, der die Position Frankreichs und mithin der westlichen Koalition schwächt, einen Sieg der Sowjetunion; sie betrachten die Befreiungskampagne als die erste Etappe zur Bolschewisierung des nordafrikanischen Raumes. Die Nationalisten hingegen, die häufig in politischer und sozialer Hinsicht trotz ihrer humanitären Phraseologie Reaktionäre sind, glauben eine Massenbasis zu finden, wenn sie sich mit dem Kommunismus lieren und an die soziale Unzufriedenheit der Mindestbemittelten appellieren⁴. Wegen der Querverbindungen, die aus taktischen Gründen zwischen den Führern der Unabhängigkeitsbewegungen und der Kommunistischen Partei bestehen, müssen sich die Atlantikpaktmächte und die westlich orientierte Fraktion der Vereinten Nationen davor hüten, der Sowjetunion den Nimbus der einzigen Weltmacht zu lassen, die „dem Freiheitsdrang der vom westlichen Kapitalismus und Imperia-

lismus unterdrückten kolonialen Völker“ Verständnis entgegenbringt.

Die Atlantikpaktmächte und die Vereinten Nationen können weder den französischen Standpunkt vorbehaltlos anerkennen noch sich an der Entwicklung im nordafrikanischen Raum desinteressieren. Sie können aber ebenso wenig die unnüancierte antikolonialistische Haltung annehmen, die ihnen bisweilen, teils aus ideologischen Motiven heraus, teils in Unkenntnis der Sachlage, nahegelegt wird. Der arabische Block, zu dem die Führer der nordafrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen hin tendieren, ist eher neutralistisch als westlich ausgerichtet. Die Erfordernisse der westlichen Strategie dürften kaum mit der Ueberlassung Nordafrikas an die Araber vereinbar sein. Nur solange der nordafrikanische Raum in französischen Händen bleibt, kann er in die militärische und wirtschaftliche Planung des Westens einbezogen werden.

Praktisch wäre Frankreich nur unter Billigung oder zumindest mit der stillschweigenden Duldung der westlichen Koalition aus Nordafrika zu vertreiben. Die westliche Koalition wird aber zweifellos berücksichtigen, daß eine übermäßige und objektiv ungerechte Schwächung der französischen Position in Nordafrika eine Verkrampfung des nationalen Empfindens in Frankreich selbst zur Folge haben müßte. Obgleich die französischen Linksparteien seit Jahr und Tag eine nicht unerhebliche Rolle bei der Unterhöhlung des nordafrikanischen Besitzes Frankreichs spielen, wären es die gemäßigten Parteien, die seit 1947 die Exponenten der atlantischen und europäischen Konzeption gewesen sind, die den Schaden davon tragen würden. Zu Roosevelts Zeiten wäre dieses Argument nicht anerkannt worden. Heute wird es in Washington gewürdigt. Die westliche Koalition ist am Zustandekommen einer echten, die Aufrechterhaltung der Ordnung und die weitere wirtschaftliche Erschließung Nordafrikas verbürgende Partnerschaft zwischen Frankreich und den Führern der nationalen Opposition interessiert.

Die Haltung der nordafrikanischen Verhandlungspartner

Einer friedlichen Beilegung des nordafrikanischen Konfliktes stehen allerdings nicht allein die französischen Kolonialbeamten und Kolonisten im Wege, die einen Druck auf die gemäßigten Kreise in Frankreich ausüben, um der Emanzipation der Nordafrikaner Einhalt zu gebieten. Auch die nordafrikanischen Verhandlungspartner Frankreichs neigen zunehmend zum Extremismus. Sie ermaßen durchaus, welche Grenzen der Handlungsfreiheit Frankreichs gesetzt sind. Sie glauben, durch die Anwendung von Gewaltmethoden Frankreich in eine unhaltbare Position hineinmanövrieren zu können. Dabei spekulieren sie auf das humanitäre Vorurteil der Weltöffentlichkeit,

die den Exzessen der Nordafrikaner Nachsicht entgegenbringt, aber Frankreich schärfstens verurteilt, sooft es zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit gegen diese Exzesse einschreiten muß.

Die panislamischen Kongresse, die 1949, 1951 und 1952 in Karachi veranstaltet wurden, sowie die Haltung der arabischen Staaten im Rahmen der Vereinten Nationen begünstigen die extremistische Entwicklung. Die Wortführer der Unabhängigkeitsbewegungen haben sich nicht nur in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten⁵ Gehör verschaffen können, sondern sie nehmen auch — und nicht zu Unrecht — an, daß es in den angelsächsischen Ländern Kreise gibt, die aus wirtschaftlichen oder machtpolitischen Erwägungen heraus einen Abbau der französischen Herrschaft über den nordafrikanischen Raum begrüßen würden.

Es ist sogar wahrscheinlich, daß die nordafrikanischen Politiker, die für die Aufhebung des kolonialen Statutes eintreten, sowohl die Schwächen der französischen Position als auch die Hilfsbereitschaft der ausländischen Kreise und Mächte zu hoch einschätzen, die sie zu ihrem Radikalismus ermutigen. Dieser Irrtum verleitet sie zu der Annahme, daß sie es nicht mehr nötig hätten, sich zur Anerkennung der französischen Ansprüche herabzulassen. Sie beschränken sich auf die Ankündigung, daß „die Franzosen ins Meer geworfen“ werden sollen.

Partnerschaft mit Frankreich oder Kondominium

Der gegenwärtige Konflikt kann weder durch einen Aufstand beendet werden, der zur Vertreibung der Kolonisten, der Kolonialbeamten und der französischen Truppen führen würde, noch durch einen Einsatz der französischen Truppen zur Liquidierung der Unabhängigkeitsbewegungen und zur Wiederherstellung einer unumstrittenen französischen Vorherrschaft. Es spricht alles dafür, daß der Kompromiß, den der Westen begrüßen würde, auch für die Nordafrikaner die beste Lösung wäre. Auf diese Weise würden die Nordafrikaner die Gewähr erhalten, daß das von Frankreich unternommene Kolonisationswerk, dessen Erfolge von den wildesten Agitatoren nicht geleugnet werden, fortgesetzt würde.

Die Alternative zu einem Kompromiß mit Frankreich könnte nur die Errichtung eines Kondominiums der Westmächte sein. Es gibt heute zweifellos nordafrikanische Politiker, die sich in der Hitze des Kampfes um die Unabhängigkeit dazu versteigen, ein derartiges Kondominium einer echten Partnerschaft mit Frankreich vorzuziehen. Dabei übersehen sie jedoch, daß im Rahmen eines Kondominiums keine einzelne Macht mehr für die Fortsetzung des Kolonisationswerkes unmittelbar verantwortlich wäre. Wegen der Kostspieligkeit dieses Werkes wäre auch keine einzelne Macht mehr daran interessiert. Wenn jeder verantwortlich ist, ist es in Wirklichkeit niemand. Das humanitäre Pathos wäre dann zweifellos kein Hinder-

nis mehr, die Ordnung mit allen dazu erforderlichen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Privatkapitalismus dürfte seiner Unternehmungslust ungehemmten Lauf lassen und entsprechende Gewinne einstreichen. Wenn heute nordafrikanische Politiker den kolonialisatorischen Leistungen Frankreichs entgegenhalten, daß sie das Selbstbewußtsein der nordafrikanischen Völker untergraben, so ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Errichtung eines Kondominiums mit dem Rückfall breiter Schichten der nordafrikanischen Bevölkerung in die primitiven Verhältnisse und in den Zustand wirtschaftlicher Unfreiheit verbunden wäre, aus denen Frankreich sich bisher bemüht hat, ihnen emporzuhelfen.

Die europäischen Einwohner in Nordafrika

Man würde das Problem auf eine Weise vereinfachen, die der Wirklichkeit nicht mehr gerecht würde, wenn man den Widerstand der französischen Kolonisten gegen das Zustandekommen eines Kompromisses nur auf einen kurzsichtigen Egoismus zurückführen wollte. Die in Nordafrika ansässigen Franzosen befürchten, mit der Kontrolle über die jeweilige Regierung nicht bloß gewisse Vorrechte zu verlieren, sondern auch der Enteignung anheimzufallen oder zum wirtschaftlichen Erstickungstode verurteilt zu werden⁶. Nordafrika ist kein Territorium, wo die Europäer sich einige Jahre aufhalten, um dann nach Frankreich, Italien oder Spanien zurückzukehren. Heute sind zehn Prozent der in Nordafrika ansässigen Bevölkerung europäischer Herkunft. Besonders in Algerien und Tunesien haben die Einwanderer sich bereits vor Jahrzehnten eine neue Existenzgrundlage geschaffen. Sie haben häufig ihre Beziehungen zum Mutterlande sich lockern lassen. Sie haben Familien gegründet, deren Abkömmlinge Nordafrika als ihre Heimat empfinden. Wenn sie wieder auswandern müßten, würde dieser Zwang für sie Ruin und Exil bedeuten.

Den Kolonisten dürfen allerdings die Kolonialbeamten nicht gleichgesetzt werden. Wenn man von denjenigen absieht, die in nordafrikanischen Angelegenheiten spezialisiert und darum auch unentbehrlich sind, lassen sich die meisten Beamten nur wegen der vorteilhaften Lebensbedingungen, der Prämien und Gehaltszuschläge nach Nordafrika versetzen. Später kehren sie nach Frankreich zurück. In Tunesien sind 30 000 Beamte vorhanden, auf zehn Einwohner entfällt ein Beamter. Die Verwaltungskosten machen im Durchschnitt 66 Prozent vom Staatshaushalt Tunesiens aus⁷. Es versteht sich von selbst, daß der unterste französische Beamte, der in keiner Weise für eine Beschäftigung in Nordafrika qualifiziert ist, am ehesten dazu neigt, sich als Vertreter der „Herrenrasse“ aufzuführen und die Beziehungen zwischen Frankreich und den Nordafrikanern zu vergiften. Die Gewährung der inneren Autonomie an die beiden Pro-

tektorate würde die Rückkehr der meisten französischen Beamten nach Frankreich erfordern. Diese Rückkehr ist aus innenpolitischen Gründen äußerst schwer zu bewerkstelligen, da besonders die nach dem Zweiten Weltkriege eingeführte Gesetzgebung es verbietet, Beamte zu entlassen oder gegen ihren Willen zu versetzen. Es darf noch hinzugefügt werden, daß — vor allem in Tunesien — ein hoher Prozentsatz der Beamenschaft aus Korsika stammt. Da die Korsen wegen ihres außergewöhnlichen Zusammenhaltens in der französischen Parteipolitik eine geradezu erstaunliche Rolle spielen, hat man mit kaum merklicher Uebertreibung behaupten können, daß die Gewährung der inneren Autonomie an die Nordafrikaner in erster Linie ein „korsisches Problem“ sei.

Die Beseitigung der Differenzen, die gegenwärtig zwischen Frankreich und Nordafrika bestehen, wird dadurch erschwert, daß nicht nur eine Regelung zwischen der Kolonialmacht und ihren sich emanzipierenden Besitzungen gefunden werden muß, sondern auch ein *modus vivendi*, der das Nebeneinanderleben von Einwohnern europäischer und nichteuropäischer Herkunft ermöglicht. Mit der Gewährung der Staatsbürgerrechte an die Afrikaner und der Errichtung einer parlamentarischen Demokratie nach üblichem Vorbild ist es nicht getan, weil die Europäer dann majorisiert würden. Marokko und Tunesien haben es abgelehnt, als Assoziierte Staaten der Französischen Union anzugehören. Ihre Zugehörigkeit zur Union hat sich mittelbar aus der Tatsache ergeben, daß der französische Staat, an den sie durch die Protektorsverträge gebunden sind, von sich aus das Statut der Union in die Verfassung seiner vierten Republik aufgenommen hat. Sie haben aber auch keinen Gebrauch von der — freilich wenig nützlichen — Möglichkeit gemacht, in den Institutionen der Union vertreten zu sein. Die Führer der Unabhängigkeitsbewegungen haben bisweilen Frankreich Garantien für die europäischen Minderheiten angeboten. Trotzdem besteht die durchaus begründete Befürchtung, daß Frankreich sehr bald keine Handhabe mehr hätte, die Einhaltung derartiger Garantien notfalls zu erzwingen, wenn das bisherige auf einem bestimmten Verhältnis der Kräfte beruhende Statut in vertragliche Vereinbarungen zwischen gleichmäßig freien, wenn nicht sogar gleichmäßig souveränen Staaten umgewandelt würde.

Der Einwand liegt nahe, daß das Völkerrecht für den Minderheitenschutz einschlägige Bestimmungen enthält. Das Völkerrecht bewährt sich aber in der Praxis nur so lange, wie die Vertragspartner gewillt sind, eine dem eigenen Nutzen übergeordnete Norm anzuerkennen. Selbst die europäische Geschichte der letzten Jahrzehnte bietet leider eine Fülle von Beispielen für die Fragwürdigkeit eines durch völkerrechtliche Bestimmungen verbürgten Minderheitenschutzes dar.

Man wird sich freilich fragen, ob die in Nordafrika ansässigen Europäer überhaupt eine Minderheit bilden müssen. Wenn mit den Nordafrikanern zunächst keine kulturelle Verschmelzung in Erwägung gezogen werden kann, so wäre doch eine wirtschaftliche und politische Assimilation vorstellbar. Mit anderen Worten: es verdient, untersucht zu werden, ob die Assimilationspolitik, die Frankreich nur in sehr beschränktem Umfange in Nordafrika gelungen ist, mit umgekehrtem Vorzeichen keine größeren Erfolgsaussichten hätte. Dazu sind aber die ständigen und die aktuellen Komponenten des nordafrikanischen Selbstbewußtseins zu prüfen, damit festgestellt wird, ob bei den Nordafrikanern selbst mit der Bereitschaft zu einer derartigen Assimilationspolitik zu rechnen ist.

Die jüdischen Einwohner in Nordafrika

Die jüdische Frage stellt in Nordafrika einen Präzedenzfall dar⁸. Hebräer befanden sich auf nordafrikanischem Boden bereits zu der Zeit, da sie neben den Phöniziern im Wirtschaftsleben Karthagos eine nicht unbedeutende Rolle spielten. Im 3. Jahrhundert v. Chr. fand eine starke jüdische Einwanderung in Marokko statt. Nach der Zerstörung des Tempels in Jerusalem ließen sich Flüchtlinge in Nordafrika nieder. Die Juden, die der ersten arabischen Invasion (665) folgten, errichteten in Kairouan ein geistiges Zentrum. Die Pogrome begannen gegen Ende des 11. Jahrhunderts, nachdem die arabisch-islamische Kultur jene Blütezeit bereits erlebt hatte, die man wegen ihrer Kürze und ihrer Oberflächlichkeit mit einem Feuerwerk verglichen hat. Im 14. und 15. Jahrhundert wurde in Marokko eine jüdische Renaissance durch den Zustrom der Juden eingeleitet, die vor der Inquisition die Flucht ergriffen und Spanien verlassen hatten. Später ließen sich noch jüdische Händler dank der merkantilen Politik der toskanischen Großherzöge entlang der Mittelmeerküste nieder. Heute befinden sich in Nordafrika eine halbe Million Juden, davon 234 000 in Marokko, 140 000 in Algerien und 120 000 in Tunesien. Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß über 40 Prozent der in Marokko ansässigen Juden berberischer Herkunft sind. Gegen Ende der Römerzeit und unter Byzanz wurden Berberstämme zum Judentum bekehrt.

Die durch Frankreich eingeführte Gesetzgebung ist in Algerien und Tunesien den Juden zugute gekommen. In Algerien hatte bereits 1871 der Erlaß von Crémieux den Juden die französischen Bürgerrechte gewährt. Die Juden erhielten Zugang zu den öffentlichen Ämtern, sie konnten sich in der gewerblichen Wirtschaft eine bedeutende Stellung schaffen und in den freien Berufen eine führende Rolle spielen. Frankreich gegenüber haben sie sich loyal gezeigt, sofern die jeweiligen Umstände es ihnen erlaubten⁹. In Tunesien besitzen die Juden die französischen Staatsbürgerrechte, wenn sie aus Europa eingewan-

dert sind; sie sind den Mohammedanern gleichgestellt, wenn sie zu der einheimischen Bevölkerung gehören. Die zweite Kategorie ist gewiß benachteiligt; dafür befindet sich die erste in einer ähnlichen und ebenso günstigen Lage wie in Algerien. In Marokko hingegen befinden sich die Juden unter dem Schutz des Sultans. Sie besitzen weder die französischen noch die marokkanischen Bürgerrechte, können im Staatsdienst nicht beschäftigt werden und sind in den freien Berufen kaum vertreten. Bis auf eine dünne, in der gewerblichen Wirtschaft reich gewordene Oberschicht sind sie unter ärmlichsten Verhältnissen in besonderen Stadtvierteln untergebracht. In Casablanca lebt auf diese Weise ein Drittel der jüdischen Bevölkerung Marokkos. Der Ausbruch des Krieges zwischen Israel und den arabischen Staaten hat 1948 zu Pogromen Anlaß gegeben, obgleich der Sultan die Bevölkerung aufgefordert hatte, Ruhe zu bewahren. Im allgemeinen beginnen in Nordafrika die nationalistischen Straßentumulte damit, daß Juden verfolgt und ihre Läden in Brand gesetzt werden.

Die Betrachtung der jüdischen Frage führt zu zwei Feststellungen: a) daß zwischen Juden und Mohammedanern in Verlauf vieler Jahrhunderte keine Assimilation stattgefunden hat, obgleich nicht nur Juden und Araber sich rassisch nahestehen, sondern auch (besonders in Marokko) Mohammedaner und Juden zu einem sehr erheblichen Prozentsatz einen gemeinsamen berberischen Ursprung haben; b) daß die Juden sich die abendländische Zivilisation mit großer Leichtigkeit aneignen, während die Mohammedaner auch dann, wenn sie von Hause aus Berber sind, sich nur mit größter Mühe in die Begriffe und Wertordnungen des Abendlandes hineinendenken können. In Marokko z. B., wo 1948 zum ersten Male sechs Vertreter der jüdischen Gemeinde in die einheimische Sektion des Konsultativrates aufgenommen wurden, sind die jüdischen Kinder systematisch zum Schulbesuch angehalten und ein Drittel der jüdischen Frauen erwerbstätig. Wenn seitens der Mohammedaner nicht Einhalt geboten wird, ist damit zu rechnen, daß etwa binnen 25 Jahren das jüdische Proletariat Marokkos sich emanzipiert haben wird.

Die mohammedanische Bevölkerung in Nordafrika

Bekanntlich bringt die mohammedanische Elite in Nordafrika keine Techniker hervor, die in der Landwirtschaft und der Industrie (wie es im Vietnam der Fall ist) mit den Europäern in Konkurrenz treten oder gar Anspruch darauf erheben könnten, sie abzulösen. Die arabischen Intellektuellen sind Rechtsanwälte oder Publizisten oder bewerben sich um einträgliche Pfründen in der einheimischen Verwaltung der Protektorate. Wenn man den Ursachen von der Unfähigkeit der Mohammedaner nachforscht, auch ohne Preisgabe ihrer geistigen Eigenart mit

dem Abendland eine gemeinsame Plattform zu finden, begegnet man wohl einem religiös fundierten Komplex der Ueberlegenheit, aber auch einem durch die Struktur des mohammedanischen Kollektivbewußtseins bedingten Hindernis.

Wer die Bedeutung einer Sprache würdigen will, pflegt oft in dieser Sprache ein Dokument der zivilisatorischen Leistung und ein Monument der ästhetischen Schöpfungskraft des Volkes zu erblicken, das sich ihrer bedient. Dabei wird die Beziehung des einzelnen zur Sprache nur in der Richtung betrachtet, die vom Sprechenden ausgeht und zur sprachlichen Schöpfung führt. In Wirklichkeit besteht zwischen dem einzelnen und der Sprache eine wechselseitige Beziehung, denn die Sprache bedingt die Bewußtseinszustände des einzelnen, denen sie die Kategorien des jeweiligen Kollektivs vermittelt¹⁰.

Seit nahezu 1500 Jahren ist die arabische Schriftsprache erstarrt. Auch dann, wenn man von den psychologischen Eigenschaften der Araber (Emphase usw.) absieht, die in ihr zur Form gelangen und wiederum durch sie verstärkt werden, ist es offensichtlich, daß die unermüdlich fortgesetzte Bemühung, den sprachlichen Zustand möglichst getreu nachzuahmen, der zur Zeit Mohammeds modern war, die Anpassungsfähigkeit des Islams an die Gegenwart lähmt. Jede islamische Renaissance, die in ihrem Wesen (im Gegensatz zu der Entwicklung in der Türkei) eine Rückkehr zu den Dokumenten des Glaubens anstrebt, das heißt zu dem System von Begriffen und Relationen, das dem Kollektivbewußtsein der Araber im 6. und 7. Jahrhundert adäquat war, ist in Wirklichkeit eine Reaktion, ein Ausweichen vor den Forderungen der modernen Situation.

Die geistige Abkapselung der mohammedanischen Orthodoxie gegen die zeitgenössische Welt erzeugt wie immer, wenn eine Gruppe sich der Umwelt entgegensetzt, den Glauben an die eigene Ueberlegenheit. Das islamische Weltbild erhebt Anspruch auf Universalität, indem es sich auf die Annahme gründet, daß es eine dem Sein angemessene Erkenntnis beinhalte.

Die durch den Glauben bedingte Geisteshaltung der nordafrikanischen Mohammedaner zieht schwerwiegende politische Folgen nach sich. Sie liefert den Schlüssel zu dem Versagen der französischen Assimilationspolitik; zugleich enthüllt sie aber auch, daß die Möglichkeit einer Assimilation der jüdischen oder europäischen Minderheiten durch einen souverän gewordenen islamischen Staat in Nordafrika ausgeschlossen ist. Sie erklärt, warum die Mohammedaner die westliche Zivilisation gering schätzen und unter Umständen bereit wären, auf dieses Werk des Bösen zu verzichten. Sie läßt die gelegentlichen Bekenntnisse nordafrikanischer Mohammedaner, die sich für die Unabhängigkeit einsetzen, im fragwürdigen Lichte taktischer Winkelzüge erscheinen, die unter

dem Mäntelchen der aufklärerischen Demokratie die schrittweise Erlangung der Selbstbestimmung herbeiführen sollen, damit die Befreiung von den Ungläubigen vor sich gehen kann. Die unausweichliche Konsequenz ist die Vertreibung der europäischen Minderheiten. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die relative Primitivität der Begriffsbildung und der logischen Relationen in der arabischen Sprache das Kollektivbewußtsein der Mohammedaner für den Fanatismus anfällig macht, dessen sich die Politiker zu bedienen wissen.

Die Geisteshaltung des nordafrikanischen Mohammedaners ist geschichtswidrig, sofern sie nach der Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung jener geschlossenen Einheit von Kultur und Glauben trachtet, die aus den Dokumenten der islamischen Offenbarung hervorgegangen ist. Es ist kaum anzunehmen, daß die Grundlagen zu einer Zusammenarbeit zwischen dem nordafrikanischen Teil des Islams und Frankreich gefunden würden, wenn auf nordafrikanischer Seite die Verhandlungspartner ausschließlich die Exponenten jener orthodoxen Kreise wären, die von einer Reinigung des Glaubens und von der Rückkehr zur ehemaligen Sittenstrenge eine innere Erstarung des Islams und neue Siege über die Ungläubigen erwarten¹¹. Es entspräche aber nicht der wirklichen Lage, wenn man nur am Widerstand der orthodoxen Restauration die Erfolgsaussichten einer Partnerschaft zwischen Frankreich und den Nordafrikanern bemessen wollte. Die Orthodoxie selbst wird vielmehr in zunehmendem Maße gefährdet durch die Verbreitung abendländischer Begriffe und Werte (die allerdings nicht unbedingt französischen Ursprungs sind und deshalb auch keine Bestätigung der Assimilationsbestrebungen bedeuten). Die Erkenntnis dieser Gefahr mag sogar zum Teil die Heftigkeit erklären, mit der die Orthodoxie die mohammedanischen Massen zur Untermauerung der Unabhängigkeitsbewegungen einsetzt.

Gerade wegen der Einheit von Kultur und Glauben, die dem Islam zugrunde liegt, verliert er bekanntlich seine Macht über den Auswanderer, der dem Zwang der Sitte nicht mehr untersteht¹². Es ist kennzeichnend, daß die ersten Unruhen, die Frankreich auf nordafrikanischem Boden nach der Festigung seiner Herrschaft zu bekämpfen hatte, religiöse Ursachen hatten¹³, während die ersten zielbewußten Bemühungen um eine Abänderung der einzelnen kolonialen Statuten von in Frankreich sich aufhaltenden Nordafrikanern — und mit Hilfe französischer Kreise unternommen wurden¹⁴.

Das islamische Kollektivbewußtsein kann bis zu einem gewissen Grade als nationales Bewußtsein angesehen werden: die wesentlichen Elemente des nationalen Bewußtseins, d. h. eine relative ethnische Geschlossenheit, die sprachliche und kulturelle Einheit, das Empfinden der Zusammengehörigkeit und

der Andersartigkeit den Fremden gegenüber, sind zweifellos vorhanden. Dieses Nationalbewußtsein ist aber kein nationalstaatliches und kann es trotz der gelegentlichen Unternehmungen von Organisationen wie der Arabischen Liga nicht werden.

Zum Wesen des Staates und folglich auch des Nationalstaates gehört der Begriff der Grenze, der dem Islam völlig fremd ist. In der islamischen Glaubenslehre ist keine Trennung zwischen Kirche und Staat vorgesehen. Beide leiten von der universalen Geltung des Glaubens ihren eigenen Anspruch auf Universalität ab. Der moderne Staatsbegriff ist durch den Westen eingeführt worden, nachdem das ottomanische Reich durch den Ersten Weltkrieg zertrümmert worden war. Die Entwicklung, die aus der Türkei, Ägypten, Irak, Syrien und Libanon Staaten im abendländischen Sinne des Wortes gemacht hat, ist nicht auf Faktoren zurückzuführen, die potentiell im mohammedanischen Weltbild vorhanden waren.

Auswirkungen der französischen Kolonisation in Nordafrika

In Nordafrika hat die französische Kolonisation eine zweischichtige Entwicklung ausgelöst. Das Zusammengehörigkeitsempfinden innerhalb des westlich gelegenen Teils des Islams, das zu parallelen Erscheinungen und sogar zu einer Durchdringung der mohammedanischen Politik zwischen Tunesien, Algerien und Marokko geführt hat, ist überlagert durch die im allgemeinen Bewußtsein vorhandene Kategorie des Staates. Den Ansatzpunkt bot in Tunesien und Marokko die Anwesenheit einer einheimischen Dynastie, die aufrechterhalten blieb. Die Festigung dieser Kategorie vollzog sich unter dem Einfluß der Kolonisation, die jedem der drei nordafrikanischen Gebiete besondere Institutionen, eigene wirtschaftliche und soziale Interessen, einen für das politische Leben klar abgegrenzten Rahmen, kurz: im wesentlichen — wenn auch mit dem Vorbehalt der unzureichenden Souveränität — alles gab, was zum Zubehör oder zu den Requisiten des Staates gehört.

Bei der Entwicklung der drei nordafrikanischen Kolonialgebiete zur Eigenstaatlichkeit im modernen Sinne darf der Einfluß des als Vorbild dienenden französischen Nationalstaates um so weniger unterschätzt werden, als der straffe Zentralismus Frankreichs die verwaltungsrechtliche Entsprechung eines durch den jakobinischen Republikanismus potenzierten Empfindens für die Gleichsetzung von Nation und Demokratie darstellt. Gleichzeitig hat sich aber auch naturgemäß die Umwandlung von Teilen des islamischen Reichs in moderne Staaten ausgewirkt. Dabei haben neben den schon erwähnten Staaten und insbesondere Ägypten die souverän gewordenen Staaten Pakistan und Libyen eine hervorragende Rolle gespielt¹⁵.

Mithin ist es unzulänglich, nur von einem nordafrikanischen Selbstbewußtsein zu sprechen. Der Wirklichkeit wird man noch weniger gerecht, wenn man dieses Selbstbewußtsein der mohammedanischen Erneuerung gleichsetzt. Das Problem hat sich als viel komplexer erwiesen; die Chancen für eine Verständigung zwischen Frankreich und den Nordafrikanern sind allerdings auch größer, als zuerst angenommen werden durfte.

Als eine für den ganzen nordafrikanischen Raum charakteristische Erscheinung ist die Forderung der Einheimischen nach Selbstverwaltung anzusehen. Der Eckstein des zwischen den Nordafrikanern und Frankreich zu lösenden Problems liegt bei den Einschränkungen der Souveränität, welche die Nordafrikaner sich in ihrem eigenen Interesse freiwillig auferlegen müssen, vorausgesetzt natürlich, daß Frankreich seinerseits seine Bereitschaft nachweist, das ihm auf diese Weise entgegengebrachte Vertrauen nicht zu mißbrauchen. Gegen das Zustandekommen eines derartigen Kompromisses müssen sowohl die Exponenten der mohammedanischen Reaktion als auch die Kommunisten Widerstand leisten. Dabei ist aber zu beachten, daß beide extremistische Richtungen es leichter haben als die fortschrittlichen und gemäßigten Parteien und Persönlichkeiten, die Massen einzusetzen und den Ereignissen eine radikale Wendung zu geben, die, wenn gewisse Dinge einmal geschehen sind, kaum aufzuhalten ist.

Im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen scheint man noch keine völkerrechtliche Patentlösung gefunden zu haben. Aus der Tatsache, daß durch die Protektoratsverträge insbesondere auf den Gebieten der äußeren Sicherheit und der auswärtigen Angelegenheiten die Staaten Marokko und Tunesien nicht nur praktisch, sondern auch formell einen Teil ihrer Souveränität abgegeben hatten¹⁶, hat man neuerdings¹⁷ für Frankreich das Recht ableiten wollen, im Rahmen einer Anpassung der Protektoratsverträge an die gegenwärtigen Verhältnisse eine Co-Souveränität zu errichten, die den in den Protektoraten ansässigen Franzosen die erforderlichen Garantien sichern und der Gefahr einer Majorisierung vorbeugen würde. Die These ist anfechtbar¹⁸, sie wurde von den Führern der Unabhängigkeitsbewegungen auch nicht anerkannt. Ihre Anwendung wäre in Algerien nicht ohne weiteres möglich, da die rechtlichen Voraussetzungen fehlen.

Die gegenwärtigen Aufgaben der französischen Politik in Nordafrika

Unabhängig von den Möglichkeiten einer juristisch und sachlich befriedigenden Regelung der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den nordafrikanischen Staaten (oder staatsähnlichen Gebilden), die sich aus den Verhandlungen ergeben werden, dürfte gegenwärtig die taktische Aufgabe Frankreichs darin bestehen:

A. Die Voraussetzungen zu sachlichen Verhandlungen zu schaffen, die eine Würdigung beider Standpunkte ermöglichen und die Gewähr geben, daß der einmal mit Müh und Not erzielte Kompromiß dann auch eingehalten wird. Dazu gehören Maßnahmen, die eine weitere Radikalisierung der öffentlichen Meinung durch die extremistische Agitation unterbinden, Sabotageakte und die Anwendung von Terror verhindern. Dazu gehört aber auch der Verzicht Frankreichs auf die Ausübung der ihm zur Verfügung stehenden Macht- und Druckmittel gegen Parteien und Persönlichkeiten einer Opposition, die sich im Rahmen der üblichen demokratischen Freiheiten halten. Es wäre wohl zweckmäßig, daß beide Partner sich den Codex gegenseitig bestätigen würden.

B. Die jeweilig interessierten nordafrikanischen Kreise davon zu überzeugen, daß die Zusammenarbeit mit Frankreich sich wirtschaftlich und sozial lohne. Dazu gehören

1. Eine Klärung der tatsächlichen Unterstützungsfreudigkeit jener Staaten, Firmen und Privatpersonen, die den Führern der Unabhängigkeitsbewegungen gegenüber mit Zusicherungen nicht kargen,

2. Betätigungsmöglichkeiten in ausreichendem Umfang für ausländisches Kapital und ausländische Unternehmungen,

3. eine wirksamere Unterrichtung der nordafrikanischen Bevölkerung über die Ergebnisse der von Frankreich bisher geleisteten Wirtschafts- und Finanzhilfe, über die zwingende Notwendigkeit, diese Hilfe fortzusetzen, und über die Unentbehrlichkeit französischer Spezialisten in Wirtschaft und Verwaltung, solange kein ausreichender einheimischer Nachwuchs vorhanden ist,

4. sozialpolitische Maßnahmen, die Frankreich davor schützen würden, als die Verkörperung eines zügellosen Kapitalismus hingestellt zu werden, der die nordafrikanische Arbeitnehmerschaft ausbeute, während die nordafrikanischen Oligarchien von sich aus bereit wären, den sozialen Fortschritt zu fördern¹⁹.

C. Die nordafrikanische Jugend, von der bisher nur ein Bruchteil erfaßt worden ist, dem Schulbesuch tatsächlich zu unterziehen. Der Unterricht würde nicht allein durch die Vermittlung von praktischen Kenntnissen die Grundlage zu einer methodischen Modernisierung der Arbeits- und Lebensweise schaffen, sondern auch eine Auflockerung jenes geistigen Monolithismus herbeiführen, aus dem der religiöse und politische Fanatismus erwächst. Es versteht sich von selbst, daß die Programme den nordafrikanischen Verhältnissen angepaßt sein müßten. Sie dürften

keine Franzöisierung anstreben. Es ist zweifellos von Frankreich ein schwerer Fehler gewesen, daß es entweder das Analphabetentum fortbestehen ließ oder auf Anschauungen und Methoden zurückgriff, die den soziologischen Daten inadäquat waren. Neben der Ausbildung von Lehrkräften in ausreichender Zahl würde die Hauptschwierigkeit in der Finanzierung des Unterrichtswesens liegen. Aber abgesehen davon, daß der einheimische Besitz zu diesem Zweck herangezogen werden könnte, wären Anleihen etwa im Rahmen der Vereinten Nationen oder der nordatlantischen Koalition denkbar. Es wäre auch die beste Gelegenheit, die Freunde der nordafrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen zu einer fruchtbaren Mitwirkung zu veranlassen.

D. Kompetenten nordafrikanischen Persönlichkeiten in zunehmendem Maße eine echte Beteiligung an der Verwaltung ihres Landes zu ermöglichen und ihnen eine entsprechende Verantwortung aufzubürden. Besonders wichtig wäre dabei die Festlegung der Etappen, die zur Selbstverwaltung führen sollen.

Wenn in der Konzeption der Französischen Union der Commonwealth-Gedanke konsequent entwickelt und die Institutionen der Union zur praktischen Wirksamkeit gelangt wären, hätte diese Form der Partnerschaft trotz der anfänglichen Weigerung der nordafrikanischen Protektorate für die Souveränitätsfrage eine Lösungsmöglichkeit dargestellt. Aber auch dann hätte sich die Errichtung geeigneter Institutionen in Nordafrika selbst als recht schwierig erwiesen, wenn verhindert werden soll, daß die im Entstehen begriffenen modernen nordafrikanischen Staaten in einen mittelalterlichen Feudalismus zurückfallen. Es gilt, die Beziehungen zwischen dem Einzelnen und dem Staate umzugestalten, damit die theokratische, im Koran enthaltene Form auf eine Weise überwunden wird, die den Fortschrittlichen unter den Mohammedanern annehmbar ist. Deshalb wäre es abwegig, das parlamentarische Schema der Demokratien westlicher Prägung zu übernehmen. Die geistesgeschichtlichen Voraussetzungen zu seiner sinngemäßen Anwendung sind nicht vorhanden. Dieses parlamentarische Schema selbst ist — besonders in Frankreich — bereits fragwürdig geworden. Auch für den nordafrikanischen Raum bleibt das Problem offen, wie Freiheit und Bindung sich die Waage halten können, damit der Mensch innerhalb der Hierarchie die ihm zustehenden Rechte genießt und die ihm obliegenden Pflichten erfüllt. Es wäre eine paradox anmutende, jedoch an sich durchaus begründete Folgerung aus der Analyse der nordafrikanischen Situation, wenn dem Assimilationsdünkel der französischen Linken die Fragwürdigkeit der französischen Institutionen selbst entgegeng gehalten würde.

Anmerkungen

¹⁾ S. „Probleme der Französischen Union, II. Teil: Indochina“ in Europa-Archiv, 2/1953, S. 5434.

²⁾ Lat. barbari. Die Bezeichnung gibt ebenso wenig wie das griechische Wort barbaros („der Anderssprechende“) Aufschluß über die ethnische Zugehörigkeit.

³⁾ Marshall Liautey hatte sich in Marokko bemüht, Freundschaftsbeziehungen zu den Notabeln zu unterhalten. Zur Vorbereitung wichtiger Erlasse pflegte er z. B. kompetente marokkanische Persönlichkeiten aufzusuchen und den jeweiligen Fragenkomplex mit ihnen zu erörtern. Siehe Robert Montagne: „Les plans de Liautey ont-ils fait faillite?“ in *Etudes*, Juni 1951.

⁴⁾ S. „Probleme der Französischen Union, I. Teil: „Das Kolonialproblem nach dem Zweiten Weltkrieg“ in Europa-Archiv, 22—23/1952, S. 5234.

⁵⁾ Auch dann, wenn die Gewerkschaften nicht kommunistisch beherrscht sind, spielen sie (besonders in Tunesien) eine hervorragende Rolle innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung. Die Komplexität des Problems ist daran zu ersehen, daß die nichtkommunistischen tunesischen Gewerkschaften (UGTT) — ebenso wie in Frankreich die den Sozialisten nahestehende Force Ouvrière — der International Confederation of Free Trade Unions angegliedert sind. Amerikanische Subventionen (s. die Erklärung des Vorsitzenden der AFL Meany, wiedergegeben in *Le Monde* vom 13. 2. 1953) sind nicht unerheblich. Nun arbeitet die International Confederation zur Zeit Pläne zur Förderung der gewerkschaftlichen Bewegung in Algerien und Marokko aus. Indirekt und ungewollt leisten die freiheitlichen Gewerkschaften Europas und Amerikas dem Kommunismus und dem arabischen Neutralismus Hilfsdienste. S. den Beitrag „Nationalism and the Free Trade Unions in French North Africa“ in *The World Today* vom Juni 1952. Der tunesische Politiker Habib Bourguiba (s. unten) hat 1952 die Möglichkeit erhalten, bei der BBC und bei amerikanischen Rundfunkanstalten heftige Angriffe gegen Frankreich zu richten. Im Jahre 1951 waren die Sendungen der BBC in arabischer Sprache ebenso frankreichfeindlich wie 1943—45, als Großbritannien sich bemühte, Frankreich endgültig aus Syrien und Libanon zu vertreiben. Auch der Publizist Rom Landau, der der marokkanischen Unabhängigkeitspartei Istiqlal nahesteht, bringt in beachteten Artikeln der *Times* deren Standpunkt zum Ausdruck. Ueber den Streit zwischen der amerikanischen Handelskammer in Marokko und Frankreich s. unten.

⁶⁾ Das Angebot einer — übrigens großzügig bemessenen — Beteiligung an den zu bildenden Bergbaugesellschaften lehnte Marokko nach dem Zweiten Weltkriege ab mit der Begründung, daß die Bodenschätze den Marokkanern allein gehören. Der Parallelismus mit den Vorgängen in Iran ist auffällig.

⁷⁾ S. „L'évolution des relations franco-tunisiennes“ in *Information et Documentation* vom 22. 4. 1950 und „Tunisia, a convalescent protectorate“ in *The World Today*, Jahrgang 1948, S. 261 ff.

⁸⁾ Siehe V. Halperin: „Structure et Perspectives de la population juive en Afrique du Nord“ in *Politique étrangère*, März 1952, und V. M. Anski: „Les Juifs d'Algérie“, Paris 1950.

⁹⁾ Der Erlaß von Crémieux wurde 1940 durch die Pétain-Regierung aufgehoben und erst 1943 nach der Landung der angelsächsischen Streitkräfte wieder in Kraft gesetzt. Die Gründe, die 1940 zu dieser Maßnahme Anlaß gaben, mögen dahingestellt bleiben: es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß die Aufhebung ein Fehler war. Nach André Philip sollen übrigens die Juden 1943 maßgeblich an der Vorbereitung des Aufstandes in Algier beteiligt gewesen sein, dessen Ausbleiben — zumindest nach der Auffassung Philips, der von Halperin zitiert wird — die angelsächsische Landung zum Scheitern verurteilt hätte.

¹⁰⁾ Diese Wechselbeziehungen hat Karl Voßler mit besonderer Prägnanz in seinem Werk „Frankreichs Kultur und Sprache“ nachgewiesen (2. Aufl. Heidelberg 1929, Sammlung romanischer Elementar- und Handbücher, Reihe 4, Band 1). Auf die Voßlersche Sprachphilosophie gründet sich weitgehend die sehr aufschlußreiche Untersuchung von E. Shouby: „The Influence of the Arabic Language on the Psychology of the Arabs“ in *The Middle East Journal* Summer 1951. Der Leser wird auf die Ergebnisse dieser Untersuchung verwiesen, die leider nicht einzeln angeführt werden können.

¹¹⁾ Die Bemühungen um eine Erneuerung der Orthodoxie kommen besonders deutlich in der panarabischen Bewegung zum Ausdruck. Das 1932 veröffentlichte Manifest von Abd El Rahman kann als die Grundlage dieser Bewegung angesehen werden, die zur politischen Bedeutung gelangte, sobald sie die Jugend ansprach. König Feisal von Irak und syrische Politiker versuchten, sich der panarabischen Bewegung zu bedienen; später gewann Ägypten durch die 1943 erfolgte Gründung der Arabischen Liga eine gewisse Kontrolle über sie. In den letzten Jahren ist aber auch eine panislamische Bewegung entstanden, auf deren Initiative die Kongresse vom Februar 1949, 1951 und 1952 in Karachi zurückzuführen sind. Sie ist umfassender als die Arabische Liga. In ihrem Rahmen steht der orthodoxen Restauration eine fortschrittliche Tendenz gegenüber. S. u. a. Robert Montagne: „Modern Nations and Islam“ in *Foreign Affairs*, Juli 1952.

¹²⁾ S. den anschaulichen Bericht von Herbert Lüthy: „Nordafrika wird mündig“ in *Der Monat*, Nr. 47/1952.

¹³⁾ In Algerien löste 1871 der Erlaß von Crémieux einen heftigen Widerstand bei den Mohammedanern aus, da sie sich plötzlich den von ihnen bislang geringgeschätzten und unterdrückten Juden untergeordnet sahen. In Tunesien waren es die blutigen Djellaz-Zwischenfälle vom November 1911. Bei der sog. Friedhofs-Affäre hatte sich die Orthodoxie geweigert, abtrünnig gewordene Mohammedaner auf islamischen Friedhöfen bestatten zu lassen. In Marokko war es 1930 der Erlaß, der der berberischen Minderheit eine Gleichberechtigung anerkannte, die sie vor der Arabisierung schützen sollte. Die französische Politik ist immer wieder in Versuchung geraten, wie in Algerien mit den Juden in Marokko mit den Berbern eine direkte Verständigung zu erzielen. Als Anführer der Berber kann bis zu einem gewissen Grade der Pascha von Marrakesch, El Glaoui, angesehen werden. Die Spezialisten lehnen alle Bemühungen ab, die Berber gegen die Araber auszuspielen, weil die Berber gegen die Arabisierung keinen nennenswerten Widerstand leisten und ohnehin unfähig sind, von sich aus eine politische und soziale Ordnung zu entwickeln. S. u. a. den Artikel „Réflexions sur les relations franco-marocaines“ in *Revue des Deux-Mondes*, August 1951. Marshall Juin hat trotzdem versucht, sich gegen den Sultan auf die Berber zu stützen, ohne besonderen Erfolg, wie man es jedoch annehmen darf.

¹⁴⁾ Die marokkanische Partei Istiqlal wurde von marokkanischen Studenten in Paris und mit Hilfe französischer Journalisten gegründet, die algerische Partei MTLD wurde in einer kommunistischen Zelle der Pariser Vorstadt aus der Taufe gehoben, in Tunesien ist die Gründung der marxistischen Parteien und der Gewerkschaften derjenigen der Neo-Destour-Partei vorangegangen, die enge Beziehungen mit ihnen unterhält. Einzelheiten in den entsprechenden Abschnitten der Darlegung.

¹⁵⁾ Ueber Libyens Unabhängigkeit s. *The World Today* vom Mai 1952.

¹⁶⁾ Siehe Marshall Juin: „Présence française au Maroc“ in *Le Monde* vom 1. 9. 1951, und „Regards sur l'Afrique du Nord“ in *Hommes et Mondes* vom Oktober 1952.

¹⁷⁾ S. die Note der französischen Regierung an Tunesien vom 15. 12. 1951.

¹⁸⁾ S. u. a. die Darlegung des Vertreters der Neo-Destour-Bewegung in *Pakistan Horizon* vom September 1952.

¹⁹⁾ In Nordafrika haben das einheimische Kapital und der einheimische Großgrundbesitz anscheinend nicht das gleiche Interesse an der französischen Kolonisation wie im Vietnam (s. Europa-Archiv, 2/1953, S. 5428). Vermutlich ist diese Haltung teils durch die geringe Unternehmungslust des Islams auf wirtschaftlichem Gebiet zu erklären, teils durch die Tatsache, daß die französische Kolonisation den nordafrikanischen Raum einigermaßen überflutet und den Einheimischen nicht von Anfang an die geeigneten Beteiligungsmöglichkeiten angeboten hat. Von der wirtschaftlichen Bedeutung des nordafrikanischen Raumes für ein vereintes Europa wird in einem weiteren Teil dieses Beitrages die Rede sein. Der Leser darf jedoch bereits auf den sog. Straßburger Plan und auf das Gesetz vom 8. Januar 1953 über die Errichtung von Industriekombinaten in Nordafrika unter Leitung von Erick Labonne verwiesen werden. S. dazu auch *Le Monde* vom 10. 1. 1953.

Kurzberichte und Zeittafel

Die Unterzeichnung neuer französisch-saarländischer Verträge

Seit dem 9. Februar 1953 wurden in Paris Verhandlungen zwischen der französischen und der saarländischen Regierung geführt, deren Ergebnis die Ausarbeitung neuer Verträge an Stelle der Konventionen vom 3. März 1950 war. (Vgl. den Wortlaut der wichtigsten dieser Konventionen in EA 6/1950 S. 2915 ff.) Grundlage der Verhandlungen waren die Zusagen, die der damalige französische Außenminister, Robert Schuman, am 26. November 1952, unmittelbar vor den saarländischen Landtagswahlen, in einem Schreiben an den saarländischen Ministerpräsidenten, Johannes Hoffmann, gemacht hatte. Die neuen Verträge, die in ihrer Gliederung den früheren Konventionen entsprechen und eine Erweiterung der politischen Autonomie des Saarlandes sowie eine Verbesserung seiner Stellung in der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion bringen sollen, wurden am 20. Mai 1953 unterzeichnet.

In der Präambel des Vertragswerkes heißt es, daß die Verträge — die *Saarbrücker Zeitung* vom 21. Mai spricht von „Staatsverträgen“ — „in Erwartung eines europäischen Statuts für das Saarland“ geschlossen werden. Beide Partner verpflichteten sich, die Verträge einem solchen Statut anzupassen, wenn es zustande kommt.

Der *Allgemeine Vertrag* bestimmt unter anderem, daß die französische Regierung in allen Entscheidungen, die das Saarland betreffen, die saarländische Regierung konsultieren wird und daß von ihr abgeschlossene Verträge, die auch für das Saarland gelten sollen, auch durch den Landtag des Saarlandes ratifiziert werden müssen. Das in den Konventionen von 1950 noch verankerte Veto- und Verordnungsrecht des französischen Botschafters in Saarbrücken wurde aufgehoben. Außerdem erhielt die saarländische Regierung jetzt das Recht, einen eigenen diplomatischen und konsularischen Dienst einzurichten. Sie kann jedoch auf eigenen Wunsch Frankreich mit ihrer Vertretung in einzelnen Ländern beauftragen. Im Gegensatz zu den Konventionen von 1950 werden von nun an alle im Saarland wohnenden Personen, einschließlich der französischen Staatsbürger, der saarländischen Gesetzgebung unterstellt.

Im *Wirtschaftsvertrag* wurde vereinbart, jede diskriminierende Handlung in bezug auf Waren und Leistungen zwischen beiden Ländern auszuschalten und einen freien Warenverkehr und gleiche Einfuhrbedingungen zuzulassen. Die saarländische Regierung verpflichtete sich, das französische System der Kontingentierung und Verteilung und der Preiskontrollen auch im Saarland einzuführen. Dafür erhielt sie das Recht der Mitwirkung an Handelsverträgen und Einfuhrprogrammen Frankreichs. Die saarländische Regierung erhielt ferner das Recht, eigene Schatzanweisungen auszugeben. Ein saarländischer Kreditrat soll geschaffen werden, um die saarländische Währungspolitik mit der französischen zu koordinieren.

Durch den neuen *Steuer- und Haushaltsvertrag* wird der Anteil des Saarlandes an der Aufbringung der Mittel für die sich aus der Wirtschaftsunion ergebenden gemein-

samen Staatsausgaben von 7,5 vH auf 5 vH herabgesetzt. Außerdem erhält das Saarland das Recht, eigene Scheidemünzen zu prägen.

Durch den *Justizvertrag* wird im Saarland ein gemeinsamer Gerichtshof mit drei saarländischen und zwei französischen Richtern eingesetzt, dem jedoch in letzter Instanz ein Oberstes Gericht übergeordnet ist, in dem drei französische und zwei saarländische Richter vertreten sind.

Der *Vertrag über die Saargruben* sieht die Verwaltung der Saarbergwerke durch eine paritätisch besetzte französisch-saarländische Organisation vor, während die Frage des Eigentums an den Bergwerken bis zu einem Friedensvertrag mit Deutschland zurückgestellt wird. In einem *Zusatzprotokoll* wurde die Streitfrage des Abbaus der *Warndtkohle* durch Frankreich dahingehend geregelt, daß eine gemischte Schiedskommission unter einem neutralen Vorsitzenden die Abgrenzung der Kohlenfelder im Warndt vornehmen und die Bedingungen für Pachtverträge festlegen soll, die eine weitere Ausbeutung der Warndtkohle durch Frankreich regeln.

Anläßlich der Unterzeichnung erklärte Außenminister Bidault, daß die neuen Verträge die französisch-saarländische Wirtschaftsunion festigen und gleichzeitig dem Saarland größere Autonomie verleihen sollen und daß sie eine unumgängliche Voraussetzung für eine europäische Lösung des Saarproblems seien. Frankreich habe dazu seine Vorschläge längst bekanntgegeben und warte nach wie vor auf die Antwort der deutschen Bundesregierung. Von nun an sei aber die erfolgreiche Fortführung der europäischen Einigungspolitik von einer vorangehenden und endgültigen Lösung des Saarproblems abhängig.

Eine offizielle Erklärung der Bundesregierung wurde zu den neuen Verträgen noch nicht abgegeben. Es wurde jedoch erklärt, daß sie nicht als eine Präjudizierung der endgültigen Lösung angesehen werden. Bundesminister Jakob Kaiser erklärte am 17. Mai auf dem Landesparteitag der CDU Rheinland/Pfalz in Mainz, die Verträge gingen von der Beherrschung der Saarländischen Wirtschaft durch Frankreich aus und trügen noch das Zeichen der Politik von 1945. Der Pressedienst der SPD bezeichnete am 19. Mai die Verträge als eine Brückierung der deutschen Politik und kritisierte die Bundesregierung, daß sie trotzdem ihre „Politik der europäischen Illusionen“ fortsetze.

Oesterreichs Außenminister in Bonn

Der österreichische Außenminister, Karl Gruber, und Staatssekretär Bruno Kreisky waren am 19. und 20. Mai 1953 Gäste der deutschen Bundesregierung. Es fand ein eingehender Gedankenaustausch mit Bundeskanzler Adenauer und Mitgliedern des Kabinetts über den gesamten Bereich der Beziehungen zwischen Oesterreich und der Bundesrepublik statt.

In den Besprechungen wurde die Zunahme des gegenseitigen Warenaustausches mit Befriedigung festgestellt, und es wurden Wege besprochen, diese Entwicklung zu unterstützen. Ueber die Frage des deutschen Eigentums in Oesterreich und des österreichischen Eigentums in der

Bundesrepublik fanden informatorische Gespräche statt. Besprochen wurden ferner Fragen der deutschen und österreichischen Staatsangehörigkeit und die Erleichterung des deutsch-österreichischen Grenzverkehrs.

Im abschließenden Kommuniqué heißt es unter anderem, die österreichische Regierung werde sich weiter bemühen, „gemäß Art. 7 des Kontrollabkommens über Österreich die notwendige alliierte Zustimmung zur Errichtung einer diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Österreich zu erlangen. In der Zwischenzeit wird die Bundesrepublik Deutschland in Wien eine Handelsvertretung errichten, der die Aufgabe obliegen wird, die wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern.“

Nach seiner Rückkehr erklärte Außenminister Gruber auf einer Pressekonferenz, die Besprechungen seien in einer überaus freundlichen Atmosphäre verlaufen. Er sei von dem Realismus, der in Bonn herrsche, beeindruckt. Die Bonner Regierungskreise hätten ebenso wie die deutsche Bevölkerung ein neues Credo in der Schaffung eines geeinten Europa gefunden. Auch werde sich besonders der immer wieder geäußerte Wunsch nach Verständigung mit Frankreich auf die europäische Entwicklung günstig auswirken.

Errichtung einer Sowjetischen Hohen Kommission in Deutschland

Die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland, die unter der Leitung des Oberbefehlshabers der sowjetischen Truppen in Deutschland, General Wassilij *Tschuikow*, stand, wurde am 28. Mai 1953 durch einen Beschluß des Ministerrates der Sowjetunion aufgelöst. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Der Ministerrat der UdSSR hat beschlossen, die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland aufzulösen und den Oberkommandierenden der sowjetischen Truppen von der Ausübung der Kontrollfunktionen in der Deutschen Demokratischen Republik zu entbinden und seine Tätigkeit auf das Kommando über die sowjetischen Truppen in Deutschland zu beschränken.“

Der Ministerrat hat beschlossen, das Amt eines Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland mit dem Sitz in Berlin zu schaffen und den Hohen Kommissar zu beauftragen, die Interessen der Sowjetunion in Deutschland zu vertreten, die Tätigkeit der Regierungsorgane der Deutschen Demokratischen Republik zu überwachen im Hinblick darauf, daß die Deutsche Demokratische Republik die Verpflichtungen erfüllt, die sich aus den Potsdamer Beschlüssen der alliierten Mächte über Deutschland ergeben, sowie zu den Vertretern der Besatzungsbehörden der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs in bezug auf Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen und sich aus den gemeinsamen Beschlüssen der vier Mächte über Deutschland ergeben, entsprechende Beziehungen zu unterhalten.“

Gleichzeitig gab der Moskauer Rundfunk bekannt, daß der frühere politische Berater der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, Botschafter Wladimir S. *Semjonow*, der erst am 21. April 1953 durch Pawel F. *Judin* abgelöst worden war, zum Sowjetischen Hohen Kommissar in Deutschland ernannt worden ist.

Konferenz der nordischen Außenminister

Die Konferenz der Außenminister Schwedens, Norwegens, Dänemarks und eines Sonderbeauftragten Islands, die am 18. und 19. Mai 1953 in Oslo tagte, hat sich diesmal nicht nur mit Angelegenheiten der Zusammenarbeit zwischen den nordischen Ländern befaßt, wie sonst

bei diesen regelmäßigen Ministertreffen. Vielmehr gaben die Minister in dem abschließenden Kommuniqué zum ersten Male ihrer gemeinsamen Auffassung zu weltpolitischen Fragen Ausdruck.

Auf Grund eines Vorschlags des dänischen Außenministers Ole Björn *Kraft*, die Initiative *Churchills* zu unterstützen, billigten die Außenminister die Bestrebungen, „die eventuell vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen, um einen engeren Verhandlungskontakt zwischen den Großmächten herbeizuführen“. Der Kontakt solle „beispielsweise in der Form eines persönlichen Treffens auf höchster Ebene erfolgen“.

Auch zur Koreafrage haben die nordischen Außenminister Stellung genommen: Sie geben der Hoffnung auf einen baldigen Waffenstillstand Ausdruck, und zwar „auf Grund des indischen Resolutionsantrags, der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst mit großer Mehrheit angenommen worden ist“.

Der 14. Kongreß der IHK in Wien

Vom 18. bis 23. Mai 1953 fand in Wien der 14. Kongreß der Internationalen Handelskammer statt, an dem rund 1000 Delegierte aus 55 Ländern der freien Welt und zwei sowjetrussische Beobachter teilnahmen. Die Verhandlungen ergaben die einstimmige Forderung nach Maßnahmen zur Erleichterung des Welthandels und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Nur auf diesem Wege könne ein einheitlicher Weltmarkt geschaffen werden, auf dem der technische Fortschritt und das marktregelnde Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht durch autarkische und protektionistische Bestrebungen gestört werden. Im Verlauf der sechstägigen Beratungen verabschiedete der Kongreß 31 Resolutionen, die sich für eine rasche Rückkehr zur Konvertierbarkeit der Währungen, den Abbau der Handelschranken und die Vereinfachung der Handelsformalitäten aussprachen. Darüber hinaus beschäftigten sich die Resolutionen mit der Wiederherstellung einer internationalen Arbeitsteilung, der Rolle des Privatkapitals für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung und den Verkehrsproblemen. Von besonderem Interesse war die Debatte über die Fragen der europäischen Integration, in deren Mittelpunkt das Referat des deutschen Delegierten Dr. *Boden* stand. Auf diese Debatte wird das Europa-Archiv in einem gesonderten Bericht in einer späteren Folge näher eingehen. Zusammen mit diesem Bericht werden auch die wichtigsten Resolutionen des Kongresses im Wortlaut veröffentlicht werden.

Zum neuen Präsidenten der Internationalen Handelskammer wurde der ehemalige belgische Finanzminister Camille *Gutt* gewählt.

Die deutsche Industrie bekennt sich zu einem geeinten Europa

Am 18. Mai 1953 fand in Wiesbaden die vierte ordentliche Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) statt. In Anwesenheit von Bundespräsident Theodor *Heuss* und zahlreicher Ehrengäste bekannte sich der Präsident des BDI, Fritz *Berg*, Altena, im Namen der industriellen Unternehmerschaft zur Außenpolitik der Bundesregierung, zum demokratischen Staatsaufbau, zur wirtschaftlichen Integration Europas und zur gemeinsamen Verteidigung der freien Völker gegen den Kommunismus. Hauptziele des

BDI seien eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern, die Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der freien Welt. Präsident Berg forderte in seiner Ansprache eine grundlegende Steuerreform und eine einheitliche Bundesfinanzverwaltung. Er brachte gleichzeitig die Besorgnisse der deutschen Unternehmerschaft über das ständige Anwachsen des Einflusses der öffentlichen Hand auf dem Kapitalmarkt und im gesamten Wirtschaftsleben zum Ausdruck.

Bundeswirtschaftsminister Professor Ludwig Erhard betonte, daß die freie Konvertierbarkeit der europäischen Währungen eine wichtige Voraussetzung für den europäischen Zusammenschluß sei. Auch in einem vereinigten Europa dürfe es ebensowenig eine dirigistisch gelenkte Wirtschaft wie internationale Kartellabsprachen geben. Der Bundeswirtschaftsminister sprach sich sodann gegen einen übertriebenen Wohlfahrtsstaat aus. Je mehr sich der Staat um die Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers kümmere, um so größer sei die Gefahr, daß das Volk in Abhängigkeit von einem Kollektiv oder vom Staat selbst gerate. Deshalb müsse auch die Wirtschaft versuchen, ohne Hilfe des Staates aus eigener Kraft ihre weitere Entwicklung sicherzustellen. Professor Erhard forderte einen schrittweisen Abbau der staatlichen und privaten Exportförderungsmaßnahmen, da nur so ein echter internationaler Wettbewerb wiederhergestellt werden könne.

Der Vorsitzende des Europäischen Verfassungsausschusses, Heinrich von Brentano, berichtete über die Fortschritte der Bemühungen zur europäischen Integration. Er forderte die Industrie auf, für die Erreichung des großen Zieles die notwendigen Opfer zu bringen, die sich infolge der Anpassungsschwierigkeiten der nationalen Volkswirtschaften ergeben würden. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, Wilhelm Beutler, sprach sich ebenfalls nachdrücklichst für einen Abbau der Exportförderungsmaßnahmen aus. Dr. Beutler warnte vor einem Konjunkturpessimismus und wies auf die positiven Folgen der wachsenden Konsumkraft, der Ausfuhrexpansion und der Rationalisierungsmaßnahmen der deutschen Industrie hin.

Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Stahl*

Mit der Errichtung des Gemeinsamen Stahlmarktes am 1. Mai 1953 ist die Anlaufzeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl endgültig abgeschlossen¹. Auch dieser Schritt zur Einheit Europas hin war nicht einfach. Das kommt schon darin zum Ausdruck, daß der im Vertrag hierfür vorgesehene Termin verschoben werden mußte².

Seit dem 1. Mai 1953 gibt es nunmehr auch für Stahl weder Zölle noch mengenmäßige Beschränkungen des Warenverkehrs innerhalb der Gemeinschaft³. Bisher von den Regierungen der Mitgliedstaaten ausgeübte Befugnisse sind auf die Hohe Behörde übergegangen⁴.

Allgemeine Fragen

Die Hohe Behörde fand eine Marktlage für Stahl vor, die durch einen Rückgang der Ausfuhr und der Preise

gekennzeichnet war. Das war bedeutsam, weil die Stahlindustrie der Gemeinschaft — im Gegensatz zur Kohle — weitgehend eine Ausfuhrindustrie ist. Und hieraus wiederum folgt die starke Abhängigkeit der Stahlindustrie der Gemeinschaft von Konjunktur- und Preisschwankungen auf dem Weltmarkt. Deshalb mußte die Hohe Behörde besonders behutsam vorgehen.

Im Einvernehmen mit der deutschen Auffassung hat die Hohe Behörde für Stahl weder eine Mangellage noch ein Ueberangebot festgestellt und auch Preise nicht festgesetzt. Wir haben also einen *freien Stahlmarkt* innerhalb der Gemeinschaft.

Die Unternehmen der Stahlindustrie sind jedoch verpflichtet, ihre Preislisten und Verkaufsbedingungen zu veröffentlichen⁵. Ihnen sind außerdem gewisse „diskriminierende Praktiken“ (z. B. Abweichung von der Preisliste und den Verkaufsbedingungen, ungewöhnliche Zahlungsfristen, Einbeziehung von rückerstattungsfähigen Steuern in den Preis, Unterschiede im Preis usw. auf Grund der Staatsangehörigkeit) verboten⁶.

Zölle

Die Abschaffung der Zölle für den Warenverkehr der Vertragsprodukte *innerhalb* der Gemeinschaft ist die Voraussetzung zur Errichtung des Gemeinsamen Marktes⁷. Im Gegensatz zu Kohle, Erz und Schrott wurden vor dem 1. Mai 1953 von den Mitgliedstaaten für Stahl tatsächlich Zölle erhoben. Sie sind inzwischen beseitigt worden⁸.

Auf Grund von Sachverständigen-Beratungen wurde einheitlich festgesetzt: Einfuhr-, Ausfuhr- und Devisenanträge für den Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft werden grundsätzlich „automatisch“ erteilt⁹; ein einheitliches Begleitpapier („Freiverkehrs-Bescheinigung“) wurde in Verkehr gesetzt¹⁰; eine einheitliche „Zollnomenklatur“ wird angewandt¹¹.

Nur *Italien* darf noch gewisse Zölle auch für den Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft erheben¹².

Besondere Probleme ergaben sich jedoch hinsichtlich der Zölle für den Warenverkehr von und nach *Nicht-Mitgliedstaaten*. Einerseits sollen gemäß § 15 des Uebergangsabkommens die Benelux-Staaten (Belgien, Holland, Luxemburg) für die Einfuhr aus dritten Ländern gewisse Zollvorrechte genießen, andererseits hatten Frankreich und Deutschland ihre Stahlzölle suspendiert. Unterschiedliche Zollsätze hätten dazu geführt, den Warenverkehr über die Länder mit den niedrigsten Zöllen zu leiten.

Das Problem wurde so gelöst: Die Benelux-Staaten bleiben nur für ein bestimmtes Kontingent im Genuß ihrer Vorrechte¹³. Die suspendierten Zölle müssen wieder erhoben werden¹⁴. Dieser letzteren Maßnahme stimmte die deutsche Seite nur mit Vorbehalt zu. (Inzwischen sollen sich Verwicklungen mit Schweden ergeben haben, die hierauf zurückgehen.)

Der Steuerstreit

Bei den Beratungen der Entscheidung der Hohen Behörde über die „diskriminierenden Praktiken“ im Handelsverkehr innerhalb der Gemeinschaft spielten steuerliche Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle¹⁵. Darf der Verkäufer in den mit dem Käufer vereinbarten Preis solche Steuern einbeziehen, die ihm rückvergütet werden? Sollen die Steuern des Ursprungs- oder des Empfangslandes zugrunde gelegt werden? Sind steuerrechtliche Normen, die

*) Dieser Bericht ist ein Nachtrag zu dem Beitrag „Die ersten Schritte der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ in Europa-Archiv 8/1953, S. 5639 ff.

an den Tatbestand der Grenzüberschreitung nach Import und Export unterschiedliche Rechtsfolgen knüpfen, vereinbar mit einem Gemeinsamen Markt, dessen Kennzeichen doch gerade der Abbau der Zölle und Grenzen ist? Um diese Fragen geht es in dem Steuerstreit.

Der von der Hohen Behörde zum Studium dieser Fragen eingesetzte Sachverständigen-Ausschuß¹⁶ hatte ein Gutachten zu erarbeiten, das die Folgen der verschiedenen Systeme aufzeigen sollte. Nach deutscher Ansicht war bereits die Fragestellung an diesen Ausschuß nicht ganz richtig.

Die Hohe Behörde hat inzwischen entschieden und an ihrem alten Standpunkt festgehalten: Der Verkäufer darf keine Steuern in den Preis einbeziehen, die ihm rückerstattet werden¹⁷. Im übrigen vertrat die Hohe Behörde den Standpunkt, daß sie keine Kompetenz habe, die steuerlichen Vorschriften der Mitgliedstaaten zu ändern¹⁸. Sie hat jedoch die Regierungen der Mitgliedstaaten ersucht, gemeinsam die Probleme bis zum 31. 12. 1953 zu prüfen, und in Aussicht gestellt, ihren Standpunkt ggf. zu ändern¹⁹.

Worum geht es hier nun wirklich?

Es geht *grundsätzlich* um zweierlei:

1. Ist da ein Gemeinsamer Markt gegeben, wo der grenzüberschreitende Warenverkehr im Steuerrecht unterschiedlich nach Import und Export behandelt wird? Müssen solche Vorschriften nicht geändert werden, wenn sogar Zölle verboten sind? 2. Hat die Montanunion innerlich die Kraft und den Willen, die europäische Integration wirtschaftlich weiter voranzutreiben?

Und *wirtschaftlich* geht es darum: Die französische Produktionssteuer verbilligt die französischen Exporte um ca. 16 vH und verteuert z. B. deutsche Importe um 16 vH. Das bedeutet: Deutscher Stahlexport nach Frankreich ist kaum mehr möglich, französischer Stahl wird aber in Deutschland — möglicherweise — billiger als deutscher.

Zum Schutz vor möglichen Gefahren für die deutsche Stahlindustrie haben deshalb Bundestag und Bundesrat

die Bundesregierung ermächtigt, u. U. gewisse Importe mit einer 12prozentigen Umsatzsteuer zu belegen²⁰.

Trotz allem ist jedoch auch in diesem Streit eine gewisse Entspannung eingetreten. Der Beschluß der Hohen Behörde, das Problem nochmals mit den Regierungen zu prüfen, die Erhöhung der französischen Stahlpreise und zahlreiche Diskussionen haben diese Entspannung bewirkt.

Ausblick

Nachdem nun der Gemeinsame Markt auch für Stahl errichtet worden ist, stehen vor der Hohen Behörde neue Aufgaben: Investitionen, Kartellverordnungen sowie sozialpolitische Untersuchungen und Maßnahmen. Vor allem aber wird die Hohe Behörde im Juni der Gemeinsamen Versammlung Rede und Antwort stehen müssen.

Dr. Rainer Barzel

Quellenhinweise

- 1) §§ 1 und 2 des Abkommens über die Uebergangsbestimmungen.
- 2) Vgl. Europa-Archiv 8/1953, S. 5644, und Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 2. Jahr Nr. 4, S. 92.
- 3) Siehe Amtsblatt, 2. Jahr Nr. 6, S. 112 f.
- 4) Ebenda, S. 113 f.
- 5) Entscheidung Nr. 31/53, Amtsblatt, 2. Jahr Nr. 6, S. 111 ff.
- 6) Entscheidung Nr. 30/53, ebenda, S. 109 ff.
- 7) Artikel 4a des Vertrages.
- 8) Vgl. Amtsblatt, 2. Jahr, Nr. 6, S. 112 ff.; Stahlbericht der Hohen Behörde, Ziffer 15; Bundesgesetzblatt, Teil I, 1953, S. 131, 134 und 199.
- 9) Vgl. Bundesanzeiger Nr. 86 vom 7. 5. 1953.
- 10) Siehe Amtsblatt, 2. Jahr, Nr. 6, S. 120 f.
- 11) Bundesgesetzblatt, Teil I, 1953, S. 134 und 199.
- 12) Siehe § 30 des Uebergangsabkommens und Amtsblatt, 2. Jahr, Nr. 6, S. 116 f.
- 13) Siehe Amtsblatt, 2. Jahr, Nr. 6, S. 113.
- 14) Siehe Stahlbericht der Hohen Behörde, Ziffer 13.
- 15) Siehe hierzu Europa-Archiv 8/1953, S. 5645.
- 16) Amtsblatt, 2. Jahr, Nr. 3, S. 33 f.
- 17) Art. 5 der Entscheidung Nr. 30/53, Amtsblatt, 2. Jahr, Nr. 6, S. 110.
- 18) Mitteilung vom 1. 5. 1953, ebenda, Anlage zu S. 110.
- 19) Ebenda.
- 20) Siehe Bundesrats-Drucksache Nr. 195/53 (Beschluß).

Redaktioneller Hinweis

Auf Grund einer Vereinbarung mit der Presse- und Informationsabteilung des Europarates in Straßburg bringt das Europa-Archiv, beginnend mit dieser Folge, die amtlichen Mitteilungen des Europarates im vollen deutschen Wortlaut. Die Mitteilungen werden im Sachregister des Europa-Archivs berücksichtigt.

Da auch der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl dem Europarat regelmäßig Tätigkeitsberichte vorlegen, bieten diese Mitteilungen eine wertvolle Bereicherung der Dokumentation des Europa-Archivs.

Zeittafel vom 16. bis 31. Mai 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

17. Dem Präsidenten der Hohen Behörde der Montanunion, Jean *Monnet*, wird der diesjährige Internationale Karlspreis der Stadt Aachen überreicht. Bundesarbeitsminister Anton *Storch* und Dr. Heinrich von *Brentano* begrüßen in ihren Ansprachen die Verleihung des Preises an Monnet, der in seinem Dank der festen Hoffnung auf endgültige Ueberwindung des deutsch-französischen Gegensatzes Ausdruck gibt.
19. Errichtung einer österreichischen Vertretung bei der Hohen Behörde der Montanunion. Chef der Vertretung: Karl *Bobleter*.
- 20.—22. Der Verbindungsausschuß für Flüchtlings- und Ueberbevölkerungsprobleme des Europarats hält eine Arbeitstagung in Berlin ab. Die Mitglieder des Ausschusses informieren sich eingehend über die Lage der Sowjetzonenflüchtlinge und besichtigen Flüchtlingslager und soziale Einrichtungen. In einer Erklärung stellen die Delegierten fest, in der Lösung des deutschen Flüchtlingsproblems sehe der Europarat „eine typisch europäische Aufgabe, der er sich unter keinen Umständen entziehen kann und darf“. Der Ausschuß beschließt auf Grund seiner in Berlin gewonnenen Erfahrungen darüber zu beraten, wie die im Europarat zusammengeschlossenen Staaten zur Lösung des Flüchtlingsproblems beitragen können.
- 29.—31. Kongreß der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa in Lüttich. Nach einem grundlegenden Referat von Paul Henri *Spaak* über den Stand der europäischen Einigung befaßt sich der Kongreß mit den Problemen der Montanunion, der politischen Gemeinschaft und der EVG.

Nordatlantikpakt-Organisation

19. In einer Rede vor dem Außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats bezeichnet der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Matthew B. *Ridgway*, die Stärke der NATO-Streitkräfte in Europa als noch immer ungenügend. Er weist insbesondere auf die Ueberlegenheit der sowjetischen Luftwaffe hin. Ridgway fordert insbesondere die baldige Aufstellung deutscher Einheiten und erklärt, im Falle des Scheiterns der EVG bleibe keine andere Möglichkeit, als die Bundesrepublik in den Atlantikpakt aufzunehmen.
25. Der bisherige Stabschef der amerikanischen Seestreitkräfte, Admiral William *Fechteler*, wird als Nachfolger von Admiral Robert B. *Carney*, der Fechtelers Amt übernehmen wird, zum neuen Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Südeuropa ernannt.

Dänemark

28. Die neue Verfassung wird in einer Volksabstimmung mit 1 181 173 Stimmen (46 vH aller Wahlberechtigten) gebilligt. Dadurch werden die weibliche Thronfolge und das Einkammersystem eingeführt; außerdem enthält die neue Verfassung eine Klausel, wonach das

Parlament Souveränitätsrechte an eine internationale Organisation abtreten darf.

Deutschland

18. Vierte Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in Wiesbaden (vgl. Kurzbericht auf S. 5778).

Bundesinnenminister *Lehr* erklärt in einem Interview mit *United Press*, die Bundesgrenzschutzeinheiten müßten eine Gesamtstärke von 50 000 Mann erhalten, um einen wirksamen Schutz der Zonen-grenze zu gewährleisten. Seit dem 26. Mai 1952 hätten Organe der sowjetzonalen Behörden unter einwandfreier Verletzung des Bundesgebietes in 244 Fällen die Grenzbevölkerung terrorisiert und Menschen verschleppt. Mindestanforderung sei die Verdoppelung des Grenzschutzes von 10 000 auf 20 000 Mann.

- 18.—21. Staatsbesuch des österreichischen Außenministers, Karl *Gruber*, in Bonn (vgl. Kurzbericht auf S. 5777).
19. Der Geschäftsführende Landesvorstand und die Fraktion der FDP/DVP in der Verfassungsgebenden Landesversammlung Baden-Württembergs erklären, die FDP/DVP sei nur zu einer Fortsetzung der Koalition mit der SPD bereit, wenn bei Abstimmungen im Ministerrat ein Mehrheitsentscheid durch eine einzige Partei künftig ausgeschlossen werde.

Der Generalstaatsanwalt der Sowjetzone, Dr. *Melsheimer*, lehnt den Antrag des Bischofs *Dibelius* ab, gegen die Schriftleitung der Zeitung *Junge Welt* wegen Verleumdung der Jungen Gemeinde ein Strafverfahren einzuleiten (vgl. Zeittafel in EA 10—11/1953). Am 21. Mai besteht das Evangelische Konsistorium von Berlin und Brandenburg in einem Schreiben an den Generalstaatsanwalt der Sowjetzone auf dem Antrag gegen die Schriftleitung der *Jungen Welt*.

22. Der Bundesrat beschließt einstimmig, wegen des Gesetzes zur Aenderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung (die sogenannte „kleine Steuerreform“) den Vermittlungsausschuß anzurufen. Durch den Beschluß des Bundesrates soll erreicht werden, daß die kleine Steuerreform und die Festsetzung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer der Länder nicht in einem, sondern in zwei Gesetzen formuliert werden. Alle Länder sprechen sich für die Inkraftsetzung der Steuersenkung noch zum 1. Juni (gegebenenfalls rückwirkend) aus. Das abzutrennende Gesetz über den Bundesanteil soll dagegen geändert werden: Der Bundesrat wünscht die Beibehaltung des Bundesanteils von 37 vH und eine weitere Senkung des Prozentsatzes bei den Ländern, welche im Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht den 1952 verbliebenen Anteil erreichen.
23. Die Stuttgarter Regierungskrise wird durch ein Kompromiß zwischen den Parteigremien der SPD und der FDP/DVP beigelegt. Es bleibt bei der Koalition

zwischen der SPD, der FDP und dem Gesamtdeutschen Block. Ministerpräsident *Maier* übernimmt das durch den Rücktritt des sozialdemokratischen Ministers Renner freigewordene Amt des Justizministers. Das Justizministerium soll jedoch von einem sozialdemokratischen Staatssekretär geleitet werden, der Mitglied der Regierung ist, aber kein Stimmrecht im Kabinett hat.

25. Die Studienkommission der Weltbank trifft wieder in der Bundesrepublik ein, um ihre Untersuchungen über die allgemeine deutsche Wirtschaftslage abzuschließen.
27. Der Ministerrat der Sowjetzone ordnet die Bildung von „Kollegien der Rechtsanwälte“ an, die den Status einer juristischen Person erhalten. Die Mitgliedschaft in den Kollegien ist freiwillig, doch wird ausdrücklich bestimmt, daß zu Verteidigern in Zivilprozessen nur noch Anwälte bestellt werden dürfen, die Mitglieder eines Kollegiums sind.
28. Errichtung einer sowjetischen Hohen Kommission für die DDR (vgl. Kurzbericht auf S. 5778).
- 29.—31. Bundesdelegiertentagung der Deutschen Partei in Hamburg. Das Parteidirektorium befürwortet ein kombiniertes Mehrheits- und Verhältniswahlrecht mit internem Mandatsausgleich der durch gemeinsame Listen verbundenen Parteien. Es tritt weiter dafür ein, die Berliner Bundestagsabgeordneten direkt und nicht mehr vom Abgeordnetenhaus wählen zu lassen. Im Mittelpunkt der Arbeiten des Parteitages steht neben dem Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden Heinrich *Hellwege* und der Beratung interner Satzungsfragen das Wahlprogramm. In diesem bezeichnet die DP die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit als ihr oberstes Ziel und bekennt sich zu der Politik der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Vereinigung Europas, wie sie in den europäischen Verträgen vorgezeichnet ist. Die Partei lehnt jeden Rechtsradikalismus ab, fordert aber die Beendigung der fortwährenden Diskriminierung ehemaliger Nationalsozialisten. Auf wirtschaftlichem Gebiet spricht sich die DP für die Weiterführung des freien Wettbewerbs aus. Das Parteiprogramm wird von den rund 300 Delegierten einstimmig gebilligt.
29. Die Bundesregierung legt den im Bundesfinanzministerium ausgearbeiteten Entwurf eines „Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“ vor. Damit wird in Ergänzung der im Bonner Abkommen sowie in den Protokollen zum Israel-Vertrag übernommenen Verpflichtungen die individuelle Wiedergutmachung auf Bundesebene einheitlich geregelt. Das Gesetz erfordert einen Gesamtaufwand von etwa vier Milliarden DM, die bis spätestens Ende 1962 an die Verfolgten und Geschädigten ausgezahlt werden sollen.
30. Auf ihrer sechsten Jahresversammlung, mit der sie zugleich den Wahlkampf für den neuen Bundestag eröffnet, wählt die Bayernpartei in Passau den bisherigen Generalsekretär der Partei, Dr. *Besold*, mit 186 von insgesamt 327 abgegebenen Stimmen zu ihrem neuen Vorsitzenden.

Frankreich

20. Nach Paraphierung am 16. Mai werden in Paris die neuen Konventionen zwischen Frankreich und dem Saarland unterzeichnet. (Vgl. Kurzbericht auf S. 5777.) Ministerpräsident René *Mayer* stellt im Zusammenhang mit seiner Vorlage über die Sparvollmacht (vgl. Zeittafel in EA 10—11/1952) die Vertrauensfrage. Am 21. Mai wird die Regierung durch ein Mißtrauensvotum der Nationalversammlung von 328 gegen 243 Stimmen gestürzt. Am 26. Mai nimmt Paul *Reynaud* (Unabhängige Rechte) den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung an. Er fordert von der Nationalversammlung als Bedingung eine sofortige Revision der Verfassung, die dem Kabinett eine stärkere Stellung verschaffen soll. In der Investiturabstimmung am 28. Mai unterliegt er, da er nur 275 gegen 235 Stimmen, also nicht die verfassungsgemäße Mehrheit, erreicht. Am 29. Mai übernimmt der Radikalsozialist Pierre *Mendès-France* den Auftrag zur Regierungsbildung.
- 24.—25. Parteitag der Volksrepublikanischen Bewegung (MRP) in Paris. Der ehemalige Außenminister Robert *Schuman* tritt in einer Rede erneut für den EVG-Vertrag ein und erklärt, die Volksrepublikaner sollten sich lieber aus der Regierungskoalition zurückziehen, als auf die Politik der europäischen Integration zu verzichten. In seinen Resolutionen fordert der Parteitag die baldige Ratifizierung des EVG-Vertrages und die schnelle Gründung einer übernationalen europäischen politischen Autorität. Er bringt außerdem die Hoffnung auf die Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion und auf einen einheitlichen Standpunkt der Westmächte in solchen Verhandlungen zum Ausdruck.

Griechenland

- 16.—19. Besuch des französischen Außenministers, Georges *Bidault*. In den Besprechungen mit der griechischen Regierung werden vor allem politische und Sicherheitsprobleme auf dem Balkan, im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten erörtert. In einer Erklärung betonen beide Regierungen ihren Wunsch, die internationalen Spannungen zu vermindern, und begrüßen den Balkanpakt als Verstärkung der Verteidigungsbemühungen.

Großbritannien

16. Beendigung eines dreitägigen Besuchs des deutschen Bundeskanzlers, Konrad *Adenauer*. Ein offizielles Kommuniqué über seine Besprechungen mit Premierminister Sir Winston *Churchill* wird nicht veröffentlicht, doch erklärt der Kanzler auf einer Pressekonferenz sich sehr befriedigt über die Besprechungen, in deren Verlauf alle wichtigen außenpolitischen Fragen erörtert worden seien. Nach seiner Rückkehr nach Bonn sagt er, er habe den Eindruck gewonnen, daß Großbritannien und die Westmächte niemals über den Kopf Deutschlands hinweg mit der Sowjetunion verhandeln werden.
26. Der sowjetische Botschafter, Jakob A. *Malik*, lehnt in einem Schreiben an die Vertreter der drei Westmächte namens seiner Regierung die Teilnahme an der für den 27. Mai anberaumten Konferenz der Außenministerstellvertreter für den österreichischen

Staatsvertrag ab. Er begründet die Ablehnung damit, daß kein Grund zu der Annahme bestehe, daß die Konferenz positive Ergebnisse haben werde, und daß die Sitzungen der Stellvertreter nur von dem auf der Potsdamer Konferenz geschaffenen Außenministerrat einberufen werden könnten. Die Argumente Maliks werden am gleichen Tage von den Vertretern der Westmächte zurückgewiesen. Am 29. Mai beharrt die Sowjetregierung in einer Note auf ihrer Ablehnung und schlägt vor, die Angelegenheit auf diplomatischem Wege weiter zu behandeln.

Italien

24. Ministerpräsident Alcide *de Gasperi* antwortet in einer Rede in Vittorio Veneto auf die Ausführungen, die der jugoslawische Staatspräsident, Marschall *Tito*, am 17. Mai über die Triester Frage machte (vgl. Jugoslawien). De Gasperi betont, daß kein Zweifel mehr daran bestehe, daß die Stadt Triest an Italien zurückgegeben werden müsse. Für die territoriale Regelung im übrigen Gebiet des Freistaates halte Italien an seinem Vorschlag einer ethnischen Grenzziehung fest.

Jugoslawien

17. In einer Rede in Slawonisch-Brod erklärt Staatspräsident *Tito*, in der Triester Frage wäre es am vernünftigsten gewesen, die Bestimmungen des italienischen Friedensvertrages einzuhalten und sich über die Ernennung eines Gouverneurs für Triest zu einigen. Da dies jedoch nicht geschehen sei, halte er die Errichtung eines italienisch-jugoslawischen Kondominiums für die beste Lösung.
21. Marschall *Tito* wendet sich in einer Rede zum Tag der Luftwaffe in Belgrad gegen Gerüchte über eine Annäherung zwischen Jugoslawien und dem Ostblock. Er erklärt, Jugoslawien werde sich nur durch Taten von den friedlichen Absichten der Sowjetunion überzeugen lassen; auf keinen Fall werde es seine Freunde verlassen, die ihm in der schwierigsten Zeit seiner Geschichte Hilfe geleistet hätten.
31. In Tekija wird nach mehrwöchigen Verhandlungen mit der rumänischen Regierung ein Uebereinkommen über die Errichtung einer gemeinsamen Verwaltung der Donauschiffahrt im Eisernen Tor paraphiert.

Niederlande

20. Mit der Billigung durch die Erste Kammer wird eine Verfassungsänderung endgültig angenommen, die vorsieht, daß die Regierung Souveränitätsrechte an völkerrechtliche Organisationen übertragen kann. Ferner ist vorgesehen, daß die Niederlande im Interesse der Entwicklung der internationalen Rechtsordnung auch Abkommen beitreten können, die der Verfassung zuwiderlaufen, falls sich zwei Drittel der Abgeordneten beider Kammern dafür aussprechen, und daß kein Gerichtshof mehr die Verfassungs-

mäßigkeit von Abkommen mit anderen Mächten oder Organisationen des internationalen Rechts in Zweifel ziehen kann.

Norwegen

- 18.—19. Konferenz der Außenminister der skandinavischen Staaten in Oslo (vgl. Kurzbericht auf S. 5778).

Oesterreich

- 17.—23. Vierzehnter Kongreß der Internationalen Handelskammer in Wien (vgl. Kurzbericht auf S. 5778).
28. Außenminister Karl *Gruber* bezeichnet auf einer Pressekonferenz die ablehnende Antwort der Sowjetunion auf die Einladung der Westmächte zu neuen Oesterreich-Verhandlungen als eine schlechte Ausrede, die das herrschende Mißtrauen in die Aufrichtigkeit der sowjetischen Friedensgesten verstärkt habe. Oesterreich sei jedoch auch bereit, einen von der Sowjetunion vorgeschlagenen Weg zum Staatsvertrag einzuschlagen, und werde an die Sowjetunion die konkrete Frage stellen, wann, wo und unter welchen Bedingungen sie zum Abschluß bereit sei. Der Außenminister berichtet dann über den Verlauf seines Staatsbesuchs in Bonn (vgl. Kurzbericht auf S. 5777).

Sowjetunion

24. Die *Prawda* wendet sich in einem Leitartikel gegen die geplante Konferenz der Regierungschefs der Westmächte auf den Bermudas und erklärt, diese Konferenz komme einer Geheimabsprache gleich. Dies widerspreche jedoch dem Geist der von Premierminister Sir Winston Churchill vorgeschlagenen Viererbesprechungen auf höchster Ebene. Zum Deutschlandproblem schreibt die *Prawda*, die Hauptaufgabe sei die Vorbereitung eines Friedensvertrages auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens.

Tschechoslowakei

16. Nach fast zweijähriger Haft wird der wegen Spionage zu zehn Jahren Gefängnis verurteilte amerikanische Journalist William *Oatis* freigelassen.
31. Bekanntgabe einer Währungsreform. Die Währung wird auf Goldbasis gestellt und der Kurs der Krone zum sowjetischen Rubel auf 1,80 zu 1 festgelegt. Die Geldumstellung erfolgt im Verhältnis von 5:1 bis 50:1 je nach der Höhe der Beträge.

Türkei

18. Die Große Nationalversammlung ratifiziert einstimmig den Freundschaftspakt zwischen Griechenland, Jugoslawien und der Türkei vom 28. Februar 1953 (Balkanpakt).

Ungarn

17. Bei den Parlamentswahlen werden 98,2 vH der Stimmen für die Einheitsliste der Regierungsparteien abgegeben.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

19. Ministerpräsident Mohammed *Naguib* erklärt in einer Rundfunkansprache an das ägyptische Volk, Aegypten habe die inzwischen gescheiterten Verhandlungen mit Großbritannien über die Räumung der Suezkanalzone begonnen, um vor der Welt die britischen

ten habe die inzwischen gescheiterten Verhandlungen mit Großbritannien über die Räumung der Suezkanalzone begonnen, um vor der Welt die britischen

Absichten zu enthüllen und sich von der Verantwortung für die unvermeidlichen Konsequenzen des Konflikts zu befreien. Die Regierung sei der Ansicht, daß sich Aegypten seine Rechte mit Gewalt nehmen solle. Der Kampf werde jedoch nicht eröffnet werden, bevor das Land dazu genügend vorbereitet sei.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

- 16.—28. Außenminister *Dulles* und MSA-Chef *Stassen* setzen ihre Informationsreise durch den Nahen und Mittleren Osten fort (vgl. Zeittafel in EA 10-11/1953). Sie besuchen am 16. Mai den Libanon, am 17. den Irak, am 18. und 19. Saudi-Arabien, vom 20. bis 22. Indien, am 23. und 24. Pakistan, am 25. und 26. die Türkei, am 27. Griechenland und am 28. Libyen. In einer Presseerklärung nach seiner Rückkehr nach Washington am 29. Mai bezeichnet *Dulles* den Nahen Osten als das Bindeglied zwischen Europa, Asien und Afrika, mit dem die Vereinigten Staaten neue Bande der Freundschaft anzuknüpfen suchten. Die schwierigen Probleme, vor die sich die Völker dieses Raumes nach der Erringung ihrer Unabhängigkeit gestellt sähen, hätten in der Vergangenheit eine Abkühlung ihrer Freundschaft zu den Vereinigten Staaten herbeigeführt, doch sei für diese Freundschaft ein neues Fundament errichtet worden. Bei den Besuchen in der Türkei und Griechenland seien die Bande gefestigt worden, die die Vereinigten Staaten mit diesen tapferen Verbündeten seit langem verbinden.
20. Präsident *Eisenhower* übermittelt dem Kongreß in einer Botschaft seine Vorschläge für die Steuer- und Finanzpolitik, die eine Einschränkung der laufenden Ausgaben bei voller Berücksichtigung der Erfordernisse der nationalen Sicherheit bezwecken. Am Tage zuvor hatte der Präsident in einer Rundfunkansprache diese Vorschläge mit der Notwendigkeit begründet, angesichts der unvermindert bestehenden Aggressionsgefahr stark zu bleiben.
21. Das Weiße Haus gibt bekannt, daß die Regierungen der drei Westmächte beschlossen haben, eine Konferenz ihrer Regierungschefs auf den Bermuda-Inseln abzuhalten, bei der eine gemeinsame weltpolitische Linie festgelegt werden soll.
27. Der Vorsitzende der republikanischen Senatsfraktion, Senator *Robert A. Taft*, fordert in einer Rede in

Cincinnati, die Vereinigten Staaten sollten in ihrer Fernost-Politik keine Rücksicht mehr auf ihre Verbündeten und die Vereinten Nationen nehmen und erklären, daß sie im Falle eines Scheiterns der Waffenstillstandsverhandlungen in Korea sich von weiteren Friedensverhandlungen fernhalten werden.

ASIEN

Japan

19. Der Vorsitzende der Liberalen Partei, *Shigeru Yoshida*, wird vom Parlament erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Die am 21. Mai gebildete Regierung besteht wiederum ausschließlich aus Politikern der Liberalen Partei.

Korea

25. Die Waffenstillstandsdelegation der Vereinten Nationen überreicht den kommunistischen Unterhändlern neue Vorschläge, deren Inhalt einstweilen geheimgehalten wird. Am 29. Mai übergibt die südkoreanische Regierung der UN-Delegation ein Schreiben des Staatspräsidenten, *Syngman Rhee*, in dem gegen diese Vorschläge protestiert und erklärt wird, daß Südkorea sich von den Verhandlungen zurückziehen wird, falls die Vorschläge nicht zurückgezogen oder abgeändert werden.

Libanon

- 25.—31. Konferenz der Wirtschaftsminister der Staaten der Arabischen Liga in Beirut. Es werden Abmachungen über die Abschaffung der Agrarzölle und die Einführung eines Präferenzzollsystems für Industrieprodukte zwischen den arabischen Staaten getroffen.

Organisation der Vereinten Nationen

Wirtschafts- und Sozialrat

Kommission zur Untersuchung der Zwangsarbeit

27. Die Kommission leitet dem Generalsekretär der UN den Schlußbericht über ihre Untersuchungen über die Zwangsarbeit in der Welt zu. Der Vorsitzende der Kommission, *Sir Ramaswami Mudaliar* (Indien), erklärt dazu, der Bericht werde vorläufig nicht veröffentlicht werden, er enthalte jedoch die Feststellung der Kommission, daß in bestimmten Teilen der Welt die Zwangsarbeit als Mittel zur Korrektur politischer Anschauungen angewendet werde.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guizon, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Meißner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Hauffstraße 5, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse, Telefon 90181, App. 275.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Die zwölfte Tagung des Ministerkomitees vom 6. bis 7. Mai 1953 und die fünfte Sitzungsperiode (1. Teil) der Beratenden Versammlung vom 7. bis 13. Mai 1953

I. Tagungen der Organe des Rates

MINISTERKOMITEE

Die *Stellvertreter der Außenminister* der Mitgliedstaaten des Europarats haben unter Vorsitz von Herrn Peter W. Scarlett (Ständiger Vertreter des Vereinigten Königreichs beim Rat) vom 30. April bis 5. Mai in Straßburg getagt. Sie arbeiteten den Bericht und die Botschaft des Ministerkomitees an die Beratende Versammlung aus und überprüften die Fragen, die auf der vorläufigen Tagesordnung des Ministerkomitees standen.

Das *Ministerkomitee des Europarats* hat am 6. und 7. Mai unter Vorsitz des belgischen Außenministers Herrn Paul van Zeeland in Straßburg getagt.

Außer den Entschlüssen, die in den entsprechenden Abschnitten gebracht sind, haben die Minister oder die in ihrem Namen handelnden Stellvertreter eine Reihe anderer Beschlüsse gefaßt.

Ein Arbeitsprogramm

In dem Wunsch, die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen zu verstärken, um den Zweck des Europarats im Sinn des Artikels I der Satzung zu verwirklichen, hat das Ministerkomitee folgende Entschlüsselung gefaßt:

Das Ministerkomitee, in der Erkenntnis der Notwendigkeit eines gut durchdachten Arbeitsprogramms für den Europarat, nicht nur, um ihm eine wirksame Förderung der Sache der europäischen Einheit zu ermöglichen, sondern auch, um den Völkern Europas die Rolle, die der Europarat spielen soll, besser verständlich zu machen, empfiehlt den Mitgliedregierungen, sich unverzüglich mit dem Inhalt eines solchen Programms und den besten Methoden zu seiner Verwirklichung zu befassen, beauftragt die Stellvertreter der Minister zu untersuchen, in welcher Weise dieses Programm ausgerichtet werden soll, und ebenso Mittel zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen im Rahmen des Europarats zu prüfen; und es fordert die Stellvertreter auf, in Kürze dem Ministerkomitee über die Ergebnisse seiner Arbeit Bericht zu erstatten.

Hilfe für die türkische Regierung

Nachdem die Stellvertreter ein Exposé des türkischen Vertreters über die durch das letzte Erdbeben verursachten Schäden zur Kenntnis genommen hatten, faßten sie die folgende Entschlüsselung:

Das Ministerkomitee, tief berührt von der durch das letzte Erdbeben in der Türkei entstandenen Notlage, drückt dem Volk der von dem Unglück so grausam getroffenen Republik seine ganze Teilnahme aus, versichert die türkische Regierung ihrer vollen Solidarität in diesen beklagenswerten Umständen, und

empfiehlt den Regierungen der Mitglieder, weitere Anstrengungen zu machen, um in möglichst hohem Maß der türkischen Regierung die Hilfe zukommen zu lassen, die deren selbst geäußertem Wunsch entspräche.

Abänderung der Satzung

Die Stellvertreter der Minister haben, dem Vorschlag der Beratenden Versammlung für eine Abänderung über die Dauer des Mandats der Mitglieder der Beratenden Versammlung und die Vorschriften für ihre Ablösung folgend, eine Entschlüsselung angenommen, nach der der Artikel 25 durch die beiden folgenden Absätze ergänzt wird:

Das Mandat der so ernannten Abgeordneten wird mit der Eröffnung der ihrer Ernennung folgenden ordentlichen Sitzungsperiode wirksam; es erlischt erst mit der Eröffnung der folgenden ordentlichen Sitzungsperiode oder einer sonstigen ordentlichen Sitzung, vorbehaltlich des Rechts der Mitgliedstaaten, neue Ernennungen nach Parlamentswahlen vorzunehmen.

Wenn ein Mitgliedstaat Mandate besetzt, die nach Todesfall oder Rücktritt freigeworden sind, oder wenn er in der Folge von Parlamentswahlen neue Ernennungen vornimmt, so wird das Mandat der neuen Abgeordneten mit der ersten Sitzung der Versammlung nach ihrer Ernennung wirksam.

Erweiterung des Europahauses

Das Ministerkomitee hat der im vergangenen Januar von der Beratenden Versammlung gebilligten Empfehlung Folge geleistet und seine grundsätzliche Genehmigung zu dem Bau eines neuen Flügels an das jetzige Gebäude des Europarats am Place Lenôtre in Straßburg gegeben.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Der erste Teil der Fünften Ordentlichen Sitzungsperiode wurde am Donnerstag, dem 7. Mai, um 17.15 Uhr unter Vorsitz des Alterspräsidenten, Herrn Boggiano Pico (Italiener) eröffnet. Nach einem Nachruf für Herrn von Rechenberg, Abgeordneten der Deutschen Bundesrepublik, und Herrn Lassagne, Abgeordneten Frankreichs, hielt der Alterspräsident seine übliche Ansprache.

Wahl des Präsidiums

Nachdem durch das Los sechs Mitglieder für den Ausschuß bestimmt waren, der die Ueberprüfung der Mandate der Abgeordneten vornahm, forderte der Alterspräsident die Versammlung auf, ihren Präsidenten und die sechs Vizepräsidenten zu wählen.

Herr de Menthon wurde mit 99 Stimmen bei 100 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Beratenden Versammlung wiedergewählt.

Als Vizepräsidenten wurden folgende Abgeordnete gewählt (in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmenzahl):

Lord Layton (Engländer), Herr Kapani (Türke), Herr Boggiano Pico (Italiener), Herr Jakobsen (Däne), Herr von Brentano (Deutscher), Herr van der Goes van Naters (Holländer).

Präsiden der Ausschüsse

Die Versammlung billigte die Ernennung der Mitglieder der sieben Hauptausschüsse und der drei Sonderausschüsse.

Die Ausschüsse der Versammlung haben folgende Präsidien ernannt:

Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten: Präsident: Herr Guy Mollet (Franzose); Vizepräsidenten: Herr Struye (Belgier) und Herr Amery (Engländer).

Wirtschaftsfragen: Präsident: Herr Federspiel (Däne); Vizepräsidenten: Herr Boothby (Engländer) und Herr Kapteijn (Holländer).

Juristische und Verwaltungsfragen: Präsident: Herr Rolin (Belgier); Vizepräsidenten: Herr Azara (Italiener) und Herr Kiesinger (Deutscher).

Soziale Fragen: Präsident: Herr Heyman (Belgier); Vizepräsidenten: Frau Sewerin (Norwegerin) und Herr Mutter (Franzose).

Bevölkerung und Flüchtlinge: Präsident: Herr Pernot (Franzose); Vizepräsidenten: Herr Boggiano Pico (Italiener) und Herr Bottomley (Engländer).

Kulturelle und wissenschaftliche Fragen: Präsident: Herr Smitt-Ingebretsen (Norweger); Vizepräsidenten: Herr de Freitas (Engländer) und Herr Cingolani (Italiener).

Geschäftsordnung und Vorrechte: Präsident Herr van Cauwelaert (Belgier); Vizepräsidenten: Herr Benvenuti (Italiener) und Herr Ross (Engländer).

Die Präsidien der Sonderausschüsse setzen sich wie folgt zusammen:

Kommunale und regionale Angelegenheiten: Präsident: Herr Chaban-Delmas (Franzose); Vizepräsidenten: Herr Schmal (Holländer) und Herr Bowden (Engländer).

Landwirtschaft: Präsident: Herr Persico (Italiener); Vizepräsidenten: Herr Gerns (Deutscher) und Herr Rip (Holländer).

Nicht vertretene europäische Nationen: Präsident: Herr Beamish (Engländer); Vizepräsidenten: Herr Wistrand (Schwede) und Herr Pezet (Franzose).

Ständiger Ausschuß der Versammlung

Im Verlauf ihrer Sitzung am 13. Mai hat die Versammlung ihren Ständigen Ausschuß gebildet (30 Mitglieder).

Er setzt sich aus dem Präsidenten der Versammlung, den sechs Vizepräsidenten, den sieben Präsidenten der Hauptausschüsse und aus folgenden Mitgliedern zusammen:

den Herren Amery (Engländer), Becker (Deutscher), Benvenuti (Italiener), Boland (Irländer), Droulias (Grieche), Ebüzziya (Türke), Elmgren (Schwede), Josefsson (Isländer), Fräulein Kloppe (Holländerin), den Herren Lützens (Deutscher), Margue (Luxemburger), Mercouris (Grieche), Müller (Saarländer), Persico (Italiener), Robens (Engländer), Wistrand (Schwede).

Termin der nächsten Sitzung

Die Versammlung hat beschlossen, gegen Ende Juni wieder zusammenzutreten. Am 22. Juni wird sie eine gemeinsame Sitzung mit der Versammlung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl abhalten; zwischen dem 23. und 26. Juni wird sie für 3 Tage gesondert tagen.

Pressekonferenz bei Herrn de Menthon

Zum Abschluß der Arbeit der Beratenden Versammlung hat Herr de Menthon am Mittwoch, dem 13. Mai, um 16.30 Uhr eine Pressekonferenz abgehalten, in deren Verlauf er seine Befriedigung über die Ergebnisse der Debatten aussprach, trotz der zögernden Haltung gewisser Abgeordneter, besonders unter den Engländern. Ebenfalls unterstrich er die Bedeutung und das hohe Niveau der Wirtschaftsdebatten, die stattgefunden hatten. Weiter sagte er, die gemeinsame Sitzung am 22. Juni stelle einen Versuch von außerordentlicher Wichtigkeit dar. Zu der für Juni geplanten großen Debatte über die allgemeine Politik des Europarats erklärte Herr de Menthon, sie werde den Beweis dafür erbringen, daß die von dem Rat angestrebte Einheit Europas, unabhängig von den politischen Verhältnissen, ihre Daseinsberechtigung habe.

II. Andere Tagungen

Sitzung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat am 12. Mai im Europahaus in Straßburg eine kurze Sitzung abgehalten, um ihr Präsidium zu wählen. Der Präsident der Gemeinsamen Versammlung, Herr Paul-Henri Spaak, schlug der Versammlung vor, vom 15. bis 21. Juni und während eines Tages in der folgenden Woche von neuem zu tagen; er kündigte seinerseits an, daß die gemeinsame Tagung mit der Beratenden Versammlung des Europarats am 22. Juni stattfinden werde.

III. Politische Fragen

MINISTERKOMITEE

Die Botschaft des Ministerkomitees an die Beratende Versammlung beginnt mit einem Rückblick auf die kürzlichen Ereignisse und der erneuten Bestätigung des ständigen Zieles des Europarats; und daß das vergangene Jahr von einer Reihe politischer Ereignisse von großer Bedeutung beherrscht worden sei:

„Eine erste Teilgemeinschaft supra-nationalen Charakters ist geschaffen worden und hat die Maßnahmen zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl zwischen sechs Mitgliedstaaten des Rates durchgeführt; der Vertrag über die Bildung einer Verteidigungsgemeinschaft liegt gegenwärtig den beteiligten Parlamenten zur Ratifikation vor.

Die Beratende Versammlung hat bei der Entwicklung auf dieser politischen Linie eine wichtige und konstruktive Rolle gespielt: Ein Teil dieser Projekte wäre nicht zustande gekommen, wenn der Europarat nicht existiert hätte.

Während wir uns dieser unleugbaren Resultate bewußt sind, ist es jedoch notwendig, den folgenden Punkt zu betonen. Wenn auch noch allgemeine Ungewißheit besteht und den Anzeichen einer offenbaren Entspannung anhaftet, so bleibt doch eine Gewißheit: Das Werk der Vereinigung Europas, das unabhängig von der Drohung eines Krieges unternommen worden ist, muß mit Zuversicht und Entschlossenheit weiter verfolgt werden. Die Befriedigung, mit der wir eine Lockerung der internationalen Spannung aufnehmen, hindert uns nicht daran, einstimmig zu wünschen, daß der Marsch auf das Ziel nicht verlaugamt werden möge.“

Der Europarat Rahmen der europäischen Politik

In seiner Botschaft an die Beratende Versammlung betont das Ministerkomitee die Notwendigkeit, die Möglich-

keiten für enge Verbindungen zwischen den beschränkten Gemeinschaften und dem Europarat zu untersuchen, und erklärt seine Uebereinstimmung mit der Beratenden Versammlung in dem Wunsch, daß der Europarat die gemeinsame Basis für alle internationalen Abkommen, die die Verwirklichung einer engeren Einheit aller europäischen Nationen anstreben, sein solle.

Das Ministerkomitee faßte die folgende Entschliebung:

1. In der Erwägung, daß es wünschenswert ist, wenn die zu schließenden internationalen Abkommen zum Zweck der Verwirklichung einer engeren Vereinigung zwischen den europäischen Ländern aus einer gemeinsamen Konzeption hervorgehen;
2. mit Rücksicht auf die Auffassung der Beratenden Versammlung, der gemäß der Europarat den allgemeinen Rahmen für die europäische Politik darstellen soll;
3. empfiehlt das Ministerkomitee den Regierungen der Mitgliedstaaten, in Zukunft jeden Vorschlag, der die Schaffung neuer Organisationen von europäischem Charakter betrifft, sobald wie möglich dem Europarat zur Beratung vorzulegen und solche Vorschläge derart abzufassen, daß sie die Errichtung von Verbindungen zwischen diesen Organisationen und dem Europarat zulassen (Entschliebung Nr. 13.)

Im gleichen Geist hat das Ministerkomitee die Untersuchung von engeren Verbindungsmöglichkeiten mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl empfohlen, und zwar unter gewisser Benutzung der Dienste gemeinsamer Sekretariate. Es hat den Generalsekretär des Europarats beauftragt, mit Hilfe der zuständigen Organe der Gemeinschaft Möglichkeiten zu suchen, um die in der Stellungnahme Nr. 3 der Beratenden Versammlung ausgesprochenen Grundsätze zur Anwendung zu bringen.

Assoziation mit den Nichtmitgliedstaaten

Das Ministerkomitee hat in den folgenden Worten erneut versichert, daß der Europarat für alle europäischen Länder offen bleiben soll:

An diesem vierten Jahrestag der Gründung des Europarats erklären die Mitgliedstaaten feierlich — in der Ueberzeugung, wie sie in der Präambel der Satzung bekräftigt haben, daß die Sicherung eines auf Gerechtigkeit und internationale Zusammenarbeit gegründeten Friedens von lebenswichtiger Bedeutung für die Erhaltung der menschlichen Gesellschaft und der Zivilisation ist —, daß der Europarat weiterhin bereit ist, alle europäischen Nationen aufzunehmen, die, gemäß der Satzung, die Herrschaft des Rechts anerkennen und die Grundfreiheiten garantieren.

Um die Teilnahme von europäischen Ländern, die keine Mitglieder sind, auf bestimmten Tätigkeitsgebieten des Europarats zu erleichtern, haben die Minister in der folgenden Entschliebung den Abschluß geeigneter Abkommen vorgeschlagen:

In der Erwägung, daß es wünschenswert ist, die Teilnahme der europäischen Länder, die nicht dem Europarat angehören, an bestimmten Tätigkeitsgebieten des Europarats zu erleichtern; erklärt dieser sich bereit, mit den europäischen Ländern, die dem Rat nicht angehören und bestimmten Gebieten der Tätigkeit des Rats assoziiert zu werden wünschen, Abkommen zur Regelung der Modalitäten einer solchen Assoziation abzuschließen.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Uebermittlung des Berichts und der Botschaft

Am Freitag, dem 8. Mai, übermittelte Herr van Zeeland, der amtierende Präsident des Ministerkomitees, der

Beratenden Versammlung den Bericht und die Botschaft der Minister. Der Bericht faßt die Arbeit des Ministerkomitees in der Zeit vom 15. September 1952 bis 6. Mai 1953 zusammen und besteht aus drei Teilen: 1. getroffene Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Europarats; 2. Arbeitsweise des Europarats; 3. die Beziehungen mit den anderen internationalen Organisationen. Einzelheiten über diese Beziehungen finden sich in den entsprechenden Abschnitten des Berichts.

In seiner Rede betonte Herr van Zeeland, daß die von dem Ministerkomitee gefaßten politischen Entschliebungen einem doppelten Bedürfnis entsprächen: die Uebereinstimmung der verschiedenen Pläne zum Zweck der „Errichtung des gemeinsamen Baues, der das einzige Haus Europas sein soll“, zu sichern und „für dieses wie für jedes andere Ziel die Wirksamkeit der Arbeit des Europarats zu verstärken“.

„In erster Linie“, fügte Herr van Zeeland hinzu, „kommt es darauf an, der Straßburger Organisation ihren zentralen Charakter zu erhalten. Der Europarat muß den allgemeinen Rahmen des europäischen Unternehmens darstellen, er muß sein eigentlicher Brennpunkt, das Strahlungs- und Anziehungszentrum bleiben.“

An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen, daß in unseren Augen weder Opposition noch Widerspruch noch Abweichung möglich ist zwischen dem Unternehmen, das sechs unserer Mitglieder auf der Ebene der Teilgemeinschaften verfolgen, und demjenigen, das auf einer anderen, höheren und weiteren Ebene, wenn auch weniger durchgreifend, von den fünfzehn Mitgliedern des Europarats durchgeführt wird.

Unser aller Ziel ist, Europa neu zu schaffen, das vereinigte Europa zu schaffen. Es gibt viele Wege, die dorthin führen können. Die Möglichkeiten sind für die verschiedenen europäischen Staaten im gleichen Moment nicht die gleichen. Die Mittel müssen sich den tatsächlichen Gegebenheiten anpassen. Bei dieser Vielgestaltigkeit gewinnen wir Zeit, wenn wir die Gelegenheiten ergreifen, so wie sie sich bieten, und wenn wir nicht von der Richtung abweichen...

Im Augenblick wird das europäische Unternehmen auf verschiedenen Ebenen betrieben. Ich glaube, daß diese Unterschiede der Methoden gut sind, daß sie uns einen Zeitvorteil gewähren und daß sie einem der kostbarsten Reichtümer Europas entsprechen: seiner Vielgestaltigkeit.

Dieses Unternehmen muß aber von einer gemeinsamen Konzeption beherrscht bleiben: dem Vereinten Europa. Es muß in ein gemeinsames Zentrum einstrahlen; den Europarat. Es muß das Ganze des Hauses in der Vielzahl der Stockwerke im Auge behalten. Europa muß es selbst bleiben, es muß die ihm angemessene Form der Einheit finden — ohne vorzugeben, daß es anderen Unionen in anderen Teilen der Welt oder anderen Nationalstaaten gleich sein könnte; es muß diesen dienen, sie schützen, sie über sich selbst hinausheben wollen kraft der Einheit.

Man muß sich vor allzu ehrgeizigen oder allzu theoretischen Konzeptionen hüten, die an dem Ziel vorbeigehen und die unter dem Versprechen des sofortigen Vollbringens die Gefahr heraufbeschwören, daß sich eine solche Opposition gegen sie ansammelt, die — begründet oder unbegründet — im Endergebnis die sofortige Aktion lahmlegt.“

Beratung über den Vertragsentwurf

Die Generaldebatte wurde am Freitag, dem 8. Mai, durch Herrn *Bohy* (Belgier) eröffnet, der im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten einen Bericht über zwei Empfehlungsentwürfe erstattete. Zu dem Entwurf des Vertrages über die Satzung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft wurden von mehreren Abgeordneten des Vereinigten Königreichs sowie von Herrn Marcel *Plaisant* (Franzose) und Herrn *Rolin* (Belgier) gewisse Vorbehalte geäußert. Der letztere kritisierte bestimmte juristische Seiten des Vertrages, besonders den Artikel 103 betreffend, nach dem Deutschland im Fall der Wiedervereinigung mit vollem Recht notwendigerweise durch den Vertrag nach dessen etwaiger Unterzeichnung als unauflösbar betrachtet wird. Verteidigt wurde der Vertragsentwurf durch, unter anderen, die Herren *Maccas* (Griechen), *Teitgen* (Franzose), von *Brenzano* und von *Merkatz* (Deutsche) und Lord *Layton* (Engländer).

Am Schluß der Debatte nahm die Versammlung, nach Billigung eines Änderungsantrages von Lord *John Hope*, die Worte: „daß die Regierungen der Sechs Mitgliedstaaten unverzüglich zum Abschluß des Vorhabens kommen, das sie in Angriff genommen haben“ durch „unverzüglich einen Entschluß über den Vertragsentwurf fassen, der ihnen jetzt vorliegt“ zu ersetzen, mit 76 gegen 7 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen folgende Empfehlung an:

Die Versammlung, die den Vertragsentwurf über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft geprüft hat, der von der ad hoc-Versammlung am 10. März 1953 angenommen und der Beratenden Versammlung übermittelt wurde, gemäß der am 10. September 1952 in Luxemburg von den Sechs Außenministern der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl angenommenen Entschliebung;

die auf ihre am 6. September 1949 einstimmig angenommene Entschliebung hinweist, in der sie erklärte, daß „Zweck und Ziel des Europarats die Einsetzung einer europäischen politischen Behörde sei, die begrenzte Funktionen, aber reale Vollmachten haben solle“; die darauf hinweist, daß sie bestrebt gewesen ist, diese Funktionen und Vollmachten zu definieren und daß sie dementsprechend am 26. August und 23. November 1950 für den Vertragsentwurf zur Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gestimmt hat; daß sie am 11. Mai 1951 ihre Befriedigung über die Unterzeichnung dieses Vertrages ausgedrückt hat; am 11. August 1950 eine Empfehlung angenommen hat, in der „die Schaffung einer vereinigten europäischen Streitmacht, die einem europäischen Verteidigungsminister unterstellt und einer demokratischen europäischen Kontrolle unterworfen sein solle“, gefordert wurde; daß sie am 30. März 1952 gefordert hat, die EVG sollte einer politischen Behörde untergeordnet werden; und daß sie später dem Vertragsentwurf über die Errichtung der Verteidigungsgemeinschaft ihre Zustimmung und Unterstützung gegeben hat; die die Schaffung von Sondergemeinschaften als Etappen auf dem Weg zur Schaffung der europäischen Gemeinschaft ansieht;

die den Verfassern des Vertragsentwurfs, die mit Hingabe und in fähiger Weise die auf Wunsch der Sechs Außenminister von ihnen übernommene Aufgabe durchgeführt haben, den Dank der freien Völker Europas ausdrückt; die überzeugt ist, daß die Errichtung einer Europäischen Gemeinschaft, wenn sie den Interessen der Gesamtheit

der Mitgliedstaaten des Europarats entsprechen soll, eine engere Vereinigung seiner Mitgliedstaaten nach sich ziehen muß;

die betont, daß sie diese engere Union Europas immer als eine unabweisliche politische Notwendigkeit sowohl auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, als auch auf dem der Verteidigung angesehen hat; und die infolgedessen davon überzeugt ist, daß selbst die Möglichkeit einer Entspannung zwischen der Sowjetunion und der freien Welt diese Notwendigkeit nicht beseitigen würde; die sich dessen bewußt ist, daß der Erfolg der Europäischen Gemeinschaft weitgehend davon abhängt, in welchem Maße die Bindungen dieser Gemeinschaft mit den Nichtmitgliedstaaten einerseits und andererseits zwischen ihr und dem Europarat aufrechterhalten und verstärkt werden können, ebenso wie von der Wirksamkeit der auf ihren Funktionen beruhenden Beziehungen zwischen diesen verschiedenen Instanzen;

die die Persönlichkeiten, die für die endgültige Verabschiedung des Vertragsentwurfes über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft verantwortlich sind, auf die in ihrer Empfehlung 45 betreffs der Europäischen Gemeinschaft enthaltenen Vorschläge aufmerksam macht;

empfiehlt dem Ministerkomitee:

a) daß die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarats, die im Begriff sind, die Europäische Gemeinschaft zu begründen, unverzüglich zu einem Beschluß über den Vertragsentwurf kommen, der ihnen jetzt vorliegt;

b) daß die Regierungen aller Mitgliedstaaten sich im kommenden Jahr entschlossen darum bemühen, daß sich im Rahmen des Europarats eine straffere Einheit aller in ihm zusammengefaßten Nationen entwickelt, so daß diese größere Einheit gleichzeitig mit der in der Europäischen Gemeinschaft geschaffenen Einheit gefestigt werden kann.

Anschließend billigte die Versammlung, nach kurzer Stellungnahme mehrerer Abgeordneter, darunter des Berichterstatters, Herrn *Bohy*, mit 62 gegen 10 Stimmen bei 31 Enthaltungen die Empfehlung Nr. 2:

Die Versammlung, nach Prüfung des Vertragsentwurfs über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft, der von der ad hoc-Versammlung am 10. März 1953 angenommen und der Beratenden Versammlung übermittelt wurde, gemäß der am 10. September 1952 in Luxemburg von den Sechs Außenministern der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl angenommenen Entschliebung; unter Hinweis auf ihre Entschliebung 26 vom 17. Januar 1953, die folgendermaßen lautet:

„Die Versammlung, aufgefordert, zu den Direktiven Stellung zu nehmen, die die ad hoc-Versammlung ihrem Verfassungsausschuß gegeben hat, drückt ihre vorbehaltlose Anerkennung über die bisher vom Verfassungsausschuß geleistete Arbeit aus“;

in der augenblicklichen Ueberzeugung, daß es ihre Pflicht ist, genau formulierte Änderungsvorschläge zu dem Vertragsentwurf einzubringen mit dem Zweck, die Solidarität der Mitgliedstaaten des Europarats im Rahmen des letzteren sicherzustellen, und gleichzeitig im Bestreben nach einer Verbesserung des Vertragsentwurfs;

macht die Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf ihre Entschliebung 27 bezüglich der Fragen der Assoziation und der Verbindung aufmerksam und ebenso auf die der vorliegenden Empfehlung beigefügten Stellungnahmen bezüglich gewisser juristischer, wirtschaftlicher und sozialer Gesichtspunkte des Vertragsentwurfs;

empfiehlt außerdem den Außenministern der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl:

- a) im Paragraph 1 des Artikels 116 die Worte „und jeder andere europäische Staat, der die Wahrung der in Artikel 3 vorgesehenen Menschenrechte und Grundfreiheiten garantiert“, zu streichen;
- b) in Artikel 25, Paragraph 1:
— den ersten Absatz folgendermaßen zu formulieren: „Die Bewegungsfreiheit der Mitglieder des Parlaments innerhalb des Gebietes der Gemeinschaft darf in keinerlei Weise beschränkt werden“;
— in Absatz 2 den Wortteil „Sichtvermerks-“ zu streichen;
- c) bei Anwendung des Paragraphen 2 des Artikels 71 auf die europäische Konvention zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten Rücksicht zu nehmen;
- d) den Artikel 83 noch einmal zu überprüfen und den Entwurf einer europäischen Konvention über die gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen zu berücksichtigen;
- e) den Artikel 101 abzuändern, mit Rücksicht auf die im Paragraphen 11 der dieser Empfehlung beigefügten Stellungnahme formulierten Bemerkungen bezüglich gewisser juristischer Gesichtspunkte des Vertragsentwurfs;
- f) den Artikel 103 im Hinblick auf die Einwände, die gegen seinen jetzigen Wortlaut erhoben werden könnten, noch einmal zu überprüfen;
- g) im Geiste der Empfehlung 26 (1952) der Beratenden Versammlung („Straßburger Plan“) die Politik der Gemeinschaft, insofern sie die überseeischen Gebiete betrifft, die mit einem der Mitgliedstaaten des Europarats konstitutionelle Bindungen haben, zum Gegenstand einer Konsultation zu machen, wie sie im Artikel 4, Paragraph 3 des Zusatzprotokolls über die Verbindungen mit dem Europarat vorgesehen ist;
- h) den ständigen Sitz aller Institutionen der Europäischen Gemeinschaft und des Europarats, mit Ausnahme vielleicht des Gerichtshofes, in die gleiche Stadt zu legen;
- i) ein Mitglied des Europäischen Exekutivrats besonders mit der praktischen Anwendung der Artikel 3, 4 und 5 des Zusatzprotokolls über die Verbindungen mit dem Europarat zu beauftragen.

Direktiven

Die folgenden beiden Direktiven wurden einstimmig angenommen:

1. Die Versammlung beauftragt ihren Präsidenten, die Empfehlungen, zusammen mit dem Bericht des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten, dem Präsidenten der ad hoc-Versammlung und den Präsidenten der Kammern der Parlamente in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu übermitteln.
2. Die Versammlung beauftragt den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten, ihr zu gegebener Zeit über die auf dem Weg zum Abschluß und Inkrafttreten des Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft zurückgelegten Etappen Bericht zu erstatten.

EntschlieÙung

Im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten legte danach Lord John Hope den Entwurf der EntschlieÙung sowie der Direktive, die sein Bericht enthielt, vor.

Die EntschlieÙung wurde mit 80 gegen 0 Stimmen bei 12 Enthaltungen gebilligt.

Die Versammlung, nach Prüfung des Vertragsentwurfs über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft, der von der ad hoc-Versammlung am 10. März 1953 angenommen und der Beratenden Versammlung übermittelt wurde, gemäß der am 10. September 1952 in Luxemburg von den sechs Außenministern der Europäischen

Gemeinschaft für Kohle und Stahl angenommenen EntschlieÙung;
in warmer Anerkennung des Geistes der Zusammenarbeit und in dem aufrichtigen Wunsch, die Einheit aller Mitgliedstaaten des Europarats aufrechtzuerhalten, die die ad hoc-Versammlung dahin bestimmt haben, die Vorschläge hinsichtlich der Assoziation und der Verbindungen, die in der von der Beratenden Versammlung am 17. Januar 1953 angenommenen EntschlieÙung 26 ausgesprochen waren, zu billigen,
billigt, was diese beiden Fragen betrifft, folgende Beschlüsse:

I. Assoziation

1. Die Beratende Versammlung billigt die Bestimmungen über die Assoziation, die in den Artikeln 90, 91, 92 und 93 des Entwurfs der Satzung der Europäischen Gemeinschaft aufgeführt sind.
2. Die Versammlung schlägt jedoch vor, daß im Artikel 92, Paragraph I, eine Teilnahme der Vertreter der assoziierten Staaten ebenfalls beim Wirtschafts- und Sozialrat vorgesehen werden soll.

II. Verbindungen mit dem Europarat

3. Die Beratende Versammlung begrüßt allgemein mit Genugtuung die Bestimmungen über die mit dem Europarat herzustellenden Verbindungen, die in dem zweiten Zusatzprotokoll zu der Satzung der Europäischen Gemeinschaft aufgeführt sind.
4. Die Beratende Versammlung ist der Meinung, daß der Erfolg dieser Vorschläge, die die Herstellung organischer Verbindungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Europarat anstreben, praktisch in hohem Maß von der Ausführung der in den Artikeln 6 und 7, Paragraph 1, des zweiten Zusatzprotokolls enthaltenen Bestimmungen abhängen wird. Sie empfiehlt infolgedessen, daß die Bestimmungen dieser Artikel mit der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft in Kraft treten, gemäß den Bestimmungen von Ziffer D der von der Beratenden Versammlung am 30. September 1952 gebilligten Stellungnahme Nr. 3.

Direktive

Der Entwurf einer Direktive bezüglich der Uebermittlung dieser EntschlieÙung wurde ohne Diskussion angenommen:

Die Versammlung beauftragt ihren Präsidenten, die EntschlieÙung 27 dem Präsidenten der ad hoc-Versammlung und den Präsidenten der Kammern der Parlamente in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu übermitteln.

IV. Wirtschaftsfragen

MINISTERKOMITEE

Botschaft und EntschlieÙungen

Das Ministerkomitee hat sich mit besonderer Aufmerksamkeit mit den wirtschaftlichen Problemen befaßt. In der an die Beratende Versammlung gerichteten Botschaft betont es, daß die europäischen Länder, „die ein gemeinsames Ideal einander nähergebracht hat, gemeinsam“ über ihr wirtschaftliches Gedeihen und ihr soziales Wohlergehen „wachen müssen“.

Die Minister haben sich fest davon überzeugt erklärt, daß im Interesse einer koordinierten europäischen Wirtschaftspolitik eine möglichst enge Verbindung zwischen der OEEC und dem Europarat gesichert werden müsse. Zu diesem Zweck hat das Ministerkomitee beschlossen: Nach Durchsicht der Texte über die Beziehungen zwischen dem Europarat und der OEEC;

in der Erwägung, daß es wünschenswert ist, in jeder nur möglichen Weise die Bindungen zwischen den beiden Organisationen enger zu knüpfen, so daß sich eine koordinierte europäische Wirtschaftspolitik entwickeln kann; gibt das Ministerkomitee dem Verbindungsausschuß des Europarats den Auftrag, zusammen mit der Kommission der OEEC die vorhandenen Texte im Hinblick hierauf noch einmal zu überprüfen und dem Ministerkomitee Bericht zu erstatten.

In einer anderen Entschließung hat das Ministerkomitee den Regierungen der Mitgliedstaaten und der OEEC die Empfehlung der Beratenden Versammlung über die Koordinierung der Wirtschaften der Mitgliedstaaten des Europarats und der überseeischen Länder, mit denen diese konstitutionelle Bindungen haben (Straßburger Plan), übermittelt und hinzugefügt, daß das Komitee sich jede Entscheidung in der Sache vorbehalte und die Frage weiter auf seiner Tagesordnung lasse.

Bericht

In dem vierten Bericht des Ministerkomitees an die Beratende Versammlung anläßlich der fünften Sitzungsperiode nimmt das Kapitel über Wirtschaftsfragen einen wichtigen Platz ein.

Straßburger Plan

Der Bericht betont die große Bedeutung des „Straßburger Plans“, sowohl wegen der Fülle der Probleme, die er anschnidet, als auch wegen der Richtlinien für eine europäische Wirtschaftspolitik, die er entwirft; und er erinnert daran, ihn den Regierungen des Commonwealth zu übermitteln.

Agrarpolitik

Die europäische Konferenz über die Organisation von Agrarmärkten hat vom 16. bis zum 21. März in Paris getagt. Die Konferenz hat beschlossen, der Empfehlung des Ministerkomitees Folge zu leisten, in der darum gebeten wurde, daß Mitglieder des Ausschusses für die Landwirtschaft der Beratenden Versammlung als Beobachter, begleitet von einem Bevollmächtigten des Generalsekretariats, an der Konferenz teilnehmen könnten. Auf Grund dieser Entscheidung werden die Abgeordneten der Beratenden Versammlung ebenfalls bei allen weiteren Sitzungen der Konferenz als Beobachter zugelassen werden.

Die Konferenz, die demnächst eine zweite Vollsitzung abhalten muß, hat einen aus Vertretern der Regierungen zusammengesetzten Interimsausschuß beauftragt, bis dahin konkrete Vorschläge auszuarbeiten über:

- die Modalitäten der Organisation von europäischen Agrarmärkten und die Modalitäten der Vereinheitlichung dieser Märkte;
- die Struktur und die Vollmachten der für die Erfüllung der vorgesehenen Funktionen der Organisation und der Vereinheitlichung notwendigen Institutionen;
- die herzustellenden Verbindungen zwischen den Ländern, die an der Organisation teilnehmen wollen, und dritten Ländern, die, ohne sich voll beteiligen zu wollen, bereit sind, sich mit der Organisation zu assoziieren; und die herzustellenden Verbindungen zwischen der Organisation und dritten nicht assoziierten Ländern.

Assoziation der europäischen Luftfahrtgesellschaften

Der Bericht erinnert daran, daß das Ministerkomitee seine Zustimmung zu einer Entschließung gegeben hatte,

derzufolge der Generalsekretär des Europarates beauftragt wurde, die Internationale Organisation für Zivile Luftfahrt aufzufordern, eine europäische Konferenz einzuberufen, die folgende Punkte auf ihrer Tagesordnung haben sollte:

- Feststellung geeigneter Mittel, um die kaufmännische und technische Ausnutzung der Europäischen Luftfahrtgesellschaften zu verbessern;
- Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit durch Austausch von Handelsrechten.

Europäische Gesellschaften

Das Ministerkomitee hat den Mitgliedregierungen den Entwurf einer Satzung der Europäischen Gesellschaften zur Kenntnis gebracht, der von dem Ausschuß für Juristische und Verwaltungsfragen der Beratenden Versammlung ausgearbeitet worden ist.

Europäischer Transportrat

Im Verlauf von zwei Sitzungen einer Konferenz für innereuropäische Transporte, die von der OEEC einberufen worden war, hat die Konferenz die Empfehlung der Beratenden Versammlung über die Schaffung eines Europäischen Transportrates geprüft. Die Konferenz hat ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses der Versammlung aufgefordert, den Standpunkt der Versammlung in der Transportfrage darzulegen.

Patente

Die Minister erinnern an den Abschluß einer Konvention zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der vorgeschriebenen Formalitäten für Patentanträge.

Eine andere Konvention über das System einer einheitlichen Klassifizierung von Erfindungen ist noch in Bearbeitung.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Die wirtschaftliche Lage Europas: Zolltarife und Konvertierbarkeit

Am Dienstag, dem 12., und Mittwoch, dem 13. Mai, hat die Versammlung eine Generaldebatte über die wirtschaftliche Lage Europas abgehalten, besonders zu dem Thema der Geldpolitik und der Frage des Warenaustausches. Die Versammlung befaßte sich mit zwei Berichten, die im Namen des Ausschusses für Wirtschaftsfragen von Herrn *Federspiel* (Däne), dem Präsidenten des Ausschusses, über die augenblickliche Situation in der Frage der Konvertierbarkeit und von dem Berichterstatter Herrn *Motz* (Belgier) über Vorschläge für Maßnahmen zur Verwirklichung eines „Low Tariff Club“ vorgelegt wurden.

Nach einer Diskussion, während der etwa zwanzig Redner das Wort ergriffen, billigte die Versammlung folgende beiden Entschließungen:

Die Versammlung, die von neuem ihrer Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß die internationale Arbeitsteilung intensiviert und der Lebensstandard aller Völker vermittle eines multilateralen Zahlungssystems in einem möglichst großen Bereich gehoben werden muß,

1. begrüßt die von dem Vereinigten Königreich ergriffenen Schritte zur entschlossenen Verwirklichung eines erweiterten und freieren Handelssystems;
2. betont, daß die Konvertierbarkeit der Währungen

keinesfalls um den Preis der Einschränkung des Warenaustausches erreicht werden darf;

3. empfiehlt dringend, daß alle Maßnahmen, die die Konvertierbarkeit einer europäischen Währung wiederherstellen sollen, nicht einseitig zu treffen sind, sondern daß sie im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die sie möglicherweise für das Liberalisierungssystem der OEEC, die Europäische Zahlungsunion und den Gemeinsamen Markt der Gemeinschaft Kohle und Stahl schaffen, nur nach Konsultation aller interessierten Parteien ergriffen werden;

4. ist der Ansicht, daß die ersten Schritte zur Erweiterung des Handels- und Zahlungssystems nach Maßgaben unternommen werden sollen, die die europäische Integration nicht gefährden, so wie

(i) eine Erweiterung des Liberalisierungsprogramms der OEEC;

(ii) die Einbeziehung aller Länder des Gebietes der Europäischen Zahlungsunion in das Liberalisierungssystem der OEEC;

(iii) eine nochmalige Prüfung des Verfahrens zum Ausgleich der Ueberschüsse und Defizite der Europäischen Zahlungsunion, mit dem Ziel der Wiederherstellung der Konvertierbarkeit;

(iv) die Wiederherstellung europäischer Warenmärkte, auf denen die Länder der Europäischen Zahlungsunion am billigsten einkaufen können;

5. betont, daß die Konvertierbarkeit als solche nicht die Lösung des europäischen Dollarproblems herbeiführen kann, da dies ein Problem struktureller Art ist und deshalb nur durch strukturelle Angleichung der Produktion an den Warenaustausch zu lösen ist. Bei dieser Angleichung kommt den Schuldner wie den Gläubigern eine entsprechende Rolle zu;

6. würdigt voll und ganz den wesentlichen Beitrag, den die USA in Form ihrer Hilfeleistungen schon beigetragen haben; sie betont jedoch, daß deren zukünftiger Beitrag in steigendem Maße in einer Senkung der Zollarbeit, einer Vereinfachung der Zollformalitäten, in der Ermutigung nichtamerikanischer Firmen bei der Vorlage von Angeboten für private und Regierungskontrakte sowie in der Erhöhung der öffentlichen und der Intensivierung der privaten amerikanischen Investitionen im Ausland bestehen mußte;

7. begrüßt die kürzlich unternommenen Schritte der Wirtschaftskommission für Europa zur Wiederaufnahme der Erörterung des Problems einer Erweiterung der Handelsbeziehungen mit den Ländern Osteuropas und betont, daß es wichtig sei, die politischen Widerstände zu überwinden, die sich dem Handel mit nichtmilitärischen Waren in Asien nicht weniger als in Europa entgegenstellen;

8. versichert erneut ihre Ueberzeugung, daß die europäischen Staaten und die mit ihnen assoziierten überseeischen Länder ihre gemeinsamen Anstrengungen gemäß dem im „Straßburger Plan“ vorgeschlagenen Methoden verstärken sollten.

Die Versammlung, nach Kenntnisnahme des Memorandums über die technischen Probleme der am 6. Dezember 1951 angenommenen Empfehlung 11, das von einer Sachverständigengruppe des GATT für den Europarat ausgearbeitet worden ist;

in der Ueberzeugung, daß eine gemeinsame Politik der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Senkung der Zollschränken notwendig ist,

1. teilt die Ansicht des Ministerkomitees, daß es empfehlenswert sei, erneute Beratungen über die Kernfrage des Plans zur Senkung der Zollschränken vorzunehmen, da solche Beratungen logischerweise auf die technischen Vorarbeiten der Zollsachverständigengruppe des GATT folgen müßten;

2. stellt fest, daß das Ministerkomitee zur Vermeidung von unnötigen Ueberschneidungen und um sich die Ansichten der maßgeblichsten Autoritäten auf technischem Gebiet zu verschaffen, bisher bestrebt war, zu den wichtigsten Wirtschaftsfragen die Meinung der zuständigen internationalen Organisationen einzuholen, und daß, ganz besonders in Zollfragen, die vertragschließenden Parteien des GATT die Aufmerksamkeit des Europarats auf die Tatsache gelenkt haben, daß sie natürlich für die Behandlung des Kernproblems eines jeden Planes über die Zolltarife der Regierungen zuständig sind, die dem Allgemeinen Abkommen angehören;

3. beauftragt ihren Präsidenten, dem Ministerkomitee naheulegen, die vertragschließenden Parteien des Allgemeinen Abkommens zu bitten, daß sie die Prüfung des Hauptproblems der Schaffung eines „Low Tariff Club“ auf die Tagesordnung ihrer bevorstehenden Jahreskonferenz setzen.

Direktive

Dieser Entschliebung folgte der Entwurf einer Direktive, die ohne Aussprache angenommen wurde.

Die Versammlung beauftragt das Generalsekretariat, zusammen mit GATT und dem Rat für Zollzusammenarbeit eine vorläufige Untersuchung über die möglichen Auswirkungen der Schaffung eines Low Tariff Clubs auf die Verwendung von Arbeitskräften und die Produktion vorzunehmen.

Europäische Behörde für die Landwirtschaft

Im Verlauf ihrer siebten Sitzung am Montag, dem 11. Mai, prüfte die Versammlung den Bericht des Sonderausschusses für die Landwirtschaft, in dem eine Vertretung des Generalsekretariats des Europarats bei dem Interimsausschuß der Europäischen Agrarkonferenz angestrebt wird.

Nach einer kurzen Stellungnahme des Präsidenten und Berichterstatters des Sonderausschusses für die Landwirtschaft, Herrn Persico (Italiener), nahm die Versammlung einstimmig folgende Empfehlung an:

Die Versammlung, mit dem Ausdruck ihrer Befriedigung über die im Anschluß an die Entschliebung (52) 36 des Ministerkomitees an einige ihrer Mitglieder ergangene Einladung, als Beobachter an der im März 1953 abgehaltenen europäischen Konferenz für Landwirtschaft teilzunehmen; eingedenk des Inhalts ihrer Empfehlungen 8 (1951) und 24 (1952), in denen angeregt wurde, die Beratende Versammlung sollte regelmäßig über den Fortschritt der Vorbereitungsarbeiten für die Schaffung einer europäischen Agrargemeinschaft unterrichtet werden; mit Hinweis darauf, daß die vorbereitende Konferenz auf ihrer Tagung am 26. März 1952 beschloß, „ein etwaiger Entwurf einer Konvention oder eines Vertrages sollte nach der Paraphierung und vor der Unterzeichnung der Versammlung des Europarats zur Stellungnahme vorgelegt werden“;

in der Erwägung, daß die Tätigkeit aller Organisationen, die sich mit der Durchführung der wirtschaftlichen Einigung Europas befassen, koordiniert werden muß;

in der Erwägung, daß die Schaffung einer europäischen Agrargemeinschaft, von der rein technischen Seite abgesehen, auch politische Fragen, insbesondere institutioneller Art, aufwirft;

in der Erwägung, daß die Teilnahme von Beobachtern des Europarats an der europäischen Landwirtschaftskonferenz diese veranlaßte anzunehmen, daß sie auch bei den Verhandlungen des Interimsausschusses zugegen sein würden;

mit Bedauern darüber, daß es dem Europarat ohne Beobachter nicht möglich ist, die Arbeit des von der euro-

päischen Landwirtschaftskonferenz gebildeten Interimsausschusses regelrecht zu verfolgen, und daher der Fall eintreten kann, daß der Rat um seine Stellungnahme zu einem Konventions- oder Vertragsentwurf gebeten wird, ohne die Vorarbeiten dafür zu kennen, empfiehlt dem Ministerkomitee, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Einladung eines Abgeordneten des Europarats als Beobachter zu den Sitzungen des Interimsausschusses sicherzustellen.

Wirtschafts- und Sozialrat

Auf die Bitte von Herrn *Federspiel* (Däne) und mehrerer seiner Kollegen hat die Beratende Versammlung folgenden Punkt auf ihre Tagesordnung gesetzt:

„Bildung eines Wirtschafts- und Sozialrates beim Europarat“, und hat ihn ohne Aussprache an den Wirtschaftsausschuß und an den Sozialausschuß verwiesen. Diese Ausschüsse werden je sieben Mitglieder ernennen, um einen gemischten Unterausschuß zu bilden, und sie werden der Beratenden Versammlung einen Entwurf für eine Empfehlung vorlegen.

Koordination des europäischen Transportwesens

Während noch das Ergebnis der von der OEEC einberufenen Konferenz für Europäisches Transportwesen abgewartet wird, ist über diese Frage von Herrn *Lemaire* (Franzose) ein vorläufiger Bericht erstattet worden. Herr Lemaire erklärte, daß er hoffe, die Konferenz werde im Juni ihre Arbeit beenden, so daß die Beratende Versammlung ihre Ergebnisse verwenden könnte.

Berichte

der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Die von der Hohen Behörde unterbreiteten Berichte sind an die zuständigen Ausschüsse verwiesen worden und werden während der Sitzung im Juni beraten werden.

V. Soziale Fragen

MINISTERKOMITEE

Bericht

Das Ministerkomitee hat seine grundsätzliche Zustimmung zu dem Entwurf einer Konvention über soziale und ärztliche Hilfe gegeben, deren Zweck es ist, die Vorteile der Gesetze über soziale und ärztliche Hilfe jedes Mitgliedstaates auch den innerhalb seines Gebietes lebenden Angehörigen anderer Mitgliedstaaten zukommen zu lassen. In einem Zusatzprotokoll zu dieser Konvention werden diese Bestimmungen auch auf die Flüchtlinge ausgedehnt.

Ferner hat es das Zusatzprotokoll gebilligt, in dem die Bestimmungen der vorläufigen Abkommen über soziale Sicherheit auf die Flüchtlinge ausgedehnt werden.

Es setzt seine Bemühungen um die Verwirklichung der sozialen Sicherheit für die Familien der Wanderarbeiter fort. Andererseits hat das Internationale Arbeitsamt auf Wunsch des Europarats einen an alle Mitgliedregierungen gerichteten Fragebogen, ein europäisches Abkommen über soziale Sicherheit betreffend, vorbereitet. Der Bericht des Ministerkomitees erwähnt, daß das Memorandum „über ein zweckmäßiges Vorgehen des Europarats auf sozialem Gebiet“, mit dessen Abfassung der Generalsekretär beauftragt worden war, gleichzeitig den Regierungen übermittelt wurde.

Außerdem hat das Ministerkomitee den Regierungen die Empfehlung der Beratenden Versammlung über den

Schutz der Kinder im Kriege zugeleitet und ihnen die Ratifizierung der Genfer Konvention von 1949 empfohlen. Hinsichtlich des Wohnungsproblems haben die Minister erklärt, daß sie sich erneut damit beschäftigen werden.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Ausschuß für soziale Fragen

Der Ausschuß für Soziale Fragen, der am 7. und 13. Mai unter Vorsitz von Herrn *Heyman* (Belgier) tagte, beschloß, dem Ministerkomitee zu empfehlen, den Entwurf einer Konvention über soziale und ärztliche Hilfe zu unterzeichnen und seine sofortige Ratifikation zu bewirken sowie den Mitgliedregierungen einen Fragebogen über den Austausch von Kriegsbeschädigten zwischen den Mitgliedstaaten zum Zweck ärztlicher Behandlung zur Prüfung zu übermitteln.

VI. Juristische und Verwaltungsfragen

MINISTERKOMITEE

Gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen

Das Ministerkomitee hatte einen Sachverständigenausschuß der Regierungen einberufen, der den Auftrag hat, eine Untersuchung über den Entwurf einer europäischen Konvention über die gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen auf Grund des von der Beratenden Versammlung im Mai 1951 gebilligten Konventionsentwurfs durchzuführen.

Auf ihrer Tagung im Oktober 1952 bezeichneten die Sachverständigen den Abschluß einer Konvention zwischen allen Mitgliedern des Europarats als äußerst wünschenswert.

Der Sachverständigenausschuß hat vom 19. bis zum 22. Mai 1953 unter Vorsitz von Herrn *Thierfelder* (Deutsche Bundesrepublik) eine Vollsitzung abgehalten.

Die Tätigkeit des Ausschusses, die der Ausarbeitung der Konvention gilt, hat sich besonders auf Fragen der Einreise und des Aufenthaltes erstreckt.

Die Sachverständigen werden vom 6. Juli an wieder tagen.

Konvention über die Wahrung der Menschenrechte

Das Ministerkomitee hat Erkundigungen über den gegenwärtigen Stand der Ratifikation der Konvention seitens der Regierungen, die sie bis jetzt noch nicht ratifiziert haben, eingeholt. Die gesammelten Erkundigungen lassen auf eine baldige Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten des Europarats hoffen.

Einziger europäischer Gerichtshof und friedliche Beilegung von Streitigkeiten

Die Stellungnahme der Sachverständigen zu den Empfehlungen der Versammlung über die Einsetzung eines einzigen Europäischen Gerichtshofes und die Schaffung einer europäischen Akte zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten (siehe unten) wurde während einer gemischten Tagung geprüft, die ein Unterausschuß des Ausschusses für Juristische und Verwaltungsfragen der Versammlung und ein Unterausschuß des Sachverständigenausschusses vom 15. bis zum 18. Mai unter abwechselndem Vorsitz von Herrn *Monod* (Franzose) und Herrn *Rolin* (Belgier) abhielt.

Auslieferung

Das Ministerkomitee beschloß die Schaffung eines Sachverständigenausschusses, der den Auftrag hat, die

Möglichkeit der Aufstellung gewisser für alle Mitgliedstaaten des Rates annehmbarer Prinzipien für die Auslieferung zu untersuchen.

Friedliche Beilegung von Streitigkeiten

Der Sachverständigenausschuß für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und für die Schaffung eines Europäischen Gerichtshofes hat am 18. und 19. Mai unter Vorsitz von Herrn *Monod* (Franzose) in Straßburg getagt. Der Ausschuß hat die Meinung ausgesprochen, daß es verfrüht sei, einen neuen Gerichtshof zu schaffen, bevor die Organisation Europas endgültig feststeht. Alle Mitglieder des Rates sollten die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Haager Gerichtshofes anerkennen. Andererseits hat er sich für den Abschluß einer Konvention zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten ausgesprochen, die allgemein auf der Genfer Konvention basieren sollte.

Nachdem der Ausschuß die Abgeordneten der Versammlung gehört hatte, überprüfte er seinen Entwurf der Konvention, der dem Ministerkomitee zugeleitet wurde.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Stellungnahme zum Vertragsentwurf über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft

Die Versammlung beschloß im Laufe ihrer Sitzung vom 11. Mai, den sechs Außenministern der Gemeinschaft die Stellungnahme des Ausschusses für Juristische Fragen zu gewissen juristischen Gesichtspunkten des Vertragsentwurfes über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft zu übermitteln.

Der im Namen des Ausschusses für Juristische und Verwaltungsfragen von Herrn *Rolin* (Belgier) erstattete Bericht enthält verschiedene Vorschläge, die unter anderem den Gerichtshof der Gemeinschaft, die Zuständigkeit des Gerichtshofes und besonders die Bestimmungen über die Konvention zur Wahrung der Menschenrechte betreffen.

Vereinfachung der Grenzformalitäten

Die Versammlung hat am Montag, dem 11. Mai, auf ihrer Nachmittagsitzung, nachdem Herr *Hyde* (Engländer) den Bericht des Ausschusses für Juristische und Verwaltungsfragen erstattet hatte, folgenden Entwurf einer Direktive gebilligt:

Die Versammlung, nach Entgegennahme eines von Herrn Montgomery Hyde erstatteten und durch den Ausschuß für Juristische und Verwaltungsfragen übermittelten Berichts des Unterausschusses für das Studium der Vereinfachung der Grenzformalitäten,

nach besonderer Kenntnisaufnahme der Vorschläge hinsichtlich der Abschaffung der Visa, Erlassung des Reisepasses zwischen den Mitgliedern gewisser Gruppen von Nachbarstaaten, Vereinfachung für Reisende bei der Zollabfertigung von anderen als persönlichen Gebrauchsartikeln, Großzügigkeit in bezug auf Tabak, Zigaretten und Spirituosen, Bewilligung von Devisen und ihrer Kontrolle, Annahme der Empfehlungen der Sachverständigenkonferenz von 1947 durch alle Mitgliedstaaten und Beitritt zu der 1952 in Genf unterzeichneten Konvention beziehungsweise ihre Ratifikation,

auf Vorschlag des Ausschusses für Juristische und Verwaltungsfragen, beauftragt den Generalsekretär:

1. die Mitgliedregierungen auf den Bericht des Unterausschusses für das Studium der Vereinfachung der Grenzformalitäten besonders aufmerksam zu machen und sie

zu bitten, ihm bis zum 15. Juli 1953 ihre Ansichten über die in diesem Bericht enthaltenen Vorschläge mitzuteilen, vor allem zu den oben erwähnten Paragraphen; 2. die Antworten dem Berichterstatte Herr Montgomery Hyde zuzustellen, damit der Ausschuß für Juristische und Verwaltungsfragen endgültige Empfehlungen, die vorher von seinem Unterausschuß zu prüfen sind, der Versammlung im zweiten Teil ihrer fünften ordentlichen Sitzungsperiode vorlegen kann.

Auslieferung

Der Unterausschuß für Auslieferung hat am 12. Mai unter Vorsitz von Herrn *Kiesinger* (Deutscher) getagt und eine Anzahl von Entwürfen gebilligt, die in die Europäische Konvention über Auslieferung aufgenommen werden sollen.

VII. Kulturelle Fragen

MINISTERKOMITEE

Bericht

Das in dem ergänzenden Bericht zum dritten Bericht des Ministerkomitees angekündigte Kulturprogramm ist bei der Prüfung des Haushalts für das Rechnungsjahr 1953 endgültig angenommen worden und wird zur Zeit schon durchgeführt.

Ueber dieses eigentliche Kulturprogramm hinaus hat das Ministerkomitee einige neue Fragen erörtert, auf die die Versammlung seine Aufmerksamkeit gelenkt hatte, zum Beispiel: die freie Zirkulation von Büchern, Kunstgegenständen und aller Informations- und Unterrichtsmittel.

Der Ausschuß der Kultursachverständigen arbeitet augenblicklich den Entwurf einer Konvention aus, die den allgemeinen Rahmen des kulturellen Austausches zwischen den Mitgliedstaaten des Rates bilden soll.

Ausschuß der Kultursachverständigen

Der Ausschuß der Kultursachverständigen hat am 11., 12. und 13. Mai in Straßburg seine sechste Sitzung abgehalten.

Der Ausschuß ernannte sein Präsidium:

Präsident: Herr *Bodelsen* (Dänemark); Vizepräsidenten: Herr *Valeur* (Frankreich), Herr *Kuypers* (Belgien), Herr *Salat* (Deutsche Bundesrepublik) und Herr *Kitsikis* (Griechenland).

Die Sachverständigen haben dem Ministerkomitee empfohlen, den Haushalt für 1954 auf 16 500 000 Francs festzusetzen.

Ein Unterausschuß für die Ausarbeitung des Programms und den Haushalt für 1954 wurde gebildet. Er besteht aus: Präsident: Dr. *Bender* (Niederlande) sowie folgenden Mitgliedern: Herr *Salat*, Herr *Kitsikis* und Herr *Seymour* (Vereinigtes Königreich).

Der Ausschuß hat sich mit der Ausarbeitung einer europäischen Kulturkonvention befaßt, die während der nächsten, für den 30. November 1953 angesetzten Tagung abgeschlossen werden soll. Für die Abfassung der europäischen Kulturkonvention wurde die Bildung eines Unterausschusses beschlossen. Er wird sich aus Herrn *Bizos* (Frankreich), Dr. *Hayes* (Irland), Dr. *Reinink* (Niederlande) und Dr. *Haigh* (Vereinigtes Königreich) zusammensetzen.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Fernsehen

Eine von Herrn *Smithers* (Engländer) und mehreren

seiner Kollegen vorgetragenen Bitte, den Gebrauch des Fernsehens als Mittel zur Belebung des öffentlichen Interesses für die europäische Idee auf die Tagesordnung zu setzen, wurde an den Ausschuß für Kulturelle und Wissenschaftliche Fragen verwiesen.

Europäischer Filmpool

Ferner wurde eine von Herrn Jaquet (Franzose) vorgetragene Bitte, die Frage geeigneter Mittel für die Bildung eines europäischen Filmpools auf die Tagesordnung zu setzen, an den Ausschuß verwiesen.

Englisch-französische Zweisprachigkeit

Der Entwurf einer Empfehlung über die Frage der Zweisprachigkeit wurde von dem Ausschuß für Kulturelle Fragen gebilligt und soll, gleichzeitig mit einem Bericht, der Beratenden Versammlung bei ihrer nächsten Sitzung unterbreitet werden.

VIII. Bevölkerung und Flüchtlinge

MINISTERKOMITEE

Das Ministerkomitee hat das Problem der Flüchtlinge und der Bevölkerungsüberschüsse geprüft und dabei die Arbeit des Besonderen Verbindungsausschusses, der auf Bitte der Beratenden Versammlung 1952 gebildet wurde, zugrunde gelegt; es hat folgende Entschlüsse angenommen:

Innereuropäische Bevölkerungsbewegung

Das Ministerkomitee,

1. das in Erwägung gezogen hat, daß die europäischen Regierungen zur Durchführung einer vom europäischen Interesse getragenen Auswanderungspolitik gegenüber den übrigen Kontinenten Schritte zu einer Einigung über die Möglichkeiten einer innereuropäischen Bewegung der überzähligen Arbeitskräfte in ihren Ländern unternehmen sollten,
2. beauftragt den Generalsekretär, ihm eine Untersuchung über die Möglichkeiten der besseren Organisation einer auf beschränkten, aber konkreten Vorschlägen beruhenden innereuropäischen Bevölkerungsbewegung vorzulegen, die die Ansiedlung von Arbeitern aus den übertölperten Ländern in den aufnahmebereiten Staaten gestattet.

Auswanderung aus Westeuropa

Das Ministerkomitee,

1. im Bewußtsein der Bedeutung, die die glückliche Lösung des demographischen Problems in Europa für die Erhaltung des Friedens darstellt;
2. in der Erwägung, daß dieses Problem für gewisse europäische Staaten ein beängstigendes Gewicht hat, das seinerseits verheerende Auswirkungen auf die soziale und politische Stabilität des europäischen Kontinents im allgemeinen hat;
3. in der Ueberzeugung, daß es angebracht wäre, alle erforderlichen Maßnahmen zur Fortsetzung und Verstärkung der Auswanderung aus den Ländern zu ergreifen, die sie begünstigen;
4. jedoch in der Ueberzeugung, daß gewisse durch die Integration Europas aufgeworfene Probleme nicht in zufriedenstellender Weise gelöst werden können, ohne daß die Ausreise der europäischen Ueberbevölkerung in bestimmte überseeische Gebiete erleichtert wird, wo sie einen Beitrag zum wirtschaftlichen Fortschritt leisten können;
5. beschließt, jede auf dieses Ziel gerichtete technische oder wirtschaftliche Hilfsmaßnahme, die die wirtschaft-

liche Assimilation von Auswanderern aus Westeuropa erleichtern würde, zu unterstützen;

6. appelliert an die außereuropäischen Regierungen, den europäischen Auswanderungsstrom in ihre Länder im Rahmen der Entwicklungsprogramme zu erleichtern, die eine Erweiterung der Weltwirtschaft vorbereiten;

7. lenkt die Aufmerksamkeit der außereuropäischen Regierungen auf die Möglichkeit einer erhöhten Finanzierung der internationalen Organisationen, die sich mit dem Wanderungsproblem befassen, und erbittet ihre Mitarbeit im Hinblick auf eine Koordinierung der Bemühungen dieser Organisationen.

Berliner Flüchtlinge

Das Ministerkomitee,

in Kenntnis der von dem Besonderen Verbindungsausschuß in seiner Empfehlung Nr. 7 ausgedrückten Stellungnahme, beschließt, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern,

a) die durch den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen eingeleitete Aktion zugunsten der Berliner Flüchtlinge zu unterstützen, und besonders

- (i) die Neueinordnung der Flüchtlinge in Westdeutschland zu erleichtern, vor allem durch den Bau von Wohnungen, die ihnen erlauben, in der Nähe ihrer Arbeitsplätze zu leben,
- (ii) den Flüchtlingen materielle Hilfe zukommen zu lassen (Bettstellen, Matratzen, Bettdecken, Kleidungsstücke, Schuhe, Nahrungsmittel und pharmazeutische Artikel, besonders für Kinder),
- (iii) den Flüchtlingen weitestgehend Auswanderungsmöglichkeiten zu gewähren;

b) geeignete Maßnahmen zur Erleichterung der Auflösung der Flüchtlingslager und des Baues von Wohnungen zu treffen.

Ernennung eines Sondervertreters

Das Ministerkomitee,

dessen Aufmerksamkeit auf die ernsten und dringlichen Probleme praktischer sowie menschlicher Natur gelenkt worden ist, die das Vorhandensein der Flüchtlinge in den europäischen Ländern, besonders in der Bundesrepublik Deutschland, aufwirft;

das die Anregung in Erwägung zieht, das derzeitige System sei nicht geeignet, alle Seiten sowohl dieses Problems als auch der Frage der Ueberbevölkerung zu berücksichtigen;

fordert die interessierten Regierungen auf, dem Europarat und den Regierungen der Mitgliedstaaten umfassende Informationen über dieses Problem zur Verfügung zu stellen und die praktischen Hilfsmaßnahmen vorzuschlagen, die zu seiner Lösung ergriffen werden könnten;

beschließt, infolgedessen für die Dauer eines Jahres eine hervorragende europäische Persönlichkeit zu ernennen, die sich speziell den Flüchtlingsfragen und Problemen der Bevölkerungsüberschüsse widmen soll;

bittet die Abgeordneten, unverzüglich Empfehlungen über Maßnahmen durch den Europarat für ein koordiniertes Vorgehen vorzulegen.

Bulgarische Flüchtlinge in der Türkei

Das Ministerkomitee,

nach Kenntnisnahme der Lage der in der Türkei befindlichen türkischen Flüchtlinge aus Bulgarien;

mit Rücksicht auf den zweiten Bericht des Besonderen Verbindungsausschusses;

empfehlend den Regierungen der Mitgliedstaaten, die etwaigen von der türkischen Regierung den interessierten

internationalen Organisationen unterbreiteten Pläne einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

Flüchtlinge aus Triest

Das Ministerkomitee, im Hinblick auf die besondere Situation der Stadt Triest und auf das Schicksal der dort befindlichen sogenannten „Hard Core“-Flüchtlinge; in Anbetracht dessen, daß die für diese Flüchtlinge bestimmten Mittel von nun an Wohltätigkeitsorganisationen zur Verfügung gestellt werden können, die sich in verschiedenen europäischen Ländern bereit erklärten, diese Flüchtlinge zu betreuen;

in der Erwartung, daß ihre Umsiedlung und Aufnahme in diesen Ländern in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen und der ICEM erfolgen kann, schlägt den Mitgliedstaaten vor, den in Frage kommenden Personen entgegenkommenderweise Visen auszustellen.

Außer diesen Beschlüssen hat das Ministerkomitee die in der Frage der jungen Flüchtlinge, der Arbeitslosen und betreffs der Konvention über den Status der Flüchtlinge erzielten Fortschritte behandelt.

Besonderer Verbindungsausschuß

Der Besondere Verbindungsausschuß für Flüchtlingsfragen hat am 20. und 21. Mai auf Einladung der Deutschen Bundesrepublik und des Berliner Senats in Berlin getagt unter Vorsitz des Bevollmächtigten Ministers Frankreichs, Herrn *Seydoux*, der an der Spitze der Europäischen Direktion am Quai d'Orsay steht.

Der Ausschuß hat mehrere Flüchtlingslager und Aufnahmestellen besichtigt.

Auf der Sitzung haben die Mitglieder des Ausschusses die Darlegungen der Vertreter des Berliner Senates und der Bundesregierung angehört. Außerdem haben sie mit Befriedigung von der bevorstehenden Ernennung eines Sondervertreters des Europarates für Fragen der Flüchtlinge und der Bevölkerungsüberschüsse Kenntnis genommen.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Entschließung

Die Beratende Versammlung hat während ihrer zehnten Sitzung am 13. Mai über den Bericht des Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen beraten, in dem die Förderung einer europäischen Politik zugunsten der Flüchtlinge angestrebt wird. Der Präsident und Bericht-erstatte des Ausschusses, Herr *Pernot* (Franzose), hat eine Entschließung vorgelegt, die nach einer Stellungnahme durch Frau *Schroeder* (Deutsche) einstimmig gebilligt wurde.

Die Versammlung, mit erneuter Betonung der dringenden Notwendigkeit, den Flüchtlingen, und besonders den Flüchtlingen in Berlin, deren große Zahl ein ernstes Problem für die wirtschaftliche und soziale Konsolidierung Europas darstellt, Hilfe zu bringen;

mit dem Ausdruck ihrer Befriedigung über die durch den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen unternommene Hilfsaktion zugunsten der Flüchtlinge in Berlin und die großzügigen Geschenke seitens einer Reihe von Regierungen;

1. stellt den europäischen Völkern den Ernst des Flüchtlingsproblems vor und weist auf die zu seiner Lösung bisher unzureichenden Mittel und auf die Notwendig-

keit einer engen Koordinierung aller Bemühungen hinsichtlich der Hilfeleistung, der Neueinordnung in Europa und der Auswanderung nach Uebersee hin;

2. versichert erneut, daß das Problem der Flüchtlinge, deren tragische Situation von allen internationalen Instanzen anerkannt worden ist, ein europäisches Problem ist;

3. ist der Meinung, daß nur eine gemeinsame Aktion aller Mitgliedstaaten in einer solchen Situation Abhilfe schaffen kann;

4. fordert ihre Abgeordneten auf, diese beiden Prinzipien in ihren jeweiligen Ländern vordringlich geltend zu machen.

IX. Informationsfragen

Bericht des Ministerkomitees

Das Ministerkomitee hat von der Empfehlung der Beratenden Versammlung über die Schaffung eines Gemischten Verbindungsausschusses für Information Kenntnis genommen. Es ist der Auffassung, daß ein Informationsfeldzug des Europarates von größter Wichtigkeit für die Verbreitung der europäischen Idee ist und daß zu seiner Durchführung allen Mitgliedregierungen die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Ansichten sowohl über die allgemeine Politik wie über die Ausführung des Informationsprogramms auszudrücken. Es ist der Ansicht, daß die Stellvertreter der Minister von dem Generalsekretär mit allen Problemen vertraut gemacht werden könnten, die ihn auf dem Gebiet der Information beschäftigen und zu denen er eine Stellungnahme erhalten möchte.

Konferenz der Berichterstatter der verschiedenen Länder

Die Berichterstatter der Informationsabteilung des Europarats in den Hauptstädten der verschiedenen Mitgliedstaaten haben vom 11. bis zum 13. Mai 1953 unter Vorsitz des Presse- und Informationsdirektors Herrn Paul M. G. *Levy* in Straßburg ihre erste Tagung abgehalten.

Sie nahmen eine Gesamtprüfung der Methoden zur Bekanntmachung des Europarats und seiner Tätigkeit vor. Der Generalsekretär, Herr Jacques-Camille *Paris*, hat ihnen zusammenfassend die Politik der europäischen Vereinigung vorgetragen.

X. Nicht vertretene europäische Nationen

Tagung des Sonderausschusses

Der Sonderausschuß zur Wahrung der Interessen der beim Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen hat am 13. Mai unter Vorsitz von Major *Beamish* (Engländer) getagt. Im Anschluß an die Feststellungen der Minister in ihrem vierten Bericht haben die Mitglieder des Ausschusses die Meinung geäußert, daß es ihre Pflicht sei, auf ihren Gesichtspunkt hinsichtlich der Schaffung eines Kulturfonds für die im Exil lebenden Personen erneut aufmerksam zu machen.

Anschließend drückte der Präsident des Ausschusses seine Befriedigung über den Erfolg seines an den Präsidenten des Unterausschusses für das Studium der Vereinfachung der Grenzformalitäten gerichteten Schreibens aus und äußerte den Wunsch, daß alle Ausschüsse der Versammlung bei der Abfassung ihrer Empfehlungen und Berichte das Problem der im Exil lebenden Personen berücksichtigen möchten.

Der Sonderausschuß wird seine nächste Sitzung etwa Mitte Juli abhalten.

XI. Kommunale und regionale Angelegenheiten

Sonderausschuß für Kommunale und Regionale Angelegenheiten

Auf der Sitzung des Sonderausschusses für Kommunale und Regionale Angelegenheiten am 27. Mai hat der Präsident des Ausschusses, Herr *Chaban-Delmas* (Franzose) über die Hilfsaktion berichtet, die durch das Präsidium zugunsten der geschädigten Gemeinden in den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Belgien und der Türkei unternommen wurde. Herr *Schmal* (Holländer) und Herr *Bowden* (Engländer) haben genaue Schilderungen der gegenwärtigen Lage in ihren betreffenden Ländern gegeben. Außerdem wurde beschlossen, daß Herr *Altmaier* (Deutscher) der Versammlung Mitteilung über die von dem Ausschuß unternommene Hilfsaktion machen sollte.

Ein Studienkomitee zur Prüfung eines Vorentwurfs über einen europäischen Fonds zur gegenseitigen Hilfe für die Gemeinden wird unter Leitung von Herrn *Schmal* gebildet werden.

Der Ausschuß hat seine Genugung über den Erfolg ausgesprochen, der durch verschiedene internationale Assoziationen lokaler Gemeinschaften, die an der Aktion zugunsten von „Zusammenfügungen“ europäischer Gemeinden teilgenommen haben, erzielt wurde. Es wurde beschlossen, daß der Ausschuß und sein Sekretariat diesen Assoziationen und allen Gemeinden, die den Wunsch danach äußern, jede mögliche Hilfe zukommen lassen werden, um ihnen die Vermehrung dieser „Zusammenfügungen“ zu gestatten.

Die nächste Sitzung des Ausschusses wird vom 10. bis zum 12. Juli in Bordeaux stattfinden.

XII. Verschiedenes

Ständiger Vertreter Griechenlands

Die griechische Regierung hat Herrn *Hadji Vassiliou* zum ständigen Vertreter beim Europarat ernannt. Diese Ernennung tritt am 5. Mai in Kraft.

Belgischer Reisepaß

Die belgische Regierung hat beschlossen, daß die Pässe in Zukunft folgende zusätzliche Aufschrift auf dem Einband haben sollen (in Flämisch und in Französisch): „Mitgliedstaat des Europarats“.

Europäische Universitätswoche

Während der Sitzung im Mai hat vom 6. bis zum 16. Mai an der Universität Straßburg unter der Schirmherrschaft und mit finanzieller Unterstützung des Europarates die dritte Europäische Universitätswoche stattgefunden. Das Thema der Kurse war: „Die internationalen europäischen Institutionen“.

Herr *Struycken*, Direktor der Politischen Abteilung, und Herr *von Schmieden*, Direktor der Studienabteilung des Europarats, sowie Herr *Huntzbüchler* von der Versammlungsabteilung haben Vorträge gehalten.

Collège des Freien Europa

Am 12. Mai haben die Mitglieder des Sonderausschusses für die nicht im Europarat vertretenen Nationen das Collège des Freien Europa in Straßburg-Robertsau besucht und sind dort von dem Präsidenten, Herrn *Tyson*, und von Herrn *Malcolm Davies*, dem Dekan des Collège, empfangen worden. Während einer Diskussionssitzung hat der Sonderausschuß Fragen der Studenten beantwortet.

„International Law Association“

Der Ausschuß für Geldfragen der „International Law Association“ hat vom 27. bis zum 29. Mai im Europahaus eine Tagung abgehalten.

Termine und Tagesordnung für die Sitzung der Beratenden Versammlung im Juni 1953

Die Versammlung hat beschlossen, gegen Ende Juni ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Am 22. Juni wird mit der Gemeinsamen Versammlung für Kohle und Stahl eine gemeinsame Tagung stattfinden zum Zweck der Prüfung der allgemeinen und sonstigen Berichte der Hohen Behörde der Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Am folgenden Tag wird am Morgen und am Nachmittag die Beratende Versammlung für sich gesondert tagen, um über diese Berichte zu beraten und abzustimmen. Am Abend des 23. und am 24. Juni tagen die Ausschüsse der Beratenden Versammlung, während die Gemeinsame Versammlung ihre Vollsitzung abhält. Schließlich wird am Abend des 24. oder am folgenden Morgen die Beratende Versammlung ihre Vollsitzung beginnen, die wahrscheinlich bis zum 26. dauern wird. Ihre Tagesordnung umfaßt:

Antwort auf den Bericht (Dok. 122) und die Botschaft (Dok. 126) des Ministerkomitees.

Bitte an das Ministerkomitee um Stellungnahme zu dem Entwurf einer Konvention über sozialen und ärztlichen Beistand und dem Entwurf eines Zusatzprotokolls (Dok. 116).

Erläuterung der Politik des Europarats im Hinblick auf die letzte Entwicklung der Lage in der Welt (Dok. 132).